

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



MAI 68:
DER GENERALSTREIK, DER
IMMER NOCH AKTUELL IST!

die internationale

Internationaler Frauentag

Frauen an vorderster Front, Büro der IV. Internationale..... 3

Stuttgart 21

abgrundtief+bodenlos, Interview mit Winfried Wolf..... 5

Frankreich Mai 68

Mai 1968 in Frankreich: Der Generalstreik, der immer noch aktuell ist

Jean-François Cabral und Charles Paz..... 7

Dossier: Jugoslawien

Vor 70 Jahren: Bruch zwischen Stalin und Tito, ein Dossier mit drei Beiträgen..... 18

inprekorr

IV. Internationale

Analysieren, aktiv werden, etwas aufbauen, Léon Crémieux..... 30

Afrin

Der Fall von Afrin, Güney Işıkkara und Alp Kayserilioğlu..... 35

Naher Osten

Der Nahe Osten vor der Explosion? Interview mit Gilbert Achcar..... 39

USA

Ein Jahr Trumperei, Interview mit Daniel Tanuro..... 44

Frankreich

Ein entscheidendes Kräftemessen, Jean-Philippe Divès..... 49

Privatisierung der öffentlichen Dienste, Regine Vinon..... 51

Brasilien

Die Wut schwelt weiter, João Machado..... 53

Temer, wir klagen Sie an, Insurgencia..... 53

Die Armee gegen die Armen, Raúl Zibechi..... 56

Italien

Rechtsruck in Italien ... und ein kleiner Lichtblick, Franco Turigliatto..... 58

In eigener Sache

Preiserhöhung

Nach 17 Jahren müssen wir unseren Verkaufspreis wegen gestiegener Herstellungskosten leider erhöhen.

Ab 1.7. 2018 wird ein Einzelheft 5 Euro und ein Jahresabo 25 Euro kosten (ermäßigt 15 Euro). Wir bitten um Verständnis.

Spartipp

Bis zum 30.6.2018 gelten noch die alten Abopreise. Also wer schnell ist ...

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 4,-
- Jahresabo: EUR 20,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 30,-
- Solidarabo: ab EUR 30,-
- Sozialabo: EUR 12,-
- Probeabo (3 Doppelhefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57-59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57-59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

FRAUEN AN VORDERSTER FRONT

Büro der IV. Internationale

■ Der in den vergangenen Jahren neu entstandene Zyklus von Massenmobilisierungen von Frauen ist weiterhin voller Dynamik. Am 8. März wurde wieder in über fünfzig Ländern von Argentinien bis Italien, von Frankreich bis in die USA, von Brasilien bis Großbritannien, von Island bis in den Iran ein internationaler Frauenstreik organisiert, und anderswo demonstrierten Frauen in zahlreichen Ländern aller Kontinente.

■ Der Streik ist zu einem Werkzeug der feministischen Bewegung geworden. Der Frauenstreik zeigt nicht nur auf, wessen Lohnarbeit den Markt funktionieren lässt, sondern auch, wessen Arbeit und Aktivitäten – ob entlohnt oder nicht – die Gesellschaft als Ganze funktionieren lassen und Lebensbedingungen für alle aufrechterhalten. In Zeiten, in denen informelle Arbeit, der Prozess der Rückverlagerung bezahlter Arbeit in den Bereich der Hausarbeit oder sklavereiartige Bedingungen allgemein zunehmen, wird es durch den Frauenstreik möglich, diese unsichtbaren, feminisierten Bereiche zu organisieren.

Der Streik im Jahr 2018 hatte größere Auswirkungen als im Jahr zuvor. Im Jahr 2018 nahmen z. B. im Spanischen Staat 5,3 Millionen Frauen mit 10 Gewerkschaftsverbänden im Rücken daran teil, und in Argentinien ging mehr als eine Million Frauen landesweit auf die Straße. In Polen organisierten sich die Frauen auch im Jahr 2018, in Erinnerung daran, dass ihre Mobilisierung zugunsten der Abtreibungsrechte von Frauen den bislang ersten Sieg gegen die PIS-Regierung brachte. In Großbritannien nahmen Frauen, die bereits für die Verteidigung ihrer Pensionsrechte oder ihrer Arbeitsplätze aktiv waren, Verbindung zu der Frauenstreikbewegung auf. In Italien hat die Bewegung „Non Una di Meno“ gegen Gewalt an Frauen zusammen mit Gewerkschaften zu einem Streik aufgerufen, der bedeutende Auswirkungen auf den Verkehr und die Schulen hatte.

Die Vielfalt der Forderungen, die jeweils am 8. März gestellt werden, nimmt von kontinuierlich zu. So demons-

trierten z. B. in Tunesien 1000 Frauen für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Erbrecht, während auf den Philippinen Frauen Präsident Duterte als einen der schlimmsten Frauenrechtsverletzer anprangerten und in der Zentralafrikanischen Republik der Hauptfokus auf dem Zugang von Frauen zur Bildung lag. Wir sind sicher, dass die Proteste gegen die Zwangsverschleierung im Iran weitergehen.

In Priština, der Hauptstadt des Kosovos, trugen Frauen Schilder mit Aufschriften wie „Wir feiern nicht, wir demonstrieren“. In der Türkei dominierten Slogans wie „Wir schweigen nicht, wir haben keine Angst, wir sind nicht folgsam“. In Pakistan nutzten Frauen – neben breiten Protesten gegen von den fundamentalistischen Taliban ausgehende Gewalt – die Gelegenheit des 8. März, um die neue sozialistisch-feministische Organisation für Demokratie und Säkularismus „Women Democratic Front“ (WDF) zu lancieren, während es in Irland einen weiteren Schritt in Richtung eines neuen Referendums zur Abschaffung des Abtreibungsverbots in der Verfassung gab, das für Ende Mai geplant ist.

■ Die Reaktion auf den Aufruf zum Internationalen Frauenstreik, der 2017 von der argentinischen Bewegung lanciert wurde, sowie die weltweiten Frauenmärsche stehen am Anfang eines neuen Zyklus von Mobilisierungen.

Ein zentrales bewegendes Element zur Radikalisierung in diesem Zyklus ist der Kampf gegen die weltweit ungestrafte chauvinistische Gewalt von Männern. Vorbereitungen hierzu gab es schon in den vergangenen Jahren. Bereits im Dezember 2012 gab es gewaltige Demonstrationen in Indien. Am 7. November 2015 demonstrierten 500 000 Frauen in Madrid; in Argentinien mobilisierten sich im Jahr 2015 hunderttausende Frauen als Reaktion auf mehrere Morde, die landesweit großes Echo auslösten. Auch die Ausweitung der Fälle von ermordeten und verschwundenen Frauen in Mexiko, das in bislang unbekanntem Ausmaß vom Drogenhandel geprägt ist, führte zu starken

Mobilisierungen. Unlängst hat das #MeToo-Phänomen scharf ins Licht gerückt, wie weit sexuelle Gewalt und Belästigung überall auf der Welt verbreitet sind, und den zunehmenden kollektiven Widerstand dagegen verdeutlicht.

■ Diese neue Welle hat es außerdem möglich gemacht, dass diejenigen, die vorher auf die hinteren Ränge verwiesen und unsichtbar gemacht wurden, eine bedeutendere Rolle spielen: Rassisch abgestempelte und migrierte Frauen genauso wie zu den LGBTI+ zählende Menschen und Sexarbeiterinnen spielten in den Mobilisierungen der vergangenen Jahre eine bedeutende Rolle.

■ Seit dem letzten Jahr wurde es durch die Entwicklung der Frauenstreiks möglich, eine Beziehung herzustellen zwischen sexistischer Gewalt und der Prekarität der Arbeits- und Lebensbedingungen, unter denen die meisten Frauen leiden, und auch die reaktionäre Offensive des Kapitalismus in der Krise anzuprangern. Die ersten Streiks und Massenmobilisierungen, mit denen sowohl Macri (Argentinien) als auch Trump (USA) konfrontiert wurden, waren feministischer Natur, insbesondere die Großdemonstrationen am 21. Januar 2017 anlässlich von Trumps Amtseinführung, die den Grundstein für den Aufruf zum Frauenstreik in den USA und darüber hinaus legten.

■ Dieser Zyklus von Frauenkämpfen ist in vielen Ländern mit einer reaktionären Offensive konfrontiert – zurückzuführen auf den Aufstieg neokonservativer und fundamentalistischer Strömungen sowie die zunehmend autoritären Formen des Neoliberalismus und die Angriffe auf demokratische Rechte, die die Meinungsfreiheit und Proteste an immer mehr Orten der Welt untergraben. Die politischen Ziele der Reaktionäre stellen grundlegende Rechte – wie das Recht auf Leben, die finanzielle und soziale Unabhängigkeit von Männern (Vätern, Brüdern oder Ehemännern), reproduktive Rechte wie Abtreibung – in Frage und stärken die Rolle der Familie. Die kapitalistische Krise verschlechtert die Lebensbedingungen der Mehrheit der Frauen in der Welt. Dies ist der Kontext der heutigen Gegenwehr.

■ Die Rolle der Frauen als Vorkämpferinnen des sozialen Widerstands im letzten Jahrzehnt zeigt, dass es sich dabei nicht um sporadische Ausbrüche handelt, sondern um ein Potenzial, das die ganze Welt und sehr breit gefächerte Kämpfe umspannt. Die Hauptaufgaben von Revolutionär*innen ist es, dieses Potenzial auszuloten, an den Selbstverwaltungserfahrungen von Frauen teilzuhaben, indem sie von ihnen lernen; stabile Verbindungen zwischen verschiedenen Kämpfen und Widerständen

herzustellen; auch die Systemkritik, die von dem breiten Spektrum an Frauen aufgezeigt wird, zu vertiefen und weiterzuentwickeln und dieser implizit antikapitalistischen Dynamik Gestalt zu verleihen.

■ Die Frauenbewegung und die feministischen Bewegungen dieses 8. März haben gezeigt, dass es Alternativen zu einer ausländerfeindlichen und autoritären kapitalistischen Politik gibt: Dort, wo diese Politik Mauern des Hasses baut, bauen Frauen Brücken der Solidarität.

13. März 2018

Aus <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article541>

■ *Übersetzung: Renate*



Neu bei ISP



Cinzia Arruzza **Feminismus und Marxismus**

Eine Einführung
isp-pocket 70

142 Seiten, 12,80 Euro

2017, ISBN 3-89900-070-2

Neuer ISP Verlag GmbH
Belfortstr. 7, D76133 Karlsruhe
Tel.: (0721) 3 11 83
neuer.isp.verlag@t-online.de
www.neuerispverlag.de

ABGRUNDTIEF+BODENLOS

„Stuttgart 21 und sein absehbares Scheitern“ war das Thema einer gut besuchten Veranstaltung des Zukunftsforums Gewerkschaften Rhein-Neckar am 16. Januar 2018. Nach der Veranstaltung führte **W. A.** das folgende Interview mit **Winfried Wolf**.

In deinem neuen Buch zu S21, abgrundtief +bodenlos, gehst du von einem Scheitern dieses derzeit größten Bauprojekts in Deutschland aus. Worauf begründest du diesen Optimismus?

Winfried Wolf: Es ist diese Summe von bau- und ingenieurtechnischen, finanziellen, geologischen und Sicherheitsaspekten in Kombination mit dieser wunderbaren, kreativen Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21. Sie begleitet wie ein *Watchdog* [Wachhund] das zerstörerische Großprojekt, was mich auch nach dem Aufsichtsrats-Ja vom 26.01.2018 zu den neuen Kostensteigerungen optimistisch sein lässt.

Du hast vier wesentliche Punkte für das absehbare Scheitern von S21 genannt - die Gleisneigung im geplanten unterirdischen Bahnhof, den Kapazitätsabbau für den Bahnverkehr, die permanente Kostensteigerung und vor allem das Anhydrit-Problem beim Tunnelbau. Kannst du das bitte erläutern?

Der Tiefbahnhof wird mit 15,1 Promille eine Gleisneigung haben, die beim Sechsfachen des „eigentlich“ Erlaubten liegt. Das ist im Fall eines großen Bahnhofes einmalig in der Eisenbahnwelt - und extrem gefährlich für die Fahrgäste. Ein beliebiger Lokführer könnte sich mit Verweis auf deutsches und EU-Recht weigern, in den S21-Hauptbahnhof einzufahren.

Die Projektkosten (1995: 2 Mrd., 2011: 4,5 Mrd., 2018: 8,2 Mrd. Euro) erwiesen sich bereits bislang als Fass ohne Boden. Am Ende könnten auch 12 Milliarden Euro nicht ausreichen. Der Bahnkonzern hat gute Chancen, dass am Ende 60 % der Mehrkosten die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg zahlen müssen. Dass die Kosten von Großprojekten aus dem Ruder geraten, passiert sicher

andernorts auch. Doch bei S21 ist einmalig, dass man viel und immer mehr Geld dafür ausgibt, um die Kapazität eines bestehenden, seit 90 Jahren sehr gut funktionierenden Kopfbahnhofs um mehr als 30 Prozent abzubauen - von 16 Kopfbahngleise auf acht Durchfahringleise. Das ist exakt das Kapazitätsniveau des Bahnhofs in der Weltstadt Bietigheim-Bissingen.

Schließlich ist S21 eine Welturaufführung im negativen Sinn, weil dort 16,7 km der insgesamt 60 km langen S21-Tunnelbauten im quellfähigen Anhydrit (Gipskeuper) verlaufen. So gut wie alles spricht dafür, dass es hier zu unkontrollierbaren Quellvorgängen kommt. Staufen im Breisgau, wo sich die gesamte Stadt seit Geothermie-Bohrungen im Jahr 2007 bislang um 60 Zentimeter angehoben hat, lässt grüßen.

Warum halten DB-Vorstand, Aufsichtsrat sowie die Bundes- und die Landesregierung dennoch an diesem Irrsinn fest?

Alle sagen sie jetzt: HEUTE würde man sich nicht mehr für S 21 entscheiden. Das Projekt sei jedoch „zu weit fortgeschritten“. Das ist doppelter Unsinn. Der atomare „Schnelle Brüter“ war komplett fertiggebaut - da wurden 6 Mrd. Euro (in heutigen Preisen) verbaut. Doch er wurde nicht in Betrieb genommen. Er blieb energietechnisch eine Bauruine bzw. ist jetzt ein Freizeitpark. Bei S21 wurde bislang die Hälfte verbaut. Und es gibt das ausgezeichnete Projekt „Umstieg21“, nachdem ein größerer Teil der bisherigen Baumaßnahmen umgenutzt werden könnten im Rahmen eines modernisierten Kopfbahnhofs. Es ist die „Staatsräson“, weswegen auf Teufel komm raus weitergebaut wird. Und am Ende, wenn man sich vielleicht mal 2027 oder später der Inbetriebnahme nähern sollte, dann sind alle Verantwortlichen längst nicht mehr da - in Rente, im Sarg oder auf dem Jakobsweg nach Santiago de Compostela.

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen S21 und der Entwicklung des Kapitalismus?

Das aktuelle Stadium des Kapitalismus ist dadurch geprägt, dass Kapitalanlagen im produktiven Sektor immer weniger den Profit einspielen, den Investoren erwarten. Immer mehr Geld fließt in Spekulation (Immobilien, Bitcoins,

Aktien), in Rüstung (womit man Kriege und Flüchtlinge produziert, was neue Investitionen auslöst, um die Festungsmauern um Europa noch höher zu machen) und in absurde Großprojekte wie gigantische Tunnelprojekte (Brennerbasistunnel, Val-di-Susa-Tunnel, Fehmarnbelt-Querung) oder eben in Stuttgart 21. Das bringt Baukonzernen, Banken und Versicherungen staatlich abgesicherte Gewinne. Ein willkommener Nebeneffekt ist, dass hier oft Geld für die Schiene ausgegeben wird, das dem Schienenverkehr kaum etwas bringt, oder diesem, wie bei S21, sogar schadet. Den Autokonzernen, die in Stuttgart ohnehin dominieren, kann es recht sein. Die Tatsache, dass die maßgeblichen S21-Bahnchefs Heinz Dürr, Hartmut Mehdorn und Rüdiger Grube alle aus der Daimler-Kaderschiede kamen, zuvor Top-Manager bei Daimler waren, spricht Bände.

Welche Alternativen zu S21 siehst du und wer kann sie durchsetzen?

Die Alternative wurde mit „Umstieg 21“ einleuchtend und durchgerechnet (mit Prüfstatt von der Verkehrsberatungsgesellschaft Vieregg) vorgestellt: Erhalt des Kopfbahnhofs; Nutzung des ausgehobenen Trogs für einen unterirdischen Busbahnhof, für Fahrradstation und Parkdecks, Wiedererrichtung des Nord- und Südflügels des Bonatzbaus. Die Gleise werden - nach dem Einziehen der neuen Betondecke - wieder bis zum Quergebäude vorgezogen; alles wird mit einem modernen Glaskonstruktion mit Solarzellen überdacht, Teile der anderen bislang realisierten Tunnelbauten können teilweise für andere Zwecke umgenutzt werden. Und am Ende spart man - verglichen mit den realistischen S21-Kosten - noch 3 bis 4 Milliarden Euro.

Aus: *Avanti?* Nr. 42 von Februar 2018



Buch-Tipp:

Winfried Wolf
abgrundtief+bodenlos
Stuttgart 21, sein absehbares
Scheitern und die Kultur des
Widerstands

Köln 2018

373 Seiten, € 20,00 [D]

ISBN: 978-3-89438-6 1-9

Weitere Infos:

Broschüre zu „Umstieg 21“:
www.umstieg-21.de/broschuere.html

Auf unserer Webseite www.iso-4-rhein-neckar.de findet ihr den Audiomitschnitt der Veranstaltung vom 16.01.2018 als mp3 zum Nachhören.

MAI 1968 IN FRANKREICH: DER GENERALSTREIK, DER IMMER NOCH AKTUELL IST

„Das Wichtige ist, dass die Aktion stattgefunden hat, während alle sie für undenkbar hielten. Wenn sie diesmal stattgefunden hat, kann sie sich auch wiederholen ...“ Jean-Paul Sartre (1968)

■ **Jean-François Cabral und Charles Paz (2008)**

Seit 1968 ist jeder Jahrestag eine Gelegenheit für eine neue Infragestellung, indem diese Ereignisse zumeist auf einige anekdotische Aspekte reduziert werden, wenn sie nicht gar bezichtigt werden, für alle negativen Entwicklungen unserer Gesellschaft verantwortlich zu sein ...

In dieser Hinsicht gibt sich Sarkozy als besonders radikal: „... es handelt sich darum, ob das Erbe von Mai 68 verewigt oder ein für alle Mal liquidiert werden muss. Ich will das Kapitel 1968 abschließen“, proklamierte er stolz während seiner Präsidentschaftskampagne.

In gewisser Weise verstehen wir ihn. Im Mai/Juni 1968 war die Mobilisierung eines anfänglich sehr begrenzten Teils der Jugend in der Lage, in Frankreich einen der größten Generalstreiks seiner Geschichte auszulösen. Und im Élysée-Palast ist man bestimmt nicht erfreut darüber, dass erneut Tausende Gymnasiast*innen auf die Straße strömen mit Schildern wie „1968 ... 2008: der Traum geht weiter“.

Die Besitzenden wie die Regierungen lieben kaum diese Situationen, in denen eine machtvolle Mobilisierung ihre Pläne zum Scheitern bringt und, wenn auch in begrenzter Weise, ihre Macht infrage stellt.

Vierzig Jahre danach ist diese Erfahrung zunächst eine Bestätigung: Eine massive Bewegung der Bevölkerung kann auch über die traditionellen Apparate der Linken und der Arbeiterbewegung hinweggehen und die etablierte Ordnung erschüttern. Und es ist gleichzeitig eine weitere Lehre: Allein kann sie kaum zu einer dauerhaften Änderung der Lage führen ... Dazu ist ein politisches Werkzeug erforderlich, das nur sehr selten im Feuer der Ereignisse aufgebaut wird – bevor die Geschichte uns erneut im Nacken sitzt.

Eine studentische Minderheit radikalisiert sich in Frankreich

Die Gleichzeitigkeit der Bewegungen der Jugend weltweit während dieser Periode entspringt einer verallgemeinerten Infragestellung der etablierten politischen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg: die Aufteilung der Welt in Einflusszonen im Rahmen der friedlichen Koexistenz. Diese Bewegungen der Jugend, besonders der Studierenden, haben die Länder in sehr verschiedenartiger Weise ergriffen.

Es gibt wahrlich Gründe zur Revolte! Sogar die etwas privilegierte Jugend eines Landes wie Frankreich wird sich dessen bewusst. Mit dem mittlerweile in der Mehrzahl

der Haushalte eingezogenen Wunder des Fernsehens ist es möglich, direkt den Tod Hunderttausender Menschen in Biafra (Nigeria) zu verfolgen, die Opfer eines gnadenlosen Krieges sind, den sich die britischen und französischen Erdölkonzerne liefern. Man kann auch Tag für Tag die Großtaten der amerikanischen Bomber in Vietnam bewundern.

Ein kleiner Teil der studentischen Jugend politisiert und radikalisiert sich im Laufe der Jahre, die 68 vorangingen, in diesem Kontext des Imperialismus, besonders des Vietnamkriegs. Vietnam ist eine der Quellen der Empörung, aber auch für diejenigen, die eine bessere Welt anstreben, eine Quelle der Hoffnung. Im Februar 1968 findet die Tet-Offensive statt, ein von der FNL in ganz Südvietnam organisierter Aufstand. Während einiger Stunden scheint Saigon in den Händen der Aufständischen – ein schwerer Schlag für das Prestige der USA.

Im selben Zeitraum gibt es weitere Beispiele der Völker der Dritten Welt, die anscheinend gegen den Imperialismus standhalten können. Angefangen mit Kuba, wo Fidel Castro Ende 1967 die Tricontinentale organisiert, eine Konferenz, die die Solidarität der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegenüber dem Imperialismus bekräftigen soll. Che Guevara lanciert den mitreißenden Appell, zwei, drei, viele Vietnam zu schaffen. Gleichzeitig ist die „Kulturrevolution“ in China auf dem Höhepunkt und scheint das Beispiel einer permanent gewordenen Revolution zu geben, wo die Studierenden führend sind und mit dem kleinen roten Buch in der Hand „dem Volke dienen“.

Im Osten ist es der Prager Frühling, ein Beginn der politischen Liberalisierung und der Mobilisierung in einem Staat des sowjetischen Einflusses, der die Hoffnung auf die Möglichkeit eines demokratischen Sozialismus nährt.

Der Kampf der unterdrückten Völker der Dritten Welt trifft sogar auf ein Echo im Herzen der Vereinigten Staaten. Seit 1965 radikalisiert sich die Bewegung der Schwarzen. „Black Power“ gewinnt an Einfluss, bekräftigt die Notwendigkeit eines gewaltsamen Kampfes und proklamiert die Solidarität der amerikanischen Schwarzen und des vietnamesischen Volkes gegenüber einem gemeinsamen Feind.

Die politisch motivierte Gewalt kommt nahezu überall zum Vorschein: in Japan mit den Zengakuren, einer sehr politisierte Gewerkschaft von Studierenden; in Deutschland, wo eine außerparlamentarische Opposition mit dem von Rudi Dutschke geführten SDS auftaucht.

Dieses Engagement eines Teils der Jugend äußert sich hauptsächlich in der Solidarität mit anderen, die – teil-

weise am anderen Ende der Welt – als leuchtendes Beispiel erscheinen. In dieser Radikalisierung ist die Vorstellung des internationalistischen solidarischen Engagements, das Gefühl, Kampfgefährten all derjenigen zu sein, die gegen den Imperialismus kämpfen, ein kennzeichnender Zug. Aber die Radikalisierung hat Grenzen: Die Neigung zu Abkürzungen und zur Annahme, die Revolution sei ohne weiteres möglich, also eine radikale Änderung der Welt, unabhängig von politischen Veränderungen innerhalb der Arbeiterklasse, besonders in den imperialistischen Metropolen.

In Frankreich, wie in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern, nimmt die Zahl der Studierenden zu. Die Kapitalisten können sich nicht mehr darauf beschränken, ihre qualifizierten Arbeitskräfte, den Kader, den sie benötigen, innerhalb der privilegierten Milieus und der Mittelschichten auszuwählen. Kinder aus breiteren Milieus beginnen, in die Universitäten zu strömen. Sie weigern sich, die Rolle von Wachhunden des Kapitalismus zu spielen, die ihnen zugedacht ist, und ihre Radikalisierung trifft auf jene jungen Leute, die sich der Moralordnung der gaullistischen Gesellschaft verweigern.

Zweifellos auch deswegen, weil die kommunistische Tradition lebendiger ist als anderswo, tauchen zahlreiche kleine politische Gruppen der extremen Linken auf. Die ersten Brüche mit der Französischen Kommunistischen Partei (PCF), der dominierenden Organisation auf dem politischen Feld der Linken, finden während des Algerienkriegs statt. Da sie sich geweigert hat, sich auf die Seite des algerischen Volkes zu stellen, ist die PCF im Milieu der politisierten Studierenden in Misskredit geraten.

1966 kommt es in der Studierendenorganisation der PCF, der UEC, zu Spaltungen mit dem Austritt der Maoisten, die sich überwiegend in der UJC(ML) und der PCMLF organisieren, und mit dem Austritt der Trotzkist*innen der JCR (Alain Krivine), die die Unterstützung der PCF für die Präsidentschaftskandidatur eines Mitte-links-Kandidaten, François Mitterrand, ablehnen.

Die Politisierung der Bewegung verstärkt sich über die Solidarität mit der vietnamesischen Revolution. Nach der Demonstration von Lüttich 1966 bietet die Demonstration in Berlin im Februar 1968 die Gelegenheit, die einzelnen Erfahrungen in den verschiedenen Ländern zu vergleichen und festzustellen, dass fast überall junge Menschen dabei sind, wieder an eine gewisse revolutionäre Tradition anzuknüpfen, indem sie mit mehr oder weniger Glück das alte Arsenal revolutionärer kommunistischen Ideen durchsuchen, von dem man geglaubt hat, dass es völlig vergessen

oder überholt sei. Jedoch waren diese Gruppen vor 1968 nur eine Handvoll, mit einem ganz begrenzten Einfluss auf ihr Milieu. Es sind die Ereignisse, durch die sie auf die Bühne geworfen werden, als diese Radikalität der Funke im Pulverfass wird.

Die „glorreichen Dreißig“: wirklich kein Grund zu revoltieren?

Die „glorreichen Dreißig“ sind eine Periode des ununterbrochenen Wachstums der kapitalistischen Ökonomie, umso mehr geschätzt, da sie auf die Krise von 1929 und das Desaster des Zweiten Weltkriegs folgte sowie auf eine Periode des zumindest schwierigen Aufbaus, wo man jahrelang die Ärmel hochkrepeln und den Gürtel enger schnallen musste.

In Frankreich sind nun die Parkplätze und die Einkaufswagen voll. Die Arbeiter haben das Recht auf eine Sozialwohnung, „mit allem Komfort“: sicher, kilometerlanger Beton, ein wenig trist, aber für die Epoche ist das ein Fortschritt. Es bleiben noch einige Elendsviertel, aber die sind für die Immigrant*innen von Nanterre oder Courneuve ...

Natürlich hat die Konsumgesellschaft noch ihre Ausgrenzungen: Einer von zwei Franzosen hat kein Auto, und in der Hälfte der Wohnungen gibt es noch kein warmes Wasser, keine Dusche oder ein WC innerhalb der Wohnung oder all dies fehlt gleichzeitig. Aber man sagt sich, dass das schon noch alles kommen wird ...

Der Gaullismus hat dem Kapitalismus erlaubt, die Umstrukturierung des produktiven Apparats zu beschleunigen. Die Anzahl der abhängig Beschäftigten steigt rasch, und die Anzahl der Industriearbeiter, die in den mittleren und großen Betrieben arbeiten, erreicht in den 60er Jahren ein nie zuvor erreichtes Niveau. Die industrielle Produktion wächst in zehn Jahren um 50 Prozent.

Aber zu welchem Preis? Um dorthin zu gelangen, müssen die abhängig Beschäftigten eine fortschreitende Arbeitsteilung, Schichtarbeit und zunehmende Arbeitshetze in Kauf nehmen, also alle Reize des verallgemeinerten Taylorismus, mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 46 Stunden und einer Armada kleiner Chefs zur Auspressung des Profits. Die Arbeit ist ermüdender und auch gefährlicher geworden: mit damals 2,5 Millionen Arbeitsunfällen im Jahr bei 16,5 Millionen abhängig Beschäftigten.

Die Erwerbslosigkeit ist sicher relativ gering: 200 000 bis 300 000 Personen. Aber in einem Jahr hat sich diese Zahl fast verdoppelt, was einige Besorgnis her-

vorrufft. Was das Wachstum betrifft, so bleibt es schlecht verteilt. Man kann in einem reichen Land leben, sogar seinen Lebensstandard steigern und doch den berechtigten Eindruck haben, übers Ohr gehauen zu werden, da die Profite schneller steigen als die Löhne ... Die Gewerkschaften handeln so, dass es scheint, dass sie sich bewegen. Arbeitsniederlegungen folgen „auf Knopfdruck“ aufeinander und sind von Zeit zu Zeit einträglich, aber alles in allem kommt wenig dabei heraus. 1967/1968 jedoch ändert sich das soziale Klima ein wenig. Es kommt zu einigen echten Streiks, besonders in den Betrieben, die junge Arbeiter am Fließband beschäftigen. Im Februar 1967 dehnen die Arbeiter von Rhodia in Besançon ihren Streik auf den ganzen Konzern aus und besetzen ihre Fabriken. Besetzungen hatte es lange Zeit nicht mehr gegeben. Einige Monate später kommt der Konflikt wieder hoch, dieses Mal in Lyon, begleitet von einigen Zusammenstößen mit der Polizei. Ein anderes Beispiel ist der Streik von Saviem in Caen im Januar 1968. In dieser Fabrik mit 4000 Personen nehmen 500 Arbeiter an einem Demonstrationzug teil und ihre Kollegen schließen sich an, gegen den Willen der Gewerkschaften. Die Fabrik wird besetzt und sofort greifen die CRS ein. Am Folgetag demonstrieren die Arbeiter in der Stadt und stoßen kurz mit der Polizei zusammen. Am nächsten Tag marschieren Arbeiter*innen und Studierende Seite an Seite im Verlauf eines wirklichen Tags des Aufbruchs mit fast 200 Verletzten.

Es gibt einige „harte“, etwas ungewöhnliche Konflikte wie diesen. Doch vor dem Mai war der dennoch vorherrschende Eindruck, dass sich seit dem Bergarbeiterstreik von 1963 nichts Weltbewegendes ereignet hat.

Aber De Gaulle? Zehn Jahre schon ... hat man ihn ertragen. 1958 an die Macht gekommen, getragen von einem Aufstand der Rechten in einem verschärften Krisenkontext mit dem Krieg in Algerien, erschien er damals wie eine Art höchstes Wesen, ein Bonaparte, der alle um seine Person herum scharen will, wobei er ganz und gar ein Mann des Großkapitals ist. Die Arbeitenden scheinen beeindruckt, wie auch ihre Organisationen, und lassen ihn im Fernsehen schwadronieren: „Die Hausfrauen wollen Kühlschränke und Staubsauger [das ist der Fortschritt], aber sie wollen auch, dass ihre Männer kein ausschweifendes Leben führen [das ist die Ordnung]. Gut! Der Staat ist wie die Haushalte. Fortschritt ist nötig, aber auch Ordnung.“

Die „Knobelbecher des Generals“, wie man manchmal die „Abgeordneten“ nennt, verabschieden die Gesetze ohne oder fast ohne Diskussion. Die Opposition hat kaum

Perspektiven. Es gibt den „radikalen“ Pierre Mendès-France [ursprünglich in der Parti Radical Socialiste, dann in der Parti socialiste unifié, PSU] oder François Mitterrand, der noch kein Sozialist ist ... Aber gerade die Sozialisten haben kaum Kredit nach ihrer Kehrtwende 1956 in Bezug auf den Krieg in Algerien. Was die PCF betrifft, die wichtigste Partei der Linken in jener Zeit, so bleibt sie für die anderen Parteien seit Beginn des Kalten Krieges außen vor. Die PCF neigt seit Jahren dazu, für eine „Regierung der demokratischen Union“ zu plädieren, aber niemand will das, und vor allem nicht Mitterrand. 1965 verzichtet die PCF bereits im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl zugunsten Mitterrands auf eine eigene Kandidatur... 1968 erscheint die Gesellschaft vor allem blockiert, ohne wirkliche Veränderungsperspektive, während sie auf allen Ebenen geradezu danach verlangte, weiterentwickelt zu werden.

Einige Barrikaden ... und schon kippt die ganze Situation

Die Bewegung kommt am 22. März in Gang, nach der Festnahme von Xavier Langlade, einem Studenten von Nanterre, Aktivist der JCR, wegen des Verdachts, an einer Demonstration teilgenommen zu haben, die den Sitz eines amerikanischen Unternehmens („American Express“) angegriffen hat. Zusammenstöße mit der extremen Rechten sind der Vorwand für die Schließung der Universität am 2. Mai. Am 3. Mai findet eine Protestversammlung an der Sorbonne mit 500 Aktiven statt. Diese hatte kaum Aufsehen hervorgerufen. Aber die Operation „Grüne Minna“, die darin besteht, die 300 jungen Unruhestifter in Zehnergruppen hinauszuerwerfen, dauert ein wenig zu lange. Nach zwei Stunden bildet sich ein Menschaufmarsch. Es kommt zu gegenseitigen Beschimpfungen und Pflastersteine gehen auf die Köpfe von Polizisten nieder: Mit einem Schlag ist das Feuer im Quartier Latin entfacht.

Der Beginn der Mai-Bewegung kommt etwas unerwartet. Seit Wochen erklärt eine gewisse Presse lang und breit, dass es winzige Grüppchen sind, die Chaos säen. Die Lösung scheint ganz einfach: Es reicht, die Grüppchen zu stoppen, damit wieder Ordnung herrscht. Am 3. Mai gibt sich Grimaud, der Polizeipräfekt zufrieden: Die Kleingruppen sind alle da... er hat sie unter Kontrolle! Aber Tausende Studierende schließen sich ihnen an und leisten Widerstand gegen die Polizei. Neu ist, dass sie der Repression nicht weichen und entschlossen sind.

Ohne die Bedeutung zu erfassen, greifen die CRS sogar friedliche Schaulustige an und verprügeln friedlich in

einem Café sitzende Student*innen. In wenigen Stunden werden die anständigen Studierenden zu wirklich „Wütenden“.

Am 3. Mai gibt es fast 600 vorläufige Festnahmen. Am 6. Mai demonstrieren 16 000 sechzehn Stunden lang. Am 7. Mai rufen 45 000: „Wir sind eine kleine Gruppe!“ Es gibt Hunderte Verletzte auf beiden Seiten. Jeden Tag gibt es Demonstrationen: 20 000 demonstrieren am 8. Mai, 20 000 – 30 000 am 10. Mai. An diesem Tag gibt es Dutzende Barrikaden im Quartier Latin. Dies ist ein Wendepunkt, der unmittelbar das gaullistische Regime zur Zielscheibe der Unruhen macht.

Die Entscheidung, die ersten Barrikaden zu errichten, ist nicht formell von irgendeiner Organisation getroffen worden. Die Aktivist*innen der JCR haben jedoch eine bedeutende Rolle bei der Initiative dazu gespielt, im Gegensatz zu anderen revolutionären Organisationen, die in den von Tausenden Studierenden errichteten und verteidigten Barrikaden nur ein „kleinbürgerliches Abenteuer“ sahen. Natürlich kann auch eine sehr entschlossene Studierendenbewegung nicht allein – ohne die Unterstützung der Arbeiterklasse – und mit Aussicht auf Erfolg ein Kräftemessen mit der gaullistischen Macht eingehen. Aber in einem Kontext der Abnutzung des gaullistischen Regimes, der Radikalisierung der Arbeiterklasse, der demokratischen Legitimität der Studentenbewegung wird, was eine bloße Demonstration von „Gewalt außerhalb der Geschichte“ hätte sein können, zu einer essenziellen Initiative. Dies war auch ein entscheidender Faktor für den Zuspruch, den die JCR in den folgenden Wochen und Monaten erfuhr.

Die Polizeigewalt schockiert und überrascht eine öffentliche Meinung, die den Eindruck hat, die „Ereignisse“ direkt erlebt zu haben, besonders dank des Radios. Es wird berichtet, dass die Polizei auf isolierte und manchmal verletzte Demonstranten losging und Tränengasgranaten in Wohnungen warf, wohin sich manche geflüchtet hatten, und sogar in Krankenwagen. All dies ist wahr. Was vor allem schockt, ist die Diskrepanz zwischen all diesen Gewaltakten und dem, was man von den Forderungen der Studierenden weiß: die Ablehnung veralteter Regularien, die gemischtgeschlechtliche Studentenwohnheime untersagen oder die das Abhalten politischer Versammlungen an der Sorbonne verbieten. Zum ersten Mal in der Geschichte erscheint die lernende Jugend als ein gesellschaftlicher Faktor, der eine zentrale Rolle auf politischer Ebene spielt.

Die Bewegung erobert die Provinz: Demonstration gegen die Repression in Paris, anschließend Repression

und anschließend wieder eine Demonstration gegen die Repression, die man gerade erlitten hat ... Der Kreislauf der Demonstrationen geht schnell voran. Universitäten wie die in Straßburg erklären sich für „autonom“. Eine „Studentenmacht“ wird errichtet und man erklärt, die Brücken mit dem bürgerlichen Staat abzurechen und sich die „kritischen Universitäten“ der deutschen Studierenden zum Vorbild zu nehmen. In den Hörsälen ist endlich, zwischen zwei Demonstrationen, die Gelegenheit gefunden, die Welt in aller Ruhe neu zu erschaffen. In den Köpfen von manchen hat der „große Abend“ bereits begonnen. Und dann ist die Gelegenheit zu schön, um De Gaulle einige schlaflose Nächte zu bereiten, der nicht mehr zu wissen scheint, wo es lang gehen soll.

Am 11. Mai weicht Ministerpräsident Pompidou an allen Punkten zurück: Die Polizei soll das Quartier Latin am 13. Mai verlassen und die Sorbonne soll ohne Vorbedingung wieder geöffnet werden. Die verurteilten Studenten werden per Gerichtsbeschluss freigelassen: Die Richter, unabhängig von der politischen Macht, wie jeder weiß, sehen sich so gezwungen, an einem Sonntagnachmittag zusätzlich zu arbeiten, um ein Urteil zu fällen, das bereits vorher von der Regierung verkündet worden ist.

Der Staat will also das Spiel beruhigen. Wie Pompidou später sagen wird, will sie „das Problem der Jugend getrennt behandeln“. Aber es ist zu spät.

Die Gewerkschaftsorganisationen sind gezwungen zu reagieren und am 13. Mai einen Streik- und Kundgebungstag im ganzen Land zu organisieren, um gegen die Polizeigewalt zu protestieren. Der Erfolg ist beträchtlich: Hunderttausende Menschen in Paris, 450 Demonstrationen und Kundgebungen in Frankreich.

Irgendetwas hat sich im Bewusstsein der Arbeitenden entwickelt. Der Jugend ist es gelungen, Zehntausende ihrer Kommilitonen mitzuziehen, zu kämpfen und Widerstand zu leisten, und sie sind sogar in der Lage, die Staatsgewalt zum Rückzug zu zwingen, womit dem persönlichen Prestige von De Gaulle ein schwerer Schlag versetzt wurde. Seit Jahren aber hatten die Arbeiterorganisationen, die PCF an der Spitze, erklärt, dass es aufgrund dieses Regimes nicht möglich sei, irgendetwas zu tun.

De Gaulle hatte den Anspruch gehabt, „alle Franzosen“ um seine Person zu scharen, und ist nun dabei, alle gegen sich aufzubringen, wobei er auf diese Weise eine Brücke zwischen den Studierenden und den Arbeitenden schlägt. Schon am 13. Mai tauchen feindselige Parolen gegen De Gaulle auf: „De Gaulle in die Archive!“, „10 Jahre sind genug!“

Die Diskussionen kommen gut voran: Nach allem ist nun vielleicht der Zeitpunkt gekommen, sich auch ins Zeug zu legen ...

Generalstreik und Fabrikbesetzungen

Am 14. Mai treten die jüngeren, linksradikal beeinflussten Arbeiter*innen bei dem Luftfahrtunternehmen Sud Aviation in der Nähe von Nantes in den Streik, besetzen die Fabrik und setzen die leitenden Angestellten und den Werksdirektor fest. Am nächsten Tag greift die Bewegung auf Renault-Cléon über – gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen. Am 16. Mai ist Renault-Billancourt an der Reihe. Bereits 200 000 Arbeiter*innen sind zu diesem Zeitpunkt im Streik und etwa 50 Fabriken – vorwiegend in der Provinz – besetzt.

Am Abend des 17. Mai entschließt sich die CGT zu einem Aufruf, natürlich nicht zum Generalstreik, sondern um die Begleichung „überfälliger Rechnungen“ einzufordern. Am 18. Mai schreibt der damalige CGT-Chef Georges Séguy in *l'Humanité* ganz offen: „Wer von uns erwartet hat, dass wir zum Generalstreik aufrufen werden, hat sich getäuscht. Uns ist viel lieber, wenn die Arbeiter selbst die Verantwortung übernehmen und über die Vorschläge entscheiden, die ihnen die Gewerkschaft vorlegt.“ Für die CGT steht also außer Frage, die Arbeiter in eine offene Konfrontation gegen De Gaulle und die Unternehmer zu führen. Sie gibt sich lieber „verantwortungsvoll“. Zugleich aber springt sie rasch auf den fahrenden Zug auf, um das Steuer zu übernehmen.

Die Streikbewegung schreitet im ganzen Land rasch voran. Am 18. Mai streiken bereits 2 Millionen und am 22. Mai zwischen 6 und 9 Millionen (von damals insgesamt 15 Millionen abhängig Beschäftigten). Damit liegt die Zahl dreimal so hoch wie 1936 und so hoch wie nie zuvor. Über 4 Millionen halten den Streik drei Wochen lang aufrecht und über 2 Millionen einen Monat lang – es ist eine Schlüssel-Bewegung in der Geschichte der Klassenkämpfe.

Denn ein Generalstreik mit Fabrikbesetzungen ist weit mehr als ein Aktionstag mit Fortsetzung. Die alltägliche Unterdrückung gibt es nicht mehr, auch keine Stechuhr oder Chefs und keine stumpfsinnige Arbeit mehr. Was zählt, ist das Verhältnis der Menschen untereinander und das freie Wort. Man arrangiert sich, auch wenn es keinen Tabak und kein Benzin mehr gibt. Überall wird diskutiert – im besetzten Betrieb natürlich, aber auch im Viertel zuhause und auf der Straße.

Zudem sind an diesem Streik alle Schichten der Arbeiterklasse beteiligt. Zunächst erfasst der Streik die metall-

verarbeitende Industrie und die großen Industrieunternehmen, dann den Dienstleistungssektor. Alle Berufsgruppen sind beteiligt: die Arbeiter, Angestellten, Büroangestellten, leitenden Angestellten, aber auch die Fußballer, Schauspieler, Presse, Justiz etc. – einfach alle Lohnabhängigen in der Gesellschaft sind in irgendeiner Weise involviert und erreichen damit erstmals 80% der erwerbstätigen Bevölkerung. Trotzdem sind es die klassischen Industriezentren, wo die Bewegung am stärksten ist und sich die entscheidenden Ereignisse abspielen.

Um den Streik loszutreten, haben die jüngeren Arbeiter*innen die entscheidende Rolle gespielt. Dort, wo er nur zögernd in Gang kommt, wiegt das Gewicht der Gewerkschaften schwerer. Zumeist ist offiziell bloß von „offenen Rechnungen“ die Rede, auch wenn vielerorts die geltenden Arbeitsabläufe als solche infrage gestellt werden.

Zwar gibt es überall Fabrikbesetzungen, aber sie verlaufen ganz unterschiedlich. Manchmal sind nur ein paar Delegierte im Betrieb, manchmal aber sind viele beteiligt und es entsteht ein regelrechtes Sozialleben in und um die Betriebe herum. Vollversammlungen der Beschäftigten finden statt, es gibt einen Tag der Offenen Tür für die übrige Bevölkerung oder auch Volksfeste, und hier und da zeigen sich die Kaufleute und Bauern aus der Region solidarisch und organisieren den Verpflegungsnachschub. Die CGT nutzt diese Besetzungen, um die Streiks unter Kontrolle zu bringen, und organisiert sogar mitunter Streikposten gegen „die Linksradiكالen und Studenten“.

Zwar symbolisieren die Besetzungen ganz direkt eine Machtergreifung des Produktionsprozesses durch die Beschäftigten, zugleich aber hat dies die unerwartete Folge, dass die Beschäftigten an den Betrieb gebunden werden, wo die Gewerkschaftsbürokratie alles zu kontrollieren sucht. Diese Manie grenzt ans Lächerliche, wenn sie sich bspw. darauf versteift, die Kommunikation unter den Beschäftigten zu unterbinden, selbst wenn es um Unternehmen desselben Konzerns geht. So bedurfte es bspw. mehrtägiger Verhandlungen, bis eine Delegation der Gewerkschaftskoordination von Renault-Flins in das Werk in Billancourt hineingehen durfte, um dort ihre Kolleg*innen zu treffen.

Sofern es Streikkomitees gibt, bestehen diese aus Gewerkschaftern und nur selten aus Unorganisierten. Zumeist sind es Koordinationen der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften; es sind Versammlungen von Betriebsräten oder Gewerkschaftern, die mit dem Gewerkschaftsapparat eng kooperieren und sich nur ihm gegenüber verantworten müssen. Eine Untersuchung im Norden und

in Pas-de-Calais zeigt, dass es in 70% der Betriebe solche Streikkomitees gab, aber nur zu 14% gewählt wurden und gar nur zu 2% durch eine Streikversammlung abwählbar waren. Dennoch bekräftigt Séguy in einer Radioansprache am 17. Mai seine Weigerung, die Streikkomitees zu koordinieren.

Mitunter werden Kommissionen gebildet, besonders in Unternehmen, in denen die Techniker oder gar leitende Angestellte eine wichtige Rolle innehaben. In diesen Kommissionen finden durchaus fruchtbare Diskussionen statt. Auch Aktionskomitees werden vielerorts gegründet, in denen sich die kämpferischsten Arbeiter*innen, die Betriebslinke und diejenigen, die sich am Beispiel der Studierenden orientieren, zusammenschließen und meist bewusst außerhalb der Gewerkschaften agieren. Vollversammlungen dienen überwiegend der Information, weniger der Diskussion.

Eine Arbeiterkontrolle gibt es so gut wie gar nicht. Die wenigen Ausnahmen sind die Zeitungsverlage, Krankenhäuser oder das – hierfür bekannt gewordene – Atomforschungszentrum in Saclay. In Nantes gründen Gewerkschaftsmitglieder gar – vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lähmung des Landes und der ersten Versorgungsprobleme – ein zentrales Streikkomitee, das die Grundversorgung sicherstellen soll: Benzin oder Benzingutscheine werden ausgegeben, Müll abgefahren und Grundnahrungsmittel an bestimmten Verkaufsstellen an die Streikenden und ihre Familien abgegeben.

Die Dauer und das Ausmaß des Streiks führen zu einer regelrechten politischen Krise. Ab Ende Mai werden die Streiks durch die politischen Ereignisse bestimmt: Wird De Gaulle einknicken und abtreten? Tatsächlich wird die Lage besorgniserregend: Zwischen dem 22. und dem 26. Mai gibt es im ganzen Land etwa hundert Demonstrationen und die Streiks halten unvermindert an. Am 24. Mai versucht De Gaulle die Lage zu entschärfen und schlägt ein Plebiszit über sein eigenes politisches Schicksal vor – „entweder ich oder das Chaos!“ Dies gerät zum Flop, die Demonstranten antworten ihm: „Dein Geschwätz schert uns nicht!“ Am gleichen Tag demonstrieren 100 000 Studierende und Arbeiter*innen, stecken die Börse in Brand und besetzen und verwüsten zwei Polizeireviere. In Lyon, Toulouse, Bordeaux, Strasbourg und Nantes finden gewalttätige Demonstrationen statt.

Die Studierendenbewegung lässt sich nicht zerschlagen und bleibt unverändert stark, stößt aber auch an ihre Grenzen: Mögen die Studierenden auch ihre Solidarität mit der Arbeiterklasse bekunden, so bleiben sie faktisch doch bei

den Ereignissen in den Fabriken außen vor. Die Regierung hingegen glaubt daran, die Streiks beenden zu können, und ermuntert die Unternehmer, Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen, wobei sie selbst Premierminister Pompidou in der Vermittlerrolle sieht.

Die Gewerkschaftsführungen stimmen eilfertig zu und ermöglichen es dadurch De Gaulle, wieder aus der Sackgasse rauszukommen, in die er sich selbst manövriert hat, indem er alles auf seine Person zuspitzte. Denn dass in dieser Situation Verhandlungen unter der Ägide der Regierung stattfinden, verschafft dieser – in einem Moment äußerster Bedrängnis – natürlich wieder eine gewisse Legitimität.

Die Verhandlungen in der Rue de Grenelle am 25. Mai bringen keine greifbaren Ergebnisse, was die gleitende Lohnskala, das Rentenalter, die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche oder die Rücknahme der Regierungsverordnungen zur Sozialversicherung angeht. Die Gewerkschaftsapparate hingegen erhalten die Zusicherung auf einen rechtlichen Vertretungsanspruch in den Betrieben, der Mindestlohn wird um 35% erhöht, die allgemeinen Löhne steigen um 10% und 50% der Streiktage werden bezahlt.

Séguy versucht das Verhandlungsergebnis den Arbeitern in Billancourt schmackhaft zu machen, wobei er zur Schützenhilfe den einstigen Unterhändler der Matignon-Verträge von 1936 (zur Abwendung damaliger Streiks) mitbringt. Er erntet empörte Pfiffe, weil die Arbeiter nicht bereit sind, sich auf diesen Handel einzulassen, und weiterstreiken wollen. Jedoch ist es auch nicht so, dass an der Basis das Verhandlungsergebnis auf massiven Widerstand stoßen würde.

Die CGT-Spitze stellt sich taub – für sie kommt es nicht infrage, noch mal in Verhandlung zu treten. Sie tut so, als ob nichts geschehen wäre, und nimmt auf Branchen- und Betriebsebene Verhandlungen auf der Grundlage des Grenelle-Abkommens auf und bricht dadurch faktisch die Einheit des Generalstreiks. Sie setzt darauf, dass der Streik abbröckelt, weil nunmehr für jedermann die Möglichkeit gegeben ist, unabgestimmt die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die entscheidenden Tage

Zunächst jedoch spitzt sich die politische Krise wegen der Ablehnung des Grenelle-Abkommens seitens der Arbeiter zu. Am 27. Mai findet im Charléty-Stadion eine Versammlung statt, zu der die Studentengewerkschaft UNEF mit Unterstützung der Lehrgewerkschaft FEN und der

CFDT aufgerufen hat und an der Pierre Mendès-France teilnimmt. Die Studierendenbewegung, die zu diesem Zeitpunkt nicht dazu in der Lage ist, eine wirkliche politische Alternative vorzulegen, wendet sich an die politische Linke, jedoch Mendès hat kein Konzept.

Mitterrand ist sich des politischen Vakuums bewusst und sucht nach einer Alternative innerhalb des institutionellen Rahmens: Er kündigt seine Präsidentschaftskandidatur an und will Mendès-France als Premierminister nominieren. Dieser willigt ein, eine Regierung der vereinigten Linken anzuführen. Mitterrand geht noch weiter und benennt „ein Schattenkabinett aus zehn Regierungsmitgliedern ohne irgendwelche Richtungsvorbehalte“. Damit stößt er die Türe zur KPF auf, aus Gründen, die er später erklärt: „Ich war der Ansicht, dass eine Vertretung der KP in der Regierung die Lage mehr beruhigen würde, als dass sie Besorgnis auslöst. ... Mir war klar, dass sich kein weitsichtiger Mensch durch eine Regierungsbeteiligung der KP abschrecken lassen würde, genauso wie klar war, dass die CGT und Séguy die letzten Bollwerke der öffentlichen Ordnung darstellen, wohingegen sich der Gaullismus als unfähig erwiesen hat, diese gegen die Attacken der Amateurrevolutionäre zu schützen.“ Die KPF willigt ein und erklärt, dass „es in Frankreich keine linke Politik und sozialen Fortschritt geben kann ohne Mitwirkung der Kommunisten“ und spricht von einer „Volksregierung“.

Am 29. Mai organisiert die CGT eine riesige Demonstration mit 500 000 Teilnehmer*innen für eine „Volksregierung“. Die JCR gibt die Parole aus: „Ja zu einer Volksregierung, aber nein zu Mitterrand und Mendès-France!“ und stößt damit auf breite Zustimmung. Trotzdem ging diese Parole an den zentralen Fragen vorbei: Was sollte eine solche Regierung unternehmen und wem gegenüber sollte sie verantwortlich sein? Immerhin war sie ein Versuch, eine – wenn auch provisorische – Lösung zu benennen, um der politischen Ohnmacht entkommen zu können und dabei doch auf die Fallstricke der institutionellen Mechanismen zu verweisen, in die Mitterrand und seinesgleichen die Bewegung manövrieren wollten.

Die Vakanz an der Staatsspitze ist nicht bloß symbolisch. In den paar Tagen zwischen dem 27. und 30. Mai erreicht die politische Krise ihren Höhepunkt. Der gaulistische starke Staat ist zeitweise konfus und gelähmt. Staat und Bewegung stehen sich gegenüber, ohne dass diese aus eigener Kraft eine politische Alternative entfalten könnte.

Die Reformisten versuchen ihrerseits, einen Ausweg im Rahmen der bestehenden Institutionen zu weisen, aber auch nur, weil sie die Lage für total verfahren halten und

nicht, weil sie ihren Lösungsweg unbedingt durchboxen wollen. Ein Machtwechsel wäre ohne weiteres im Rahmen der Gesetze machbar gewesen, wenn der alte General abgetreten wäre, nachdem er selbst zehn Jahre zuvor infolge der Aufstände in Algier an die Macht gekommen war. Aber dies hätte bedeutet, dass die Linke einen Teil ihrer Legitimation durch die Straße erhalten hätte und nicht durch Stimmzettel. Und das wollte sie vermeiden, um nicht in irgendeiner Schuld zu stehen. De Gaulle erkennt diese Zwickmühle und nutzt sie, um wieder in die Offensive zu gelangen.

Die gaullistische Staatsmacht wird wiederhergestellt

Am 29. Mai verschwindet De Gaulle und hinterlässt offene Mäuler. Unter den rechten Politikern macht sich Panik breit wegen dieses vorgeblichen „Verschwindens“. Der spätere Präsident Valéry Giscard d’Estaing versteigt sich gar zu der Erklärung: „Die Regierung hat es, trotz einer Bewährungsfrist, nicht geschafft, die staatliche Autorität wiederherzustellen oder Frankreich zurück an die Arbeit zu schicken, und muss daher abtreten.“

De Gaulle ist nach Baden-Baden gereist, um sich mit dem General Massu zu besprechen. Am 30. Mai übernimmt er wieder die Initiative. Um 16:30 Uhr kommt es zu einem wahrhaft bühnenreifen Auftritt: In einer kämpferischen und bissigen Rede kündigt er an, nicht zurücktreten und auch nicht den Premierminister austauschen zu wollen. Stattdessen wolle er die Nationalversammlung auflösen und so vorgezogene Neuwahlen herbeiführen, in die sich die reformistischen Organisationen zweifellos hineinstürzen würden.

Unter seinen Anhängern ist die Erleichterung gerade so groß wie zuvor die Angst, von der sie umgetrieben waren. Zwischen 18 und 20 Uhr folgen hunderttausende Menschen dem Aufruf verschiedener gaullistischer Organisationen – dem sich die rechtsextreme *Occident*, die Söldner und die alten Kämpfer für ein französisches Algerien anschließen – und strömen in Massen auf den Champs-Élysées. Auch im übrigen Land kommt es überall zu ähnlichen Demonstrationen.

Alle, die an de Gaulles Demission geglaubt hatten, erleben eine kalte Dusche. Unter den Streikenden macht sich eine gewisse Verunsicherung oder gar Entmutigung breit. In dieser Phase kommt es dann wirklich zu den Verhandlungen auf Branchen- und sogar Unternehmensebene, dieses Mal in der Hoffnung, heil aus dieser Krise herauszukommen und den Gewerkschaften mit den Verhandlungs-

ergebnissen so viel an die Hand zu geben, dass diese zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrufen können, ohne dass man sich zu sehr aufgegeben hat.

Nicht nur versetzt De Gaulle mit seiner Ankündigung am 30. Mai, im Amt zu bleiben und Neuwahlen stattfinden zu lassen, den Streikenden einen moralischen Hieb; er ermöglicht damit gleichzeitig den Gewerkschaften, nach dem Fehlschlag in Grenelle wieder die Initiative zu ergreifen. Diese können jetzt argumentieren, dass man wieder an die Arbeit gehen könne, ohne alles oder überhaupt etwas Nennenswertes erreicht zu haben, denn dank der Wahlen wird sich stattdessen eine linke Regierung in jedem Fall um unsere Belange kümmern, und am besten wäre es, wenn diese Wahlen so schnell als möglich stattfinden. Daher müsse man „geint und geordnet“ wieder an die Arbeit gehen.

Trotzdem wird die Arbeit nicht ohne Widerstand wiederaufgenommen. In den Unternehmen, die von ihm abhängen, wie dem Kohlebergbau, der Energieversorgung und den öffentlichen Transportbetrieben, hilft der Staat nach, indem er etwas tiefer in die Taschen greift als die Privatunternehmen. Zum einen ist dies ein psychologischer Trick (wie es auch plötzlich nach dem 30. Mai plötzlich wieder Benzin gibt) und zum andern will man ja auch nicht die Industrie und die ganzen Privatunternehmen ohne Strom und Transportmöglichkeit dastehen lassen.

Der Streik bröckelt nur langsam: Am 5. Juni gibt es noch 6 Millionen Streikende, am 10. noch 3 Millionen und am 15. noch über eine Million. Bei Renault-Billancourt wird die Arbeit erst wieder am 17. Juni aufgenommen.

Der Konflikt ist in verschiedener Hinsicht längst nicht mehr wie zuvor. Die Streikenden sind nunmehr in der Minderzahl und die Auseinandersetzung verläuft härter und – angesichts des Widerstands der Unternehmer, die Morgenluft wittern – auch erbitterter. Vom 7. bis zum 10. Juni stehen Arbeiter und Studenten seit an Seit in Flins. Es gibt einen Toten, ein Jugendlicher, der auf der Flucht vor der Polizei ertrinkt. Anderntags kommt es in Sochaux rund um die Peugeot-Werke zu regelrechten Aufständen. Auch hier sterben zwei Arbeiter. Die CGT stellt sich blind und will so schnell als möglich die Sache beenden.

In den Wahlen erhält De Gaulle völlig unerwartet eine absolute Mehrheit im Parlament. Seine Partei, die UDR, erzielt sogar ihr bisher bestes Ergebnis. Die Bewegung hatte sich gegen die Rechte gerichtet und diese profitiert nun von dem Scheitern der Bewegung und der Rückkehr zur Ordnung. Der Lohn für die KPF, damals die größte Partei in der Linken, fällt nur sehr mager aus: Nachdem

sie während der gesamten Proteste die „linksradikalen Provokateure“ fortlaufend denunziert hat, wird sie nun zum Opfer der von De Gaulle und der gesamten Rechten inszenierten Drohung eines Bürgerkriegs.

Gab es im Mai/Juni 1968 eine revolutionäre Situation? War alles möglich?

Damals sprach die JCR von einer „Generalprobe“, einer ersten Etappe der Revolution. Im Kern eine durchaus zutreffende Einschätzung: Selbst, wenn man die verschiedenen Grüppchen der extremen Linken zusammenzählt, so fehlte doch insgesamt die notwendige Kapazität, entscheidende Sektoren der Bevölkerung zu organisieren. Charléty zeigt die Grenzen der Bewegung, das Fehlen einer politischen Perspektive. Man ist noch weit von der Situation einer Doppelherrschaft entfernt: weswegen die JCR ja auch eher von einer „vorrevolutionären Situation“ sprach.

Bleiben wir bei dieser Frage unter Berücksichtigung dessen, was Lenin über revolutionäre Situationen gesagt hat, stehen: Sie zeichnen sich dadurch aus, dass „die da oben“ nicht mehr herrschen können wie zuvor, und „die da unten“ ihre Herrschaft nicht länger ertragen können.

Die da oben?

Die öffentliche Verwaltung ist vom Streik betroffen, selbst wenn er dort nicht so lange dauert wie in der Privatwirtschaft. Die Medien, Massenkommunikation, der öffentliche Verkehr und die Energiewirtschaft werden von der Streikwelle erfasst. Inzwischen wissen wir, dass auch in einigen Bereichen der Polizei durchaus Streikbereitschaft vorhanden war und die Regierung sich veranlasst sah, die Reserven der Gendarmerie zu mobilisieren. Die bewaffneten Streitkräfte hingegen wurden kaum von der Krise erfasst.

Die Unternehmer sind genauso beunruhigt wie sie überrascht sind: Zum Zeitpunkt der Verhandlungen von Grenelle analysiert ein Vermerk des Studienzentrums des Unternehmerverbands die gewerkschaftliche Vertretung in den Betrieben als „die nächste Etappe der marxistischen Unterwanderung, ein Herzstück des totalitären marxistisch-leninistischen Mechanismus“. Im gleichen Vermerk heißt es, dass „die Wahrung der individuellen Freiheiten, Grundlage der christlichen Zivilisation und einer wahren Demokratie, in der die konkreten Freiheitsrechte eines jeden respektiert werden“ auf dem Spiel stehe. Nicht weniger als das! Aber welche Wirklichkeit bringt das nun zum Ausdruck?

Die politisch Verantwortlichen scheinen von den Ereignissen überrollt worden zu sein. Das dürfte auf jeden Fall auf De Gaulle zutreffen, der sich im Unterschied zu seinem Premierminister auf eine massive Repression der Unruhen vorbereitet haben soll.

Auffallend sind die Stärke und die Hellsichtigkeit des Staatsapparats im Vergleich zur Schwäche der meisten Politiker, seine Fähigkeit, die politischen Kräfteverhältnisse richtig einzuschätzen. Pompidou, seinerzeit Premierminister und Mann der Banken, zieht der Konfrontation eher den Ausgleich vor, wobei er auf eine Spaltung zwischen Jugendlichen und Arbeitern setzt. Daher setzen die Verantwortlichen des Repressionsapparats alles daran, Tote im Verlauf der Auseinandersetzungen zu vermeiden. In ihren Augen geht es eindeutig um eine Studentenrevolte und nicht um eine Arbeiterrevolution. Entsprechend sieht die Polizeitaktik auf dieser Ebene aus: Die drei Toten hat es dann auch *vor* den Fabrikatoren gegeben, nicht *in* den Fabriken!

Was die hohen Militärs mit Massu an der Spitze angeht, ist die Lage eindeutig: Sie erteilen De Gaulle den Ratschlag, nach Paris zurückzukehren, denn für sie besteht keinerlei Veranlassung für ein militärisches Eingreifen.

Während eines Zeitraums von vier bis sechs Wochen haben wir also eine Situation, in welcher der Staatsapparat nicht mehr über die gebotenen Mittel und Möglichkeiten verfügte, um die Regierungsgewalt wie üblich auszuüben, gleichwohl aber immer zu punktuellen Interventionen in der Lage war. Man kann insofern von einer politischen Krise sprechen, als es während einiger Tage durchaus ein Regierungsvakuum gegeben hat. Aber es gab zu keinem Zeitpunkt ein Machtvakuum.

Die da unten?

Wir erleben den größten Generalstreik in der Geschichte Frankreichs. Die Initiative ging größtenteils von jungen kampfbereiten Arbeitern aus, wobei es an verschiedenen Orten auf der Straße zum Schulterchluss zwischen Studenten und Arbeitern kam. Einen Monat lang lebte das ganze Land im Streikmodus. Millionen Streikende bringen in diesem festiven Umfeld weit mehr als nur wirtschaftliche Forderungen zum Ausdruck: nämlich ihre Ablehnung von De Gaulle und der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie leben. Endlich wird über die Probleme der Ausgebeuteten und Unterdrückten gesprochen, ja mehr noch: Während der „real existierende Sozialismus“ im Osten die Menschen immer seltener zum Träumen veranlasst, gewinnt die Utopie an neuer Strahl-

kraft, begleitet von einer radikalen Kritik der kapitalistischen Verhältnisse.

Doch es gelang der Bewegung nicht, dieses Projekt auf die Machtfrage zuzuspitzen. Wir haben es im Mai/Juni 1968 nicht mit einer revolutionären Situation zu tun: Auch wenn die Regierung gewackelt haben mag, so haben „die da oben“ doch stets die Macht bewahrt; und „die da unten“ waren – trotz aller Mobilisierungen – weit davon entfernt, sich auch nur vorstellen zu können, ihnen die Macht zu entreißen und das Bestehende durch etwas anderes zu ersetzen.

Die Bewegung verfügte über keinerlei demokratische Repräsentation oder gar zentralistische Strukturen. Weder bei den Student*innen noch unter den Arbeiter*innen. Die zahlreichen Diskussionen in den Unis und an anderen Orten führten weder zu Beschlüssen noch zu einer Auswahl demokratisch legitimierter Vertreter*innen der Bewegung. Auch in den Betrieben gab es wenige echte Betriebsversammlungen, so gut wie keinerlei Erfahrungen mit Selbstverwaltung, auch keinen Aufbau von Streikkomitees und nur ansatzweise den Versuch von Arbeiterkontrolle. In Abwesenheit jeglicher demokratischen Repräsentation seitens der Streikbewegung stellte sich die Frage irgendeiner Zentralisierung erst gar nicht.

Die durchaus vorhandene Avantgarde der Arbeiterbewegung ist zu sehr zersplittert und atomisiert. Daher ist sie auch nicht in der Lage, den Millionen Streikenden eine politische Perspektive zu vermitteln. Die Schwäche der radikalen Linken und ihre Zersplitterung in eine Vielzahl kleiner z.T. sektiererischer Gruppierungen verunmöglicht es ihr, diese Lage zu überwinden.

Es gibt also eine deutliche Kluft zwischen der Stärke der Bewegung und ihrem Inhalt. Eine derartige Situation hätte durchaus überwunden werden können, doch dafür hätte es einer politischen Kraft bedurft, deren Fehlen 1968 sich schmerzlich bemerkbar machte.

Die Fortsetzung der Streiks führte in der Folgezeit ebenfalls nicht zu wesentlichen Brüchen mit den reformistischen Apparaten. Dies muss man allerdings auch vor dem Hintergrund einer gegebenen objektiven Situation sehen, in der es – nach einer langen Wachstumsphase – nicht wirklich um Lebensnotwendiges für die Bevölkerung ging.

Was bleibt von 1968?

Diese bedeutsame Klassenkampf Erfahrung hat die französische Gesellschaft tiefgreifend verändert und darüber hinaus große Auswirkungen über die Grenzen Frankreichs

hinweg gehabt. Es ist eines der Schlüsseldaten für den Neuaufbau der europäischen Arbeiterbewegung am Ende des 20. Jahrhunderts. Dafür gibt es gute Gründe.

Anders als diejenigen, die 1968 als letzten Arbeiterstreik des 19. Jahrhunderts begreifen, verstehen wir die Ereignisse als ersten Generalstreik einer Gesellschaft, in der 80 – 90% der Bevölkerung abhängig beschäftigt sind. Dieser Streik zeigt, dass in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land eine derartig breite Bewegung, die alle Schichten der Bevölkerung erfasst, die staatliche Autorität infrage stellt und die bürgerliche Legalität weit hinter sich lässt, möglich ist. Es zeigt sich, dass Formen des Kampfes der Arbeiterklasse sich verbreiten und andere Schichten der Bevölkerung erfassen können.

Mai 1968 war das Signal für das Auftreten einer neuen politischen und sozialen Generation. Tiefgreifende Veränderungen bei den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen zeitigen Auswirkungen bis in die Mitte der 70er Jahre. Eine zunehmende Politisierung der Arbeiterklasse hat das Entstehen von Strömungen links von den Reformisten zur Folge. Die Kräfteverhältnisse innerhalb der Arbeiterbewegung ändern sich, die Hegemonie der KPF wird zerschlagen. Es formieren sich revolutionäre Strömungen links von der KPF und gewinnen an Bedeutung, auch in den Betrieben. Ohne gleichwohl die Verhältnisse komplett auf den Kopf zu stellen: Illusionäre Hoffnungen auf das Gemeinsame Programm des Linksbündnisses beherrschen die 70er Jahre, woran sich die Jahre der Desillusion in der Ära Mitterrand und der Aufstieg der extremen Rechten in den Jahren 1980 – 1990 anschließen.

Heute ist die Situation wiederum eine andere: Jahre der Verwaltung des Kapitalismus durch die Sozialdemokratie haben deren Kredit aufgezehrt, den der KPF noch mehr. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Rückschritts des Klassenbewusstseins und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse hat eine neue Generation damit begonnen, neue Kämpfe aufzunehmen und mit den traditionellen Strukturen der Linken und der Arbeiterbewegung zu brechen. Die radikale Linke gewinnt zunehmend an Bedeutung. Mehr und mehr wird sie zu einer, wenngleich noch bescheidenen Alternative, was insgesamt eine nicht zu verachtende Errungenschaft im Hinblick auf künftige Kämpfe sein dürfte, welche entscheidend sein werden.

Denn heute, wo die Mehrheit der Bevölkerung davon ausgeht, dass künftige Generationen schlechtere Lebensverhältnisse antreffen werden als wir heute, wo die sozialen und ökologischen Katastrophen eines entfesselten Kapitalismus Millionen Werktätige in die Armut stürzen,

da ist der Aufstand nicht nur möglich, sondern auch sehr viel dringlicher als vor 50 Jahren und dürfte somit auch radikaler sein.

So wie es Daniel Bensaïd und Alain Krivine in „1968, fins et suites“ auf den Punkt bringen: „Wenn etwas von dem missionarischen Eifer des Mai 68 bewahrenswert ist, dann ist das nicht die Utopie, die die Politik ersetzt hat ... sondern vielmehr die spontane Radikalität, der Gang der Ereignisse, und dass sich eine Bresche, ein kurzes Zeitfenster öffnete, in dem alles möglich war.“ Und mehr denn je ist eine andere Welt möglich!

In ihrem Buch heißt es unter dem Abschnitt „Die Barrikaden am 10. Mai“:

„Die Barrikaden am 10. Mai entstanden weitgehend aus einer spontanen Eingebung, die ansteckend und grenzenlos war und Pflastersteine aus dem Boden in die Hände der Menschen springen ließ, die ihrerseits Ketten bildeten und sie weiterreichten. Schutzwälle wurden hochgezogen, die dem Palais des Amateurbaumeisters Ferdinand Cheval zur Ehre gereicht hätten, und Bäume wurden dafür gefällt, so dass am Ende eine regelrechte Festung entstand dies geschah nicht nach einem vorher ausgedachten Plan und reichte von der Rue Gay-Lussac bis zur Rue Mouffetard und von der Rue Soufflot bis zur Avenue Claude Bernard. Natürlich haben wir an dieser spontanen Aktion geflissentlich mitgewirkt, während die Maoisten ihre ehernen Grundsätze hochhielten und sich von diesen „kleinbürgerlichen Sandkastenspielen“ (sic) distanzierten, um sich in ihr kuscheliges Nest in der Rue d’Ulm zurückzuziehen. Die Kpler ergingen sich in provokativen Pfeifkonzerten und verschwanden dann mit der Metro. Die Lambertisten wiederum machten einen Rundgang durch die Barrikaden, um das Abenteuerertum zu geißeln, das – angesichts einer autoritären und ihrer Analyse nach sich faschisierenden Staatsmacht – zu einem Massaker führen könne.

Angesichts des Ausgangs könnte man über diese Vorbehalte lachen. Formal vertraten unsere Widersacher sicher einen orthodoxeren Standpunkt. Denn wie soll man sich vorstellen, dass sich die Studierendenbewegung ohne die direkte Mitwirkung der Arbeiterklasse und die Einheit der Gewerkschaften alleine in eine Kraftprobe mit der Staatsmacht begeben kann? [...] Wir haben keinen Kriegsrat gehalten, um darüber zu beratschlagen. Wenn die Ereignisse zum Handeln zwingen, dann bleibt nicht die Zeit, lange das Für und Wider abzuwägen, sondern dann sind rasche Entscheidungen gefragt, die nur möglich sind, wenn man die Lage erfasst. Und im Großen und Ganzen gelang uns dies Anfang 1968, ganz sicher besser als

den größeren Organisationen. Man muss mit den unvorhersehbaren Ereignissen umgehen, auch ohne sie zuvor lange erwogen zu haben. Wer weiß, ob wir nicht auch mit mehr Erfahrung, größerer Reife und einer besseren sozialen Verankerung – so wie unsere maoistischen Genossen oder die von der KP – daneben gelangt hätten und vor den Ereignissen desertiert wären, um dann anderntags wieder zurückzukommen, nicht ohne zuvor tunlich mit dem Gewerkschaftsapparat und den linken Parteiführungen Kontakt aufgenommen zu haben. Denn eines ist sicher: Je größer eine politische Organisation wird, desto mehr neigt sie zu organisatorischem Konservatismus und ideologischer Schwerfälligkeit.“¹

■ *Übersetzung: HGM, MiWe, Ralf S.*

¹ Daniel Bensaïd et Alain Krivine, *1968, fins et suites*, Paris (La Brèche), 2008, S. 39–41



VOR 70 JAHREN: BRUCH ZWISCHEN STALIN UND TITO

Bis zum 28. Juni 1948 hatte Jugoslawien im Westen als „Musterschüler“ Moskaus gegolten. Die immer wieder auftauchenden Widersprüche zwischen einer zwar am Vorbild Moskaus orientierten, aber stets auf Eigenständigkeit bedachten jugoslawischen Führung und dem „großen Bruder“ in Moskau wurde kaum zur Kenntnis genommen. Die jugoslawische Führung um Tito wurde durch den Rauswurf aus der Kominform und die totale Wirtschaftsblockade durch die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Satelliten gezwungen, ihre bisherige Strategie des Aufbaus des Sozialismus grundlegend zu verändern. Die Neuorientierung der jugoslawischen Kommunisten brachte das Konzept der Arbeiterselbstverwaltung hervor, das zum „Markenzeichen“ der jugoslawischen Variante des Sozialismus werden sollte. In den 60er und 70er Jahren war dieses Modell in Teilen der westlichen Linken sehr populär. Nach dem Ende des jugoslawischen Staates im nationalen Taumel und den grausamen Schlächtereien zwischen den unterschiedlichen Teilrepubliken sowie innerhalb der ethnisch inhomogenen Republiken geriet die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung auch in weiten Teilen der Linken in Vergessenheit. Heute weiß kaum noch jemand innerhalb der Linken darüber Bescheid. Von Seiten der Linken steht eine Aufarbeitung bzw. Wiederaneignung der jugoslawischen Erfahrungen aus heutiger Sicht noch aus. Mit dem nachfolgenden Dossier, das sich mit Vorgeschichte und Verlauf des Bruchs zwischen Stalin und Tito befasst, soll ein Schritt in diese Richtung unternommen werden.

Ein Dossier mit 3 Beiträgen

Jugoslawien
1945 – stalinistisch
geprägt, aber nicht
Stalin hörig
SEITE 19

Jugoslawien 1945
bis 1948
Aufbruch aus
Rückständigkeit
und Zerstörung
SEITE 22

Arbeiterselbstver-
waltung
SEITE 26

JUGOSLAWIEN 1945 – STALINIS- TISCH GEPRÄGT, ABER NICHT STALIN HÖRIG

Die politischen Eigenmächtigkeiten der Partisan*innen waren Stalin schon länger suspekt. Doch mit dem beginnenden kalten Krieg kam es dann zum Bruch. **Paul Michel**

Im Unterschied zu allen anderen späteren „Volksdemokratien“ Osteuropas haben die jugoslawischen Partisanen ihr Land aus eigener Kraft befreit. Moša Pijade, einer der Köpfe der jugoslawischen KP, beschrieb den Unterschied zwischen den Führern der jugoslawischen KP und denen der anderen osteuropäischen KPen so: „Bestimmte Führer der anderen Parteien kehrten in ihre befreiten Länder in Flugzeugen mit der Pfeife im Mund zurück und forderten die Menschen vier Jahre lang, viermal am Tag im Radio auf zu kämpfen ..., während wir unsere Freiheit mit der Waffe in der Hand gewonnen hatten.“ Der Stolz auf die Befreiung des eigenen Landes aus eigener Kraft war Grundlage des ausgeprägten Selbstbewusstseins der jugoslawischen Kommunisten. Sie beharrten auf ihrer Unabhängigkeit, setzten sich gegen Einmischungen und Bevormundungsversuche, die ihren eigenen Erfahrungen widersprachen, zur Wehr.

Im Partisanenkrieg: Auf sich allein gestellt

Von Beginn ihres Widerstands an waren die jugoslawischen Partisanen auf sich allein gestellt. Während des Kriegs gegen die deutschen Besatzer hatte sich die Führung der jugoslawischen Partisanen mehrfach über mangelnde Unterstützung durch die UdSSR beklagt. Sie mussten ihren Weg alleine gehen. Praktisch ohne Unterstützung der Sowjetunion und gegen den Willen Churchills wurden sie zur schlagkräftigsten und mit Abstand stärksten Partisanenbewegung in Jugoslawien. Auf Unterstützung aus der Sowjetunion mussten die die Partisanen lange vergeblich warten – aus Gründen der militärischen

Schwäche der UdSSR, aber wohl auch weil Stalin den politischen Kurs der jugoslawischen Partei wegen ihrer in seinen Augen zu konfliktbereiten Haltung gegenüber der königlichen Exilregierung in London als tendenziell „ultralinks“ sah. Wenn sie schon keine Hilfe bekamen, wollten sie sich auch nicht hineinreden und schon gar nicht etwas vorschreiben lassen.

Wenn sie „gute Ratschläge“ des „großen Bruders“ aus Moskau nicht hilfreich fanden, setzten sie sich darüber hinweg. So z. B. in der Frage der Bildung „proletarischer Brigaden“. Die wurden von der Führung um Tito gebildet, nachdem sie die Erfahrung gemacht hatten, dass Partisanen bäuerlicher Herkunft zwar in ihrer Heimatregion sehr gute Kämpfer waren, aber nur ungern in für sie fremden Gebieten kämpften. Die „proletarischen Brigaden“ wurden als universell einsetzbare Elitetruppen, die auch ohne direkten lokalen Bezug kämpften, gebildet. Stalin lehnte vor allem die Bezeichnung „proletarische Brigaden“ ab, weil das zu deutlich die kommunistische Orientierung der Tito-Partisanen erkennen lasse und damit bei den Verbündeten USA und Großbritannien nicht gut ankommen würde. Aus dem gleichen Grund missfiel es Stalin, dass die Partisanen als Kennzeichen den roten Stern an der Mütze hatten.

Die Erhebung des Antifaschistischen Rates für die Nationale Befreiung (AVNOJ) zur provisorischen jugoslawischen Regierung am 29. November 1943 und das Verbot für König Peter, aus dem Exil in London in das Land zurückzukehren, wurden in Moskau als ein „Dolchstoß in unseren Rücken“ gerügt. Stalin, der zu diesem Zeitpunkt größten Wert auf gutes Einvernehmen mit Großbritannien und den USA legte, fürchtete, damit Churchill zu verärgern. Am 20. Oktober 1944 wurde Belgrad zwar maßgeblich von der Roten Armee befreit. Tito legte aber Wert darauf, dass die Rote Armee alsbald wieder jugoslawisches Territorium verließ. Die Befreiung der bis dahin noch von den Nazis und dem kroatischen Ustascha-Regime kontrollierten Teile Jugoslawiens führten die jugoslawischen Partisanen alleine – unter großen Verlusten – durch.

Konflikt um Triest

Unmittelbar nach Kriegsende kam es zu heftigen Konflikten mit den Westalliierten, USA und Großbritannien, wegen territorialer Fragen. Bei ihrer Kampagne zur Verfolgung der Naziarmeen und ihrer jugoslawischen Verbündeten war die Partisanenarmee bis nach Südkärnten, wo es eine starke slowenische Bevölkerungsgruppe gab, vorgestoßen und hatte unter anderem Villach und Klagenfurt besetzt. Der britische Oberbefehlshaber General Ale-

xander drohte den Partisanen mit Krieg, falls sie sich nicht aus diesem Gebiete zurückzögen. Noch heftiger war der Konflikt um Triest. Triest wie weite Teile Istriens waren 1919 Italien zugeschlagen worden. Bereits im November 1943 hatten die Partisanen auf dem zweiten AVNOJ-Kongress ihren Anspruch auf dieses Gebiet erklärt. Im Mai 1945 wurde das Gebiet, einschließlich von Triest, von den Partisanen befreit und unter Partisanenverwaltung gestellt. Erst unter starkem militärischem Druck der Engländer und Amerikaner räumten die jugoslawischen Partisanen im Juni 1945 Triest, behielten aber weiterhin die Gebiete der Zone B, das südliche und östliche Umland von Triest, auf das die Italiener mit Rückendeckung der USA und GB Anspruch erhoben. Gegenüber der Sowjetunion erhob die Tito-Regierung den Vorwurf, sie im Konflikt mit den Westalliierten nicht genügend unterstützt zu haben.

In den Jahren bis 1948 war dies ein ständiger Konflikttherd zwischen Westalliierten und Jugoslawien, der 1947, als die Jugoslawen nach wiederholten US-Provokationen zwei US-Flugzeuge abschoßen, beinahe zum Krieg geführt hätte. Ohne dass dies in die Öffentlichkeit durchdrang, führte dies auch zu Konflikten mit der Sowjetunion. Denn zu diesem Zeitpunkt war Stalin ein gutes Einvernehmen mit den Westalliierten wichtiger als die Solidarität mit dem sozialistischen Jugoslawien. Die selbstbewusste Tito-Regierung brachte gegenüber der sowjetischen Führung deutlich ihre Missbilligung zum Ausdruck.

Klage über mangelhafte Wirtschaftshilfe seitens der UdSSR

Die jugoslawischen Kommunist*innen forderten vom „großen Bruder“ Sowjetunion sehr selbstbewusst umfangreiche Aufbaukredite, die Entsendung von technischen Experten und die Lieferung von Fabrikanlagen. Das gefiel Stalin gar nicht, der den neuen Volksdemokratien in Osteuropa eher die Rolle zu Rohstofflieferanten zugedacht hatte. Es wurden schließlich zwei gemeinsame jugoslawisch-sowjetische Gesellschaften gebildet, eine für Lufttransport und für eine Flussschifffahrt auf der Donau gebildet. 1947 beschwerten sich die Jugoslawen immer wieder, dass die Sowjetunion ihre Hilfszusagen nicht einhalte und dass bei den neugebildeten jugoslawisch-sowjetischen Aktiengesellschaften rücksichtslos ihre eigenen Interessen verfolge.

Balkanföderation

Bei der Balkanföderation handelte es sich um ein altes linkes Projekt der engen Zusammenarbeit bis hin zu einem

staatlichen Zusammenschluss verschiedener Balkanstaaten seit den Ende des Ersten Weltkriegs. In der unmittelbaren Nachkriegszeit verfolgten Tito und der bulgarische Parteichef Georgi Dimitrov das Ziel, die beiden Länder in einer Balkanföderation zusammenzuschließen. Am 2. August 1947 unterzeichneten beide Staatschefs das Abkommen von Bled, das die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder, einen festen Wechselkurs der Währungen, die Vorbereitung einer Zollunion und die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Stromerzeugung, Bergbau, Landwirtschaft, Transport und Außenhandel vorsah. Jugoslawien verzichtete auf 25 Mio. Dollar an Reparationszahlungen von Seiten Bulgariens, die Jugoslawien auf der Pariser Konferenz 1946 zugesprochen worden waren. Im November 1947 unterzeichneten Jugoslawien und Bulgarien einen Freundschaftspakt. Die beiden Seiten strebten die Bildung eines gemeinsamen Staates an, der den Namen „Union der südslawischen Volksrepubliken“ bekommen sollte. Dimitrov ging sogar noch weiter. Am 17. Januar 1948 erklärte er, dass eine Erweiterung dieses Zusammenschlusses denkbar wäre, und nannte in diesem Zusammenhang Albanien, Rumänien, Tschechoslowakei, Polen und Ungarn als potentielle Kandidaten. Das ging der Sowjetunion zu weit. Am 28. Januar wurde Dimitrov in einem Artikel in der *Prawda* offen dafür angegriffen – was zur Folge hatte, dass die Führung der bulgarischen kommunistischen Partei sich umgehend von der Idee einer Balkanföderation distanzierte.

Kalter Krieg: Stalin zieht die Zügel an

Stalin hatte das selbstbewusste, aus seiner Sicht eigenmächtige Handeln der Jugoslawen stets mit Groll verfolgt, hatte sie manchmal zurückgepfiffen, schrak aber vor dem offenen Eklat zurück und hatte so die offene Konfrontation vermieden. Offenkundig war, dass die jugoslawischen Genossen und ihr selbstständiger Kurs in den osteuropäischen Bruderländern in der Bevölkerung und zumindest auch bei Teilen der kommunistischen Parteien sehr populär waren. Bei Staatsbesuchen Titos in Prag und Warschau erschienen große Menschenmengen zu Titos Begrüßung. In Bukarest kamen im Dezember 1947 trotz heftigen Schneesturms 500 000 Menschen, um ihn reden zu hören. In Bulgarien war Tito nicht nur bei den Massen populär. Auch Dimitrov war von den guten Beziehungen zu Jugoslawien begeistert. Jugoslawien verkörperte auch in den anderen Volksdemokratien den Anspruch auf einen eigenen Weg zum Sozialismus.

Die sowjetische Führung sah sich 1947/48 mit dem Problem konfrontiert, dass die USA mit einer Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche versuchten, ihren Einfluss im Machtbereich der Sowjetunion zu verstärken. Im März 1947 hatten die USA mit der Truman-Doktrin auch offiziell den Kalten Krieg erklärt. Seit April 1947 stellten die USA den osteuropäischen Verbündeten der UdSSR große Summen aus dem Topf des Marshall-Plans in Aussicht, wenn sie sich aus dem Zugriff der Sowjetunion lösten und zu einer Annäherung an den Westen bereit wären. Weil in fast allen osteuropäischen Volksdemokratien die wirtschaftliche Lage sehr schwierig war, gab es in den dortigen Volksfront-Regierungen, vor allem bei den Sozialdemokraten, eine Neigung, auf den Wink mit den Dollars positiv zu reagieren. Am stärksten ausgeprägt war das in der Tschechoslowakei. Im Juli hatte die tschechoslowakische Regierung mit Zustimmung der KP Interesse an einer Teilnahme am Marshall-Plan gezeigt. Die Sowjetunion regierte sofort. Durch Stalin genötigt zogen die Tschechoslowaken ihre Entscheidung zurück. In den darauf folgenden Monaten radikalisierte die KP ihre Haltung gegenüber ihren Bündnispartnern in der Volksfront – was schließlich in ihren Coup vom 22. Februar mündete, als die Kommunisten offen die Macht übernahmen und Sozialdemokraten zur Fusion mit der KP zwangen. Analog dazu zogen die UdSSR und ihre regionalen stalinistischen Filialen auch in den anderen Volksdemokratien die Zügel an. Die bisherigen bürgerlichen und sozialdemokratischen Partner mussten sich unterordnen oder wurden ausgeschaltet. Jegliche Diskussionen um einen landesspezifischen, eigenständigen Weg zum Sozialismus wurden unterbunden. Bei einer derartigen politischen Großwetterlage wollte Stalin die „Extratouren“ der Jugoslawen, die in die Bruderparteien als Vorbild für Widerborstigkeit ausstrahlten, nicht länger hinnehmen. Der Angriff Stalins auf die jugoslawischen Genossen war Teil der verschärften Stalinisierungspolitik der Sowjetunion, die ihrerseits eine Folge der Verschärfung des Kalten Krieges war.

Der Bruch

Im Februar 1948 wurden die jugoslawischen und bulgarischen Genossen nach Moskau zitiert. Dort mussten sie sich dazu verpflichten, künftig alle außenpolitischen Entscheidungen vorab mit Moskau abzustimmen. Die parallel dazu in Moskau weilende jugoslawische Wirtschaftsdelegation bekam für ihr Begehren nach Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen eine Absage. Kurz darauf wurden alle sowjetischen Militärberater, wenige Tage später auch die

Wirtschaftsberater abgezogen. Die Begründung lautete: Die sowjetischen Berater seien in Jugoslawien unfreundlich behandelt worden. Im folgendem Briefwechsel mit Belgrad spitzten Stalin und Molotow ihre Kritik immer weiter zu. Am 28. Juni 1948 erfuhr die ungläubige Welt durch eine lapidare Meldung in einer tschechoslowakischen Zeitung, dass Jugoslawien aus der Kominform ausgeschlossen worden sei.

Die Führung der jugoslawischen KP traf dies zwar nicht unvorbereitet, aber man war dennoch geschockt. Denn Stalin beschränkte sich nicht auf die politische Exkommunizierung der jugoslawischen Genossen, sondern er startete zusammen mit den anderen Volksdemokratien Osteuropas gleichzeitig eine umfassende ökonomische Blockade, ergänzt durch unmissverständliche militärische Drohgebärden, die auch eine Invasion der Roten Armee in den Bereich des Möglichen rückte. In den nächsten Jahren gab es an den Grenzen zu Ungarn und Rumänien immer wieder Schießereien, wobei für die Jugoslawen nie klar war, ob solche Grenzprovokationen nicht den Vorwand für großangelegte militärische Operationen der Roten Armee liefern sollten. Schwer traf der noch im Jahr 1948 in die Wege geleitete Wirtschaftsboykott die jugoslawischen Industrialisierungspläne. Die Wirtschaft Jugoslawiens war stark auf den Austausch mit dem Ostblock ausgerichtet. Neben der Sowjetunion erhoffte sich die jugoslawische Führung die Lieferung von Industrieanlagen aus Polen und der Tschechoslowakei. Der Ausfall dieser Lieferungen traf die jugoslawische Wirtschaft schwer. Die Wachstumsraten gingen in den Jahren 1948 bis 1950 stark zurück. Verschärft wurden die sozialen Nöte im Land dadurch, dass 1950 das Land unter einer verheerenden Dürre zu leiden hatte. Letztendlich wurden die Folgen dadurch gemildert, dass in dieser verzweifelten Lage die Führung um Tito einen Schwenk in Richtung Westen machte und in den Jahren ab 1950 tatsächlich beträchtliche Lebensmittelhilfe, Kredite und wohl auch Wirtschaftshilfe aus den USA erhielt.¹

Ziel der Stalin'schen Blockadepolitik war der Sturz der Führungsgruppe um Tito und deren Ersetzung durch willfährige Teile der jugoslawischen KP. Andrija Hebrang, der frühere Chef der kroatischen KP, und Finanzminister Sreten Žujović waren die Kandidaten Stalins für diese Rolle. In einer Sitzung des Zentralkomitees der jugoslawischen KP bereits im März 1948 wurden sie vom Rest des ZK zu Rede gestellt, blieben vollkommen isoliert und wurden schließlich verhaftet. Im ganzen Land setzte eine Kampagne gegen die „Kominformisten“ (also die

Anhänger Moskaus) ein. Insgesamt wurden ca. 8000 KP-Mitglieder ausgeschlossen bzw. verhaftet. In den Jahren 1948 bis 1952 herrschte gegenüber den „Kominformisten“ ein Klima der Hexenverfolgung. Die Geheimpolizei von Alexandar Ranković griff zu Methoden, die in der stalinistischen Tradition standen. Ca. 10 000 „Kominformisten“, also Freunde Moskaus, wurden in den folgenden Jahren unter unmenschlichen Bedingungen auf der kleinen Adria-Insel Goli Otok interniert.²

Dass in den kritischen Jahren die Herrschaft Titos trotz katastrophaler wirtschaftlicher Lage nie ernsthaft gefährdet war, ist aber nicht der Härte der Repression geschuldet. Die Jugoslawische KP war in dieser Zeit im Volk äußerst populär. Die Mitgliederzahl der KP stieg von ca. 450 000 (1948) auf ca. 780 000 (Juni 1952). In den sechs Monaten nach dem Ausschluss Jugoslawiens aus der Kominform wuchs die Mitgliederzahl der KP um 81 637 auf 530 812. In jedem anderen Land Osteuropas, wo die Machtposition der Kommunisten insbesondere auf den Panzern der Roten Armee beruhte, wäre das undenkbar gewesen. In dieser Phase hob Tito in seinen Antworten auf die Polemiken aus Moskau immer wieder die Wichtigkeit der Unabhängigkeit Jugoslawiens hervor. Mit Polemik gegen die Politik der KPdSU und gegen die Person Stalin hielt man sich in Belgrad zunächst sehr zurück. Zumindest im Jahr 1948 hing auf allen Parteiversammlungen das Portrait Stalins aus und in Reden wurde Stalin nach wie vor gehuldigt – möglicherweise, um antikommunistischen Tendenzen keinen Vorschub zu leisten. Dieses auf den ersten Blick unverständliche Agieren der jugoslawischen KP hat aber auch sehr viel mit dem Umstand zu tun, dass der ideologische Kompass der jugoslawischen KP stark durch die Weltsicht der Dritten Internationale geprägt war. Über ein anderes „Narrativ“ verfügte die jugoslawische KP 1948 nicht. Zum neuen „Narrativ“ sollte die „Arbeiterselbstverwaltung“ werden, die laut Djilas von ihm selbst und Karđelj im Auto „erfunden“ wurde, die in ersten Maßnahmen 1950 erprobt und 1952/53 offiziell zum Markenzeichen Jugoslawiens werden sollte.

1 Offenbar mussten die Jugoslawen dafür keine erkennbaren Zugeständnisse machen. Dennoch war dies ein Schritt hin zu einer Westorientierung der jugoslawischen Führung, die sich darin ausdrückte, dass jugoslawische Techniker und Wirtschaftsfachleute sich im Westen nach möglichen Lösungen für die Probleme in Jugoslawien umschaute und damit marktorientierte Lösungen einen höheren Stellenwert für die jugoslawischen Kommunisten bekamen.

2 In den osteuropäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion gab es von 1948 bis 1952 eine brutale Hexenjagd auf vermeintliche

„Titoisten“. Nach inszenierten Schauprozessen wurden im September 1949 in Ungarn führende Kommunisten wie der frühere Außenminister László Rajk hingerichtet. Im Dezember 1949 endete in Bulgarien ein Schauprozess gegen Kommunisten wie das ZK-Mitglied Traitscho Kostoff mit dessen Hinrichtung. In der Tschechoslowakei wurden vom 20. bis zum 27. November 1952 Rudolf Slánský, Generalsekretär der KSČ, sowie 13 andere führende Parteimitglieder, der Teilnahme an einer trotzkistisch-titoistisch-zionistischen Verschwörung angeklagt und verurteilt. Elf der Angeklagten, darunter Rudolf Slánský, wurden am 3. Dezember im Gefängnis Pankrác in Prag gehängt.

JUGOSLAWIEN 1945 BIS 1948 AUFBRUCH AUS RÜCKSTÄNDIG- KEIT UND ZER- STÖRUNG

Nach dem Krieg gab es große Pläne zum Aufbau von Industrie und Infrastruktur. Doch die Hilfe aus Moskau blieb aus. **Paul Michel**

Jugoslawien war schon vor dem zweiten Weltkrieg ein armes, rückständiges Agrarland mit dem Status einer Halbkolonie. 1939 waren 75 bis 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Erschwerend kam hinzu, dass 45 Prozent der Fläche Jugoslawiens agrarisch nicht nutzbar waren. Von Bedeutung war die Gewinnung von Rohstoffen. In Serbien, Bosnien und Slowenien wurden verschiedene Bodenschätze (Eisen, Kupfer, Kohle) abgebaut sowie Holz erzeugt. Der Abbau der Rohstoffe lag in der Hand von ausländischen Firmen, die die Rohstoffe unverarbeitet außer Landes schafften. Industrieproduktion gab es allenfalls in Ansätzen in Slowenien. Industrieprodukte (z. B. Maschinen und Lokomotiven) mussten zum größten Teil

eingeführt werden. Das Land war von einem Nord-Süd Gegensatz geprägt. Der Norden (Slowenien und Kroati- en, die vor dem 1. Weltkrieg Teil des Habsburger Reichs gewesen waren) hatte eine deutlich bessere wirtschaftliche und soziale Infrastruktur. Es gab dort ein Netz von Straßen und Eisenbahnen und Fabriken und zumindest Ansätze von Industrialisierung in Zagreb, Ljubljana und auch Osijek in Slawonien oder Novi Sad in der Vojvodina. Dagegen war der südliche Teil Jugoslawiens (Mazedonien, Montenegro, Teile des südlichen Serbiens sowie Bosnien-Herzegowina) von ärmlicher kleinbäuerlicher Wirtschaft geprägt. Es gab kaum eine Infrastruktur und die Analphabetenrate war sehr hoch. Im von serbischer Dominanz geprägten Königreich Jugoslawien (1919–1941) hatte es große Konflikte zwischen den Ethnien gegeben. Während der Besatzungszeit der Nazis nahmen diese Konflikte eine extreme, gewaltsame Form an. Die von den Nazis geförderte Ustascha-Regierung des neu gebildeten „Unabhängigen Staates Kroatien“ schlichtete Hunderttausende von Serben ab. Die ein Großserbien anstrebenden Tschetniks verübten während des Krieges zahlreiche Kriegsverbrechen an serbischen, kroatischen, albanischen und bosnischen Zivilist*innen.

1945: Ein verwüstetes Land

Zu Ende des Krieges war Jugoslawien ein in weiten Teilen verwüstetes Land. 1 700 000 Menschen, 11 Prozent der Bevölkerung Jugoslawiens, verloren während des Zweiten Weltkriegs ihr Leben – nur Polen hatte einen höheren Blutzoll gezahlt. 822 000 Gebäude wurden zerstört, 3,5 Millionen Menschen waren bei Kriegsende obdachlos. Stark betroffen war die Landwirtschaft. Zwischen 50 und 70 Prozent des Tierbestands war getötet worden. 80 Prozent der Pflüge und Geräte zur Einbringung der Ernte waren funktionsunfähig. Infolge der militärischen Auseinandersetzungen war das Verkehrssystem zum großen Teil zerstört. Mehr als 50 Prozent der Schienenwege, 77 Prozent der Lokomotiven und 84 Prozent der Güterwagons waren zerstört. Auch die Partisanenarmee hatte gewaltige Verluste erlitten: 350 000 Tote und mehr als 400 000 Verwundete.

Dominanz der Partisanenbewegung

Zum Ende des Krieges war die Partisanenbewegung die dominierende Kraft. 800 000 Menschen umfasste die Partisanenarmee zum Ende des Krieges. Die nationalen Befreiungskomitees hatten in den befreiten Dörfern und Städten logistische Aufgaben übernommen, die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet und die Verteilung des Landes an die armen Bauern organisiert. Es wurden

Fabriken wieder in Betrieb genommen und die Schulden der verarmten Landbevölkerung gestrichen.

Die Partisanen hatten in den befreiten Gebieten die örtliche Verwaltung übernommen, darüber hinaus aber auch regionale und überregionale Strukturen geschaffen. Bereits im November 1942 war in Bihać der „Antifaschistische Rat der nationalen Befreiung Jugoslawiens“ (AVNOJ) gebildet worden. Auf dem zweiten Treffen der AVNOJ zwischen dem 19. und 30. November 1943 in Jajce wurde auf Initiative des Generalstabs der Volksbefreiungsarmee und ihrer Partisaneneinheiten eine provisorische Regierung gebildet, an der auch nichtkommunistische Antifaschisten beteiligt waren. Diese sprach der königlichen Exilregierung in London die Legitimität ab. Damit unterstrich die KPJ ihre Orientierung, die im Widerspruch zu dem damals von den Alliierten (einschließlich Stalins) verfolgten Kurs stand.

Einige Treppenstufen zur Macht

Bei Kriegsende ging es für die maßgeblich von der kommunistischen Partei Jugoslawiens geprägte Befreiungsarmee also nicht darum, die Macht zu erringen. Die hatte sie da Facto längst inne. Es ging lediglich um deren formale legale Absicherung und deren Anerkennung durch die Alliierten. Eine Verstaatlichung der Industrie war 1945/46 nicht erforderlich. Denn zu diesem Zeitpunkt waren bereits 82 Prozent der Industrie, die im Krieg entweder direkt in deutschen Besitz waren oder von Kollaborateuren der Besatzungsmacht geleitet wurden, enteignet und unter staatlicher Kontrolle gestellt worden. Ein Erlass vom Dezember 1946 über die Verstaatlichung der Industrie war lediglich die juristische Bestätigung des bereits bestehenden Status Quo.

Am 8. März 1945 wurde eine provisorische Regierung gebildet, deren überwiegenden Anteil die AVNOJ stellt, in die aber einige Vertreter der Exilregierung in London und Vertreter von Parteien, die das Vorkriegsjugoslawien repräsentierten, aufgenommen. Tito wurde Ministerpräsident, und Ivan Šubašić als Repräsentant der Londoner Exilregierung wurde Außenminister. Am 11. November fanden Wahlen für das Parlament und die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung statt. Getragen von einer Welle der Begeisterung errang die „nationale Befreiungsfront“ ca. 90 Prozent der Stimmen. Bereits im Vorfeld der Wahlen hatten die Führer des bürgerlichen Lagers ihre Kandidatur zurückgenommen. Auch bürgerliche Autoren bestreiten nicht, dass bei den Wahlen nicht manipuliert wurde und die große Zustimmung zur Politik Titos der Stimmungslage in der Bevölkerung entsprach. Dabei

errang diese „Volksfront“ unter der Führung der KPJ mit neunzig Prozent der abgegebenen Stimmen einen durchschlagenden Erfolg. Dieses Ergebnis war ein Ausdruck des realen Rückhalts, den die Partisanenbewegung in der Bevölkerung genoss und den sie der Art verdankte, wie sie den antifaschistischen Kampf geführt hatte.

Bereits in seiner ersten Sitzung am 29. November 1945 beschloss das Parlament die Abschaffung der Monarchie und die Ausrufung der „Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“. Jugoslawien wurde eine Föderation aus sechs Republiken und zwei autonomen Regionen (Vojvodina und Kosovo). Slowenen, Kroaten, Serben, Mazedonier und Montenegriner waren als staatsbildende Nationen anerkannt. Es wurde ein Zweikammersystem geschaffen. Neben dem Parlament auf gesamtjugoslawischer Ebene wurde ein „Rat der Nationalitäten“ mit jeweils 25 Mitgliedern aus den sechs Teilrepubliken und je 15 Mitgliedern aus dem autonomen Regionen Vojvodina und Kosovo eingerichtet. Trotz des föderativen Charakters blieben die Kompetenzen der Republiken und der autonomen Regionen anfänglich beschränkt. In diesem Zweikammersystem wurden der Zentralregierung große Kompetenzen zugeschrieben und die politischen Möglichkeiten der Regionalregierungen stark beschnitten – wohl nicht zuletzt aus Furcht vor einem Wiedererstarken des Separatismus. Der neu geschaffene Staat war sehr stark zentralistisch strukturiert. An der Spitze stand die Bundesregierung in Belgrad bestehend aus dem mächtigen „Exekutivkomitee“ und den Ministerien. Die weitgehend verstaatlichte Volkswirtschaft wurde von zentralen Planungsbehörden in Belgrad geleitet, im Staatsapparat regierten die Ministerien in Belgrad über die Provinzverwaltungen bis in die „Volkskomitees“ vor Ort durch. Der Parteiapparat der KP sorgte dafür, dass die zentralen Vorgaben draußen in der Fläche durchgesetzt wurden. Es war unverkennbar, dass die jugoslawische Führung sich am „Großen Bruder“ in Moskau orientierte.

Repression statt demokratische Freiheiten

Die dunklen Seiten dieses Kampfes, insbesondere gegen Ende des Krieges, sollen nicht unterschlagen werden. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren war das politische Klima im Lande sehr rau. In dieser Zeit gab es heftige Konflikte der neuen jugoslawischen Regierung mit den Westalliierten um Triest. Die Regierung der Volksbefreiungsfront ging – wohl nicht ganz zu Unrecht – davon aus, dass die USA und Großbritannien in Jugoslawien den Aufbau einer Fünften Kolonne förderten mit dem Ziel, das Land zu destabilisieren und letztendlich die Tito-Re-

gierung zu stürzen. In dieser Zeit übten die Partisan*innen zudem harte Vergeltung für die während der Nazibesatzung von Ustascha und Tschetniks verübten Grausamkeiten. Ganz im Geiste ihrer stalinistischen Tradition waren die jugoslawischen Kommunist*innen schnell damit bei der Hand, oppositionelle Regungen als „konterrevolutionäre Aktivitäten“ zu behandeln.

Serbische Bauern standen schnell im Verdacht, sich den Tschetniks angeschlossen zu haben, und Vertreter des Klerus wurden der Kollaboration bezichtigt. Zudem gab es verschiedentlich standrechtliche Erschießungen, insbesondere in Bleiburg, wo Familien von Ustascha-Kämpfern hingerichtet wurden, oder in der Gegend von Kočevje in Slowenien. Nicht-kommunistische Politiker, die sich nicht unterordneten, sondern ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen versuchten, bekamen es mit der neu gebildeten Geheimpolizei OZNA zu tun, wurden schnell als „Kollaborateure“ denunziert, vor die „Volksgerichte“ gestellt und zu harten Strafen verurteilt ...

Wiederaufbau unter sozialistischem Vorzeichen

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Jugoslawien waren im Jahr 1945 katastrophal. In dem vom Krieg verwüsteten Land herrschte Lebensmittelknappheit, wegen der Kriegszerstörungen fehlte es dramatisch an Wohnraum, die Gesundheit der Bevölkerung war in Folge von Kriegsverletzungen und Versorgungsmängeln verheerend, es fehlte an Medikamenten und Ärzten, das ohnehin schwach entwickelte Verkehrssystem (Straßen und Eisenbahnen) war infolge der Kriegshandlungen weitgehend zerstört, die wenigen Fabriken vielfach beschädigt.

Für die maßgeblich von der kommunistischen Partei geprägte Volksfront-Regierung stand fest, dass der Wiederaufbau des Landes mit einer grundlegenden Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen einhergehen musste. Die schlimmsten unmittelbaren Nöte konnten mit Hilfe des UNO-Hilfsprogramms UNRRA gelindert werden. In der Zeit von 1945 bis 1946 kamen Lebensmittelhilfe, Medizin, Saatgut, Tiere, Transportmittel wie Jeeps, Lokomotiven und Eisenbahnwagons sowie technisches Fachpersonal ins Land. Die UNRRA stellte im Winter 1945/46 Lebensmittel für drei bis fünf Millionen Menschen zur Verfügung.

Die Hauptaufgabe musste aber von den Jugoslawen selbst geschultert werden. Unterernährt, überarbeitet, ohne die erforderliche Qualifikation und unter Bedingungen großen Mangels an Ressourcen machten sie sich an den Wiederaufbau von Häusern, Brücken, Straßen, Eisenbahn-

linien und versuchten Fabriken wieder in Gang zu bringen. Es gab eine große Mobilisierung bei Infrastrukturprojekten. Die Volksmobilisierung brachte 1945/46 erstaunliche Erfolge zuwege. Hunderte Arbeitsbrigaden gingen ans Werk. Jugendliche halfen bei der Ernte und Wiederaufforstung, reparierten Straßen und Brücken, errichteten Fußballstadien, Schulen und Wohnhäuser. Das bekannteste Projekt war der Bau der neuen Schnellstraße (Autoput) zwischen Zagreb und Belgrad, die den Namen „Brüderlichkeit und Einheit“ bekam. Diese Freiwilligenprojekte leisteten auch einen großen Beitrag zur Herstellung der jugoslawischen Identität. Ende 1947 betrug die Industrieproduktion bereits 120 Prozent des Niveaus von 1939. In keinem anderen Land wurden vergleichbare Erfolge erzielt. Das trug dazu bei, das ohnehin schon sehr ausgeprägte Selbstbewusstsein der mittleren und höheren Kader noch weiter zu steigern. Obwohl sie nicht über die fachliche Kompetenz zur Leitung staatlicher Apparate und der Wirtschaftsbetriebe verfügten und es im Land keine qualifizierte Arbeiterschaft gab (1945 betrug die Analphabetenrate 50 Prozent), herrschte unter den mittleren und höheren Kadern der KP das Gefühl vor, Berge versetzen zu können.

Es gab allerdings einen Bereich, in dem Tito-Regierung und kommunistische Partei sehr vorsichtig agierten: Die Landwirtschaft. Der bäuerliche Besitz wurde nicht grundsätzlich angetastet. Die Landreform von 1945 sah vor, dass Privatbesitz bis zu 45 Hektar erlaubt sei, und schaltete damit die katholische Kirche in Kroatien, die bis dahin ein mächtiger Grundbesitzer war, aus. Die Regierung warb zwar bei den Bauern dafür, Kooperativen zu bilden, allerdings mit mäßigem Erfolg. Sie übte aber zunächst keinen starken Druck aus, sich Kollektiven anzuschließen. Von Zwangskollektivierung kann in den Jahren 1945–48 keine Rede sein. Allerdings sorgte die von der Regierung zur Versorgung der städtischen Bevölkerung betriebene Abgabepolitik bei den Bauern für großen Ärger durch den Zwang, den Großteil ihrer Erzeugnisse zu festgelegten, niedrigen Preisen an staatliche Stellen zu verkaufen.

Nach sowjetischem Vorbild: Der Erste Fünfjahresplan

Nachdem 1947 das Vorkriegsniveau wieder erreicht und nahezu die gesamte Volkswirtschaft unter staatlicher Kontrolle stand, sah man die Stunde für den Aufbau des Sozialismus gekommen. Ganz nach sowjetischem Vorbild setzte man auf eine schnelle Industrialisierung mit dem Schwerpunkt auf die Schwerindustrie. Nach gewissen Kontroversen innerhalb des Führungskreises der kommunistischen

Partei hinsichtlich der Art und des Tempos der Industrialisierung verabschiedete man 1947 unter Federführung von Boris Kidrić, dem Leiter der zentralen Planungskommission, einen überehrgeizigen Fünfjahresplan. Er sah eine Verfünffachung der – bis dahin sehr niedrigen – Industrieproduktion, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 66 Prozent, eine Vervierfachung der Stromerzeugung und die Erzeugung einer großen Anzahl von modernen Industrieprodukten wie z. B. Lastwagen, Traktoren, Lokomotiven, Turbinen, Transformatoren, Kunstdünger oder Radios vor, die bislang in Jugoslawien nicht hergestellt wurden. Gemäß dem sowjetischen Vorbild lag der Schwerpunkt auf der Schaffung von Großbetrieben für Grundstoffindustrien wie Eisen und Stahl und große Wasserkraftwerke, die hohe Investitionen und eine lange Bauzeit erforderten. Der Plan sah vor, einen Schwerpunkt auf die industrielle Entwicklung bis dahin rückständiger Gebiete wie Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien zu legen. Damit sollten auch die Versprechen der Partisanen eingelöst werden, das starke Wohlstandstandgefälle im Land zwischen Norden und Süden zu überwinden und vor allem Arbeitsplätze für die „Hinterwäldler“ zu schaffen (wie Djilas es ausdrückte), die einen so großen Beitrag zum Partisanenkampf geleistet hatten. Eine Aussage von Djilas ist typisch für die damals in der Führung der KP herrschende „Ekstase großer Ideen und Ziele“, mit der sie innerhalb von zehn Jahren bei der industriellen Pro-Kopf-Produktion das Niveau Englands erreichen wollte. Man setzte neben dem Enthusiasmus und dem „Voluntarismus“ der Massen vor allem auf einen großen, zentralisierten Apparat, der planen, kontrollieren oder auch Zwang ausüben sollte, falls der Enthusiasmus nachlassen sollte.

Es war klar, dass dieses superehrgeizige Industrialisierungsprojekt ohne Hilfe von außen nicht machbar sein würde. Die jugoslawischen Kommunist*innen forderten vom „großen Bruder“ Sowjetunion sehr selbstbewusst umfangreiche Aufbaukredite, die Entsendung von technischen Experten und die Lieferung von Fabrikanlagen. Das gefiel Stalin, der den neuen Volksdemokratien in Osteuropa eher die Rolle zu Rohstofflieferanten zudedacht hatte, gar nicht.

Vielfach wird der jugoslawischen Regierung vorgeworfen, ihre Industrialisierungspläne seien überehrgeizig und unrealistisch gewesen. Fakt ist, dass bereits 1948 die dramatische Veränderung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und der UdSSR die Industrialisierungspläne durchkreuzte. Als in der Folge des Bruchs vom Juni 1948 die UdSSR und ihre osteuropäischen Satellitenstaaten ein totales Wirtschaftsembargo gegen Jugoslawien verhängten,

war dies der Todesstoß für die Industrialisierungspläne in ihrer ursprünglichen Form. Ab 1949 war die Führung der jugoslawischen KP gezwungen, nach neuen Wegen und neuen Konzepten zu suchen. Sie musste sich neu erfinden.

ARBEITERSELBST- VERWALTUNG

In der westlichen reformistischen Linken war die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung bis in die 70er Jahre hinein recht populär. Mit dem Ende des jugoslawischen Staates im nationalen Taumel und grausamen Schlächtereien zwischen den unterschiedlichen Teilrepubliken, verschwand auch die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung aus der Wahrnehmung der Linken. **Catherine Samary**

Der Begriff „Selbstverwaltung“ beschreibt die Verwaltung einer Produktionseinheit von Gütern oder Dienstleistungen durch die Arbeiter*innen selbst und damit eine „Entscheidungsautonomie“ und eine gesellschaftliche Eigentumsform, die mit dem Staatssozialismus brechen. Das titoistische Jugoslawien unterschied sich vom „Sowjetmodell“ der bürokratischen Kommandowirtschaft durch die Einführung entsprechender Rechte. Dieses System, das als Selbstverwaltung bezeichnet wird, wurde in der Folge oft mit der speziellen Herrschaftsform gleichgesetzt, die ihm unter Tito aufgedrückt worden war.

Die Frage der Selbstverwaltung stieß in Frankreich in der Gewerkschaft CFDT, rund um die linkssozialistische PSU (Parti Socialiste Unifié) und einen Teil der trotzkistischen Strömungen, die in den Sechzigerjahren mit den marxistischen jugoslawischen Philosophen der Zeitschrift Praxis in Diskussion getreten waren, auf großes Interesse. Ökonom*innen und Forscher*innen, darunter Branko Horvat in Jugoslawien und Jaroslav Vanek in den Vereinigten Staaten, haben bis heute ihre umfassende Forschungstätigkeit zur Frage fortgesetzt, welche institutionellen Formen sich für ein Selbstverwaltungsprojekt eignen.

Insbesondere in den angelsächsischen Ländern bauen viele Arbeiten und Modelle auf diesen Überlegungen auf, denn der Selbstverwaltungssozialismus, der wesentlich am emanzipatorischen Anspruch des Marxismus und des Anarchismus anknüpft, ist von einer über das jugoslawische Experiment hinausweisenden Bedeutung.

Die Erfahrungen Jugoslawiens bereicherten zwar die theoretische Auseinandersetzung, da die Selbstverwaltung in Jugoslawien in verschiedenen Wirtschaftsreformen berücksichtigt wurde und das Verhältnis von Plan und Markt veränderte. Die Zweckmäßigkeit der Verhaltensweisen und die Gesamtbilanz des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus sind jedoch vor dem Hintergrund des institutionellen Systems und damit der führenden Rolle, die die Kommunistische Partei bei der Einführung und Weiterentwicklung dieses Systems spielte, aber auch der Grenzen, die sie der Selbstverwaltung setzte, zu bewerten.

Die nationalen Befreiungskomitees, auf die sich die Partisan*innen während des Widerstands gegen die Besatzung stützten, waren zweifellos bereits „selbstverwaltete“ Organisationsformen, die in der Bevölkerung auf starken Rückhalt zählen konnten. Nach ihrem Sieg setzte sich jedoch ein stalinistischer Zentralismus durch, und die Selbstverwaltungsstrukturen wurden aufgelöst oder kanalisiert. Die angesichts dieser raschen Bürokratisierung der Regierung schwindende Begeisterung und Beteiligung der Bevölkerung war bereits in den ersten Jahren des neuen Systems spürbar. Doch der Bruch zwischen Tito und Stalin 1948, der mit einem völligen Boykott Jugoslawiens durch die Bruderländer einherging, gab den Ausschlag zu Reformen, ohne allerdings das Einparteiensystem in Frage zu stellen. Die plötzliche Isolation machte die Regierung in Belgrad gefährlich abhängig von westlicher Hilfe. Der Westen war an dieser Spaltung innerhalb des Ostblocks natürlich interessiert, allerdings nicht, um ein Projekt zu unterstützen, das im Kern antikapitalistisch war. Der Titoismus überlebte, indem er diese Hilfe akzeptierte, gleichzeitig aber die Bevölkerung mobilisierte. Diese Funktion erfüllte die Selbstverwaltung.

Die Anfänge

Zwischen 1948 und 1950 waren es vor allem Milovan Djilas und Edvard Kardelj, die dem Titoismus als führende Parteimitglieder die theoretischen Grundlagen dafür lieferten, sich nicht dem Diktat des „Vaterlands der Werktätigen“ zu unterwerfen. Djilas legte eine Interpretation der vom Staatssozialismus ausgehenden bürokratischen Degenerierung der UdSSR vor und begründete damit die

Ablehnung dieses Modells. Kardelj untermauerte das Ziel einer auf Selbstverwaltung gestützten Alternative mit den Erfahrungen der Pariser Kommune und den deutschen Arbeiterräten Ende des Ersten Weltkriegs sowie Texten von Marx, der die „freie Assoziation der Produzenten“ vorsah. Die Berufung auf Marx, der gegen Stalin ins Feld geführt wurde, war Bestandteil eines ideologischen Kampfes innerhalb der offiziellen kommunistischen Bewegung, die die „Titoisten“ exkommuniziert hatte. Mit dieser Bezugnahme belebten die jugoslawischen Intellektuellen aber auch eine äußerst reiche theoretische Auseinandersetzung, die sich wohltuend von der in anderen Ländern verbreiteten Staatsreligion abhob. Das verlieh dem jugoslawischen Marxismus, der bis zur Unterdrückung seiner Exponent*innen Mitte der Siebzigerjahre insbesondere in der Zeitschrift „Praxis“ reflektiert wurde, einen bedeutenden Einfluss auf die jugoslawischen Intellektuellen und Jugendlichen, aber auch auf die neu entstandene internationale Linke. Das vorrangige Ziel der Reformen war es jedoch, die Basis des Regimes in der Arbeiterschaft zu festigen, indem diese in die Pläne zur raschen Industrialisierung des Landes einbezogen wurde. Das erste Gesetz über Arbeiterräte wurde am 30. Juni 1950 nach einem Pilotversuch mit über 200 Unternehmen verkündet. Es wurde ab 1952 auf alle Bereiche und insbesondere auf die Sozialeinrichtungen (Krankenhäuser, Kinderkrippen, Schulen usw.) ausgedehnt und führte im Rahmen des kollektiven Eigentums einen neuen Status für die Arbeiter*innen ein, der sich allerdings im Zuge der verschiedenen Reformen wandelte. Er entsprach jedoch nie dem Status von Aktionär*innen (also Teilhaber*innen, die entsprechend ihren Finanzeinlagen Ansprüche geltend machen können), sondern garantierte den Arbeiter*innen im Gegenteil universelle Rechte, die ihnen Selbstverwaltung in ihrer Funktion als Werk tätige zugestanden. Kapitalmarkt (Aktienmarkt) und Lohnarbeit waren selbst für Staatsangestellte ausgeschlossen. Das neue Recht konkretisierte sich in der den Arbeiterräten eingeräumten Verantwortung für die Einstellung von Personal und die Verwaltung der Unternehmensgewinne. Die Begrifflichkeit und die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurden entsprechend angepasst: Die Arbeiter*innen waren nicht mehr länger Lohnabhängige. Ihr persönliches Einkommen hing sowohl von der individuellen Arbeitsleistung als auch von der kollektiven Verwaltung des „Bruttoertrags“ des Unternehmens ab, der nach bestimmten Normen zwischen verschiedenen Fonds (Investitionsfonds, kollektiver Konsumtionsfonds, persönlicher Einkommensfonds)

aufgeteilt wurde. Die Arbeiterversammlung („Arbeiterkollektiv“) hatte das Recht, einen Arbeiterrat zu wählen und abzuberufen. Dieser war der Versammlung in allen Fragen der Unternehmenstätigkeit, der Beschäftigung und der Einkommen Rechenschaft schuldig. Der Rat ernannte ein Verwaltungskomitee. Er setzte rasch das Recht auf Abberufung der Direktionen durch, die ursprünglich die kommunalen Behörden ernannt hatten, bevor diese Aufgabe dem Rat unterstellt wurde. Gleichzeitig sollte er die Prioritätensetzung des Unternehmens überprüfen.

Die Machtbefugnisse und die Machtfülle dieser Räte wurden durch das politische System eingeschränkt, wechselten aber im Zuge der Wirtschaftsreformen, in denen die Form und der Stellenwert des Plans und damit die Bedeutung, die dem „gesellschaftlichen Eigentum“ zugewiesen wurde, wechselten. Das Gesetz räumte den unmittelbaren Produzent*innen zwar das Recht ein, die direkten Produktionsmittel ihres Betriebes zu verwalten, machte sie aber nicht zu deren Eigentümern. Mit anderen Worten, auch die „Gesellschaft“ hatte ein Aufsichtsrecht über die Betriebsverwaltung. Wer verkörperte aber diese Gesellschaft?

Selbstverwaltung in Theorie und Praxis

Und wie konnte sie ihren Standpunkt zum Ausdruck bringen? In welchem Verhältnis stand dieser zu den Rechten, die den Arbeiter*innen des Unternehmens eingeräumt wurden? Nach welchem System sollte das Einkommen verteilt werden? Welche Ungleichheiten waren vertretbar und welche nicht? Wo sollten die Prioritäten gesetzt werden? Diese Fragen, die im Zentrum aller Probleme und Überlegungen zu Modellen eines Selbstverwaltungssozialismus stehen, wurden in Jugoslawien im Lauf der Zeit immer wieder anders beantwortet, wobei sich die jeweiligen Lösungen in erster Linie durch ein Fehlen an wirklicher politischer Demokratie auszeichneten. Trotz ihres theoretischen Reichtums ließen diese Reformen eine pluralistische Wahl oder eine kritische, auf die gelebte Erfahrung gestützte Hinterfragung des eingeschlagenen Wegs und damit einen Ausbau der Handlungsmöglichkeiten nie zu. Das Machtsystem forderte durch seinen Paternalismus und seine Intransparenz, wenn nicht sogar durch direkte Repression, ein Verhalten, das kurzfristigen, lokalen Erwägungen mehr Gewicht verlieh und oft fälschlicherweise mit dem Wesen der Selbstverwaltung gleichgesetzt wird. Verschwendung und irrationale Managemententscheidungen häuften sich, verbunden mit bürokratischen Privilegien, die auf dezentraler Ebene Fuß

fassten. Die wichtigen, d. h. langfristigen und allgemein gesellschaftsrelevanten Entscheidungen wurden über die Köpfe der Arbeiter*innen hinweg getroffen.

Ständige Veränderungen

Dennoch förderten die den Arbeiter*innen übertragenen Selbstverwaltungsrechte insbesondere in den ersten Jahren des Regimes zweifellos die Eigeninitiative und das Verantwortungsbewusstsein, die sich mangels breiterer Betätigungsfelder auf den Arbeitsbereich konzentrierten. Sie trugen zu einer Wachstumsrate bei, die Jugoslawien in den Sechzigerjahren aus der Unterentwicklung führte. Die Ergebnisse waren jedoch sehr uneinheitlich und schwankend. In Regionen wie Slowenien oder Bereichen mit hohem Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften (Gesundheit, Bildung) wurden zum Teil beachtliche Erfolge erzielt. In anderen Bereichen beschränkten sich die Selbstverwaltungsrechte oft auf ein Vetorecht, das die Unternehmensleitung zur Berücksichtigung lokaler Interessen zwang. In den Siebzigerjahren fanden aus Protest gegen die Nichteinhaltung der in den Arbeitskollektiven getroffenen Entscheidungen durch die Verwaltungskomitees aber auch zahlreiche Streiks statt. Die bis Ende der Siebzigerjahre in den Unternehmen durchgeführten soziologischen Umfragen zeigen sowohl die Grenzen der Befugnisse der Selbstverwaltungsorgane als auch die Akzeptanz dieses Systems, dessen Bedeutung in erster Linie darin bestand, den Arbeiter*innen ein diffuses Gefühl von gesellschaftlicher Anerkennung zu vermitteln.

Diese Rechte wurden unter dem Druck der aufkommenden Konflikte also angepasst. Parallel zu den Vorschriften über die Verteilung des wirtschaftlichen Ertrags und des Überschusses wurden die offiziellen Befugnisse von Institutionen wie Partei, Staat und Gewerkschaften, aber auch von den Banken und Unternehmensleitungen, die alle neben den Arbeiterräten für die Verwaltung dieser Gelder zuständig waren, geändert. Alles in allem wurde in der Phase des „Marktsozialismus“, die mit der Reform des Jahres 1965 eingeleitet wurde, das selbstverwaltete Eigentum tendenziell mit dem gesellschaftlichen und dem Unternehmens-eigentum gleichgesetzt und der Plan abgeschafft. Gleichzeitig setzte ein Prozess der horizontalen und vertikalen Differenzierung ein (Einkommensunterschiede zwischen Unternehmen und Regionen; wachsende Autonomie der mit den Banken verbundenen Geschäftsführungsorgane gegenüber den Arbeiterräten). Diese Veränderungen und die Spannungen waren die Ursache für den Richtungswechsel der Siebzigerjahre, der gekennzeichnet war durch mehr

Repression und eine erneute Zentralisierung. Die Repression konnte den tief greifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zerfallsprozess, der die Staatspartei erfasst hatte, jedoch nicht aufhalten.

Das jugoslawische Selbstverwaltungsexperiment durchlief auf verschiedenen Ebenen mehrere Phasen der Dezentralisierung und der erneuten Zentralisierung, scheiterte aber darin, das gesellschaftliche Eigentum mit den demokratischen Institutionen auszustatten, die zur Lösung der Verwaltungsaufgaben auf allen Stufen (von den einzelnen Betriebseinheiten über die Branchen, Gemeinden und Republiken bis zur Bundesebene) erforderlich gewesen wären. Auch die Formen kollektiver Vertretung der selbstverwalteten Arbeiter*innen in den Institutionen bewegten sich im Rahmen des von der KPJ bzw. später vom Bund der Kommunisten (BdKJ) gewährten Freiraums, also vor allem auf lokaler Ebene in den in der letzten Verfassung verankerten „assozierten Arbeiterkammern“. In kritischen Bilanzen des Selbstverwaltungsexperiments finden diese Strukturen und die damit verbundenen Reformen nie Erwähnung. Sie beschränkten sich weitgehend auf die Absegnung der an anderer Stelle getroffenen Entscheidungen, so dass sie zwangsläufig in einen Bürokratisierungsprozess münden mussten. Der erste Selbstverwaltungskongress fand 1957, also ein Jahr nach der Gründung von Arbeiterräten in Ungarn und Polen im Anschluss an Chruschtschows Entstalinisierung auf dem XX. Parteitag der KPdSU, statt. Er wurde von der kommunistischen Führung einberufen, um gegenüber dem Kreml den universalen (und nicht nur jugoslawischen) Charakter des eingeschlagenen Wegs der Selbstverwaltung zu unterstreichen. Der zweite (und letzte) Kongress fand erst 1971 statt, nachdem er mehrmals verschoben wurde, um dem BdKJ in dieser turbulenten Phase zu ermöglichen, die Kontrolle zu behalten. In der Phase dazwischen sah sich der „Marktsozialismus“ mit Tausenden Streiks, wachsenden Ungleichheiten, einer steigenden Arbeitslosigkeit und Inflation, einem die Betriebsleitungen und Banken begünstigenden sozialen Wandel des Apparats und der Unterdrückung jeglicher abweichenden Meinung konfrontiert. Der Kongress von 1971 stand also im Zeichen der finalen Wende des Systems, die in der letzten zu Titos Lebzeiten beschlossenen Verfassung ihren Ausdruck fand.

Strukturprobleme

Diese Abfolge plötzlicher, von oben verordneter Richtungswechsel, die Unterdrückung jeder abweichenden

Meinung, die Komplexität der eingeführten Reformen und bald darauf die offene Wirtschaftskrise verschärften die Abschottung der einzelnen Wirtschaftsbereiche, den Auflösungsprozess der Selbstverwaltung, das Karrieredenken und die Korruption in den Institutionen der Staatspartei, die jeglichen ideologischen Zusammenhalt verlor. Die verschiedenen Republik- und Provinzbükratien beriefen sich zunehmend auf die Nation und nicht mehr so sehr auf die Selbstverwaltung, um ihre Macht und später ihre Eigentumsanteile zu sichern. Die in den Achtzigerjahren vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Maßnahmen, die auf die Zerschlagung jeder Form von gesellschaftlichem Eigentum abzielten, besiegelten den Zerfall des Systems.

Von außen betrachtet schien es Ende der Achtzigerjahre so, als breche Jugoslawien auseinander, ohne dass die Selbstverwaltungsrechte ernsthaft verteidigt würden. Die Diskrepanz zwischen den zugestandenen Rechten und der Realität gab jedoch politischen und institutionellen Forderungen Auftrieb, die sich nach wie vor im Rahmen des selbstverwalteten Sozialismus bewegten. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildeten die Auseinandersetzungen des Jahres 1968, die von marxistischen Intellektuellen im Umfeld der Zeitschrift *Praxis* ausgingen. Die Unterdrückung der Systemkritiker*innen scheiterte mehrere Jahre lang am Widerstand der universitären Selbstverwaltungsorgane. Mit der Gleichschaltung der Intelligenz Anfang der Siebzigerjahre und der den Unternehmen in den Achtzigerjahren verordneten Sparpolitik wurden alle Selbstverwaltungsrechte völlig ausgehebelt. Die Repression und die Wirtschaftskrise diskreditierten das zutiefst von Korruption zersetzte Regime weitgehend. In Tausenden zersplitterter Streiks wurde gegen die geplanten Privatisierungen protestiert, doch fehlte es an einer schlüssigen Alternative.

Bis zu Titos Tod 1980 wurde parallel zum Ausbau der Selbstverwaltungsrechte jede Form von unabhängiger gewerkschaftlicher oder politischer Organisation im weitesten Sinn unterdrückt – ein Grundwiderspruch, der alle jugoslawischen Reformen kennzeichnete. Nach Titos Tod war die Repression begleitet von einer offenen Infragestellung aller aus dem Titoismus überlieferten Rechte, das heißt der sozialen und nationalen Rechte, die de facto weder mit Freiheiten verbunden noch in sich schlüssig waren und damit auf wackligen Füßen standen. Die Überlegung, dass die Übertragung von Verantwortung und damit die Emanzipation im weitesten Sinn ein bedeutender Beitrag zu mehr wirtschaftlicher Effizienz sein kann, ist aber ein wichtiger Aspekt jeder kritischen Hinterfragung der

bestehenden Gesellschaften, auch wenn sich daraus keine einfachen Rezepte ableiten lassen. In diesem Zusammenhang kann man das Urteil des Schriftstellers Predrag Matvejević teilen, der in seinem Buch „Die Welt ‚ex‘ – Bekenntnisse“ (Zürich, Amman 1997, S. 161) mit der Welt der ehemaligen Funktionäre abrechnet, die, wie er betont, viel zur Entmutigung beigetragen haben. Matvejević schreibt: „Unter günstigeren Umständen als in Ex-Jugoslawien, weniger von Erblasten der Vergangenheit, von Problemen der Gegenwart, von Nationalitäten-Konflikten und Problemen der Unterentwicklung bedroht, hätte die Selbstverwaltungs-Idee eine andere Entwicklung einschlagen können. Jedenfalls wird sie in Zukunft von keinem Versuch, die Demokratie zu vertiefen und zu erweitern, vernachlässigt werden können. Es ist bestimmt nicht utopisch zu glauben, dass die Bürger in Zukunft zunehmend das Bedürfnis haben werden, mehr als je zuvor gewisse Bereiche ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen selber zu gestalten und diesbezügliche Entscheidungen zu treffen. Trotz aller Enttäuschungen, an welchen es der Welt ‚ex‘ nicht mangelt, hab ich das Vertrauen in die Selbstverwaltung bis heute nicht ganz verloren.“

Der Text ist dem Buch „Les conflits yougoslaves de A à Z“ von Catherine Samary und Jean Arnault Dérens entnommen



ANALYSIEREN, AKTIV WERDEN, ETWAS AUFBAUEN

Vom 25. Februar bis 2. März hat der 17. Weltkongress der Vierten Internationale stattgefunden. Der folgende Beitrag des Sekretariats des Büros der Internationale ist in der französischsprachigen Zeitschrift *Inprecor* den vier umfangreichen Dokumenten, die der Kongress nach einem Prozess der Überarbeitung mit großen Mehrheiten verabschiedet hat, als Einleitung vorangestellt.¹

■ **Léon Crémieux**

Zur Eröffnung des Kongresses hat unser Genosse Alain Krivine eine Rede zum 50. Jahrestag von 1968 gehalten. Dieses Jahr steht für eine Konvergenz von Kämpfen und Mobilisierungen auf internationaler Ebene, hat es doch mit der Tet-Offensive der vietnamesischen FNL gegen die Truppen des US-amerikanischen Imperialismus begonnen, und es folgten die Revolte gegen den Vietnamkrieg auf den Universitätscampus in den USA, der Prager Frühling, die Studierendenbewegungen in Polen, Japan, Italien, Deutschland, in Brasilien gegen die Militärdiktatur, der französische Mai 68, die Mobilisierung der Studierenden in Mexiko mit dem Massaker auf dem Platz der drei Kulturen im Oktober und dem Einsatz der Armee von Präsident Díaz Ordaz. Es geht darum, sich diese anti-imperialistischen und antikolonialen Kämpfe, die Revolte der Jugend weltweit, aber auch den machtvollen mehrwöchigen Generalstreik der 10 Millionen in Frankreich und den „schleichenden Mai“ in Italien im folgenden Jahr ins Gedächtnis zu rufen. Diese Wende Ende der 1960er Jahre war für zehntausende Aktivist*innen ein mächtiges Stimulans und günstig für den Aufbau von zahlreichen revolutionären Organisationen, darunter Sektionen der Vierten Internationale. Alain hat etwas von dieser Druck-

welle auf dem Kongress herübergebracht, als eine zur Zukunft hin offene Perspektive, mit dem internationalen Zusammengehen, das 1968 scharf ins Licht getreten war und in der Vielzahl von Widerständen und Kämpfen, die auf der gesamten Welt geführt wurden, einen Ausdruck fand.

Der Kontrast zwischen diesen Hinweisen und der gegenwärtigen Lage ließ deutlich hervortreten, welche analytische Arbeit zur internationalen Lage, zur Bilanzierung der Aktivitäten der sozialen Bewegungen und für den Aufbau von Organisationen für den antikapitalistischen Kampf nötig ist.

Die Mitglieder hatten sich mit zahlreichen Fragen auseinanderzusetzen, die seit dem vorhergehenden Kongress im Jahr 2010 aufgetaucht sind. So war das Klima des Kongresses sowohl von den Angriffen und den Rückschlägen geprägt als auch von der Verwurzelung in den sozialen Abwehrkämpfen und dem Durchhaltevermögen beim Zusammenführen der aktivistischen Kräfte.

Die Anwesenden waren gekommen, um nachzudenken und etwas aufzubauen, gestützt auf die Pluspunkte einer politisch aktiven Internationale, die gewillt ist, politische Sammlungsprojekte zu bilden, die im Zent-

rum all der gesellschaftlichen Kämpfen stehen. Unsere Internationale umfasst derzeit 55 Sektionen, sympathisierende und Beobachterorganisationen in 40 Ländern, diese Organisationen haben insgesamt über 13 000 Aktive in ihren Reihen.

Dieser Kongress hat in einer Situation stattgefunden, die geprägt ist von den revolutionären Explosionen in der arabischen Region, den Erfahrungen der Volksregierungen in Lateinamerika, den Ausbrüchen der Indignados, von Occupy und Nuit Debout, dem Widerstand des griechischen Volks gegen die Anordnungen der Troika, den massiven feministischen Mobilisierungen gegen Gewalt, Vergewaltigungen und Feminizide und für die Durchsetzung von Frauenrechten. Er fand aber auch in einer Zeit statt, in der Trump, Putin, Erdoğan, Netanjahu und Duterte Präsidenten oder Ministerpräsidenten sind und in der zahlreiche Regierungen immer weiter nach rechts rücken. Samt und sonders stehen all diese politischen Elemente im Kontext der langandauernden Krise eines kapitalistischen Systems, bei dem sich Finanzkrisen, die ökologische Krise, soziale und politische Krisen häufen.

Den Volksbewegungen und den revolutionären Bewegungen ist es in dieser Periode nicht gelungen, den reaktionären Offensiven etwas Solides entgegenzusetzen, vor allem dem Abbau der sozialen Errungenschaften in den alten Industrieländern, die während der Jahrzehnte vorher errungen worden waren. Auf die revolutionären Aufschwünge in der arabischen Welt sind reaktionäre Regierungen gefolgt, in Bolivien, Ecuador und in Venezuela haben die Volksregierungen die versprochenen ökonomischen Transformationen, durch die das System in Frage gestellt würde, nicht umgesetzt. Der kapitalistischen Offensive, die gegen die Bevölkerung in Griechenland gefahren wird, ist es gelungen, der Regierung Tsipras die Ausführung der Troika-Angriffe zu übertragen. Und sowohl in Europa als auch im Nahen Osten und in Asien haben es die reaktionären religiösen Kräfte geschafft, sich in ärmeren Schichten zu verankern und gewaltige Kampagnen gegen die Frauen und die Homosexuellen zu entfalten.

Die Delegierten zeigten den Willen, etwas aufzubauen, denn in den letzten Jahren ist es noch notwendiger geworden, gemeinsam vorzugehen, um in einer Welt etwas zu bewirken, in der Kriege, Gewalttaten, Angriffe auf die Arbeitenden und die Unterdrückten größeren Umfang angenommen haben, so dass die Bedeutung der internationalistischen Solidarität und des Zusammenhalts noch deutlicher hervorgetreten ist. Genauso wichtig ist

die antikapitalistische und revolutionäre Orientierung, mit der die Probleme an der Wurzel angegangen werden.

Analysen der Lage

Zuerst fand eine Debatte über die gegenwärtige Phase der kapitalistischen Globalisierung und die Analyse der imperialistischen Mächte, des politischen Chaos und die Folgen von all dessen statt.² Es ging um die Analyse des US-amerikanischen Imperialismus, der, selbst wenn er geschwächt ist, nach wie vor die größte militärische Macht und Herr über die wichtigsten ökonomischen Hebel ist, sowie um die Analyse des kraftvollen Aufstiegs von China, das mit Hilfe seiner militärischen Präsenz im Pazifischen Ozean und dank seiner mächtigen internationalen Wirtschaftsinvestitionen eine imperialistische Politik betreibt. Eine große Mehrheit der Delegierten befand sich in Übereinstimmung mit diesem analytischen Rahmen, wie sich in Redebeiträgen zeigte, die sich auf die internen Widerstände gegen die Politik der Trump-Administration, die mächtigen Mobilisierungen der Frauen und die Gegenwehr gegen die rassistischen Gewalttaten in den USA bezogen. Andere Genoss*innen gingen auf die Aggressivität und zunehmende Präsenz von chinesischem Kapital in Lateinamerika und in Afrika ein, wo es sich riesige landwirtschaftlich genutzte Flächen aneignet, so dass traditionelle Produktion und Gesellschaftsstrukturen bedroht werden. Die große Zahl von Genoss*innen aus Asien hat es möglich gemacht, alle Dimensionen der chaotischen gesellschaftlichen Lage zu beleuchten, in der sich unsere Internationale trotz allem solide und gut in den armen Klassen entwickelt, vor allem in Pakistan und auf den Philippinen.

Amerika und Europa waren unter den 180 Teilnehmer*innen des Kongresses mit Rederecht zahlreich vertreten. Die Anwesenheit von Delegierten unserer Organisationen im Maghreb und von Genossen, die im Rahmen der internationalistischen Solidarität zu diesen Ländern arbeiten, hat es ermöglicht, dass die Lage in der arabischen Region trotz des Fehlens von Delegierten aus dem subsaharischen Afrika³ und aus dem Nahen Osten (Ausdruck von realen Schwierigkeiten der Einreise in die EU, aber auch der Schwäche unserer Kräfte) in den Debatten nicht ausgespart blieb.

Bei dem zweiten Debattenpunkt auf der Tagesordnung ging es um die kapitalistische Zerstörung der Umwelt und die ökosozialistische Alternative.⁴ Damit wurde diese Frage, die bereits 2003 ins Zentrum unserer Aufgaben gerückt worden war, zum dritten Mal auf einem Weltkongress

behandelt. Leider ist die Lage in den 15 Jahren seither nur noch katastrophaler geworden.

In der angenommenen Resolution wird die wesentliche Verantwortung des kapitalistischen Systems und nicht der Menschheit im Allgemeinen für die Zerstörung der Umwelt unterstrichen. Es gab eine allgemeine Übereinstimmung darin, dass der Kampf gegen die Klimaverheerungen und der Kampf für die Beseitigung des kapitalistischen Systems als Produktionsweise unauflöslich

miteinander zu verbinden sind. Hierfür ist es erforderlich, dass die Bevölkerung ihr Geschick selber bestimmen kann und sich nicht im Rahmen eines grünen Kapitalismus auf den Markt verlässt; es kommt auf die öffentliche Aneignung der Ressourcen an und zugleich darauf, die extraktivistische Politik und die unnützen Großprojekte abzulehnen. In der Diskussion wurden der Stellenwert der Frauen und der indigenen Gemeinschaften für die Kämpfe sowie die Rolle von Via Campesina herausgestellt. Auch

EINE REIHE VON ORGANISATIONEN ...

... , die nicht der Vierten Internationale angehören (wie „Lutte Ouvrière“, Frankreich) oder die nicht kollektiv Teil der Internationale sind, wohl aber in ihren Reihen Mitglieder haben, die zugleich einer Sektion der Vierten Internationale angehören (wie die „Nouveau Parti Anticapitaliste“ oder „Ensemble!“), waren als Gäste eingeladen und durch Delegationen auf dem Kongress vertreten. Weitere Gäste waren von den Organisationen ISO (USA), „The Struggle“ (Pakistan), „Organización Política del Pueblo y los Trabajadores“ (OPT) aus Mexiko, „Združena levica“ (Vereinigte Linke) aus Slowenien gekommen, einer gehört zu einem Netzwerk von Aktiven der ehemaligen „Nouveau Parti Anticapitaliste Réunionnais“ (NPAR) von der Île de la Réunion, einer französischen Kolonie im Indischen Ozean. Andere, wie die griechische Bündnisorganisation Antarsya, waren eingeladen, konnten jedoch niemanden schicken.

66 Organisationen oder kleine Kerne, die sich mit der Vierten Internationale identifizieren, waren auf dem Kongress vertreten: 25 aus Europa, 20 aus Lateinamerika und der Karibik, 12 aus Asien und Ozeanien, 5 vom afrikanischen Kontinent und 4 aus Nordamerika. Es wurde festgestellt, dass es 29 Sektionen, 9 sympathisierende Organisationen und 14 Organisationen aus zehn Ländern und mit recht unterschiedlichen Mitgliederzahlen gibt, die (noch) nicht integraler Teil der Vierten Internationale sind oder sein wollen, sich aber als „permanente Beobachter“ verstehen.

Auf dem Weltkongress wurden fünf Organisationen als neue Sektionen der Internationale anerkannt: darunter die 2011 entstandene „Ligue de la Gauche Ouvrière“ (LGO) in Tunesien; die „Jammu Kashmir Awami Workers Party“ (JKAWP) im pakistanisch besetzten Teil von Kaschmir; die „Pakistan Section of the Fourth International“ (PSFI), Teil der im November 2012 gegründeten „Awami Workers Party“ (AWP); die japanische Sektion, die aus dem Vereinigungsprozess von „Japanese Revolutionary

Communist League“ (JCRL) und „National Conference of Internationalist Workers“ (NCIW) hervorgehen soll.

Die vielen brasilianischen Teilnehmer*innen des Kongresses repräsentierten sieben verschiedene Organisationen oder interne Tendenzen, die alle in der „Partido Socialismo e Liberdade“ (PSOL) mitarbeiten. Vier von diesen Tendenzen (Insurgência, Comuna, Subverta, Comunismo e Liberdade) sind Anfang 2017 aus einer Krise der brasilianischen Sektion hervorgegangen, die sich nach einer Vereinigung von drei Strömungen im Oktober 2013 „Insurgência“ nannte. Außerdem waren die Tendenzen „Ação Popular Socialista“ (APS), „Movimento por uma Alternativa Independente e Socialista“ (MAIS) und „Movimento Esquerda Socialista“ (MES) vertreten.

In Argentinien gibt es nun eine (vergleichsweise kleine) sympathisierende Organisation der Vierten Internationale, „Democracia Socialista“, und zwei (sehr unterschiedlich große) Organisationen mit dem Status „permanente Beobachter“: „Movimento Socialista de los Trabajadores-Nueva Izquierda“ (MST) und „La Caldera“. In Venezuela gibt es zwei Organisationen, die sich als „permanente Beobachter“ auf die Vierte Internationale beziehen: „Marea Socialista“ sowie „Liga Unitaria Chavista y Socialista“ (LUCHAS).

Die Verteilung der Delegiertenstimmen wurde nach der Arbeit einer Mandatsprüfungskommission ohne Streitigkeiten gebilligt. Die meisten Mandate (fünf oder mehr) entfielen auf die Organisationen aus den Philippinen, Brasilien, dem Spanischen Staat, Pakistan, Italien und Frankreich.

In dem wichtigsten Leitungsgremium zwischen den Weltkongressen, dem Internationalen Komitee (IK), das am Ende des Kongresses gewählt wurde, sind 36 Organisationen repräsentiert. Fast genau die Hälfte der Mitglieder des neuen IK steht für eine Kontinuität der Arbeit des Gremiums, die andere Hälfte ist zum ersten Mal in das IK gewählt worden. *frd*

die aktive Beteiligung unserer Organisationen kam zur Sprache, vor allem auf den Philippinen, in Bangladesch, Pakistan und Brasilien, aber auch in Kanada und den USA, hier vor allem gegen die Keystone-Pipeline, und in Europa in den Mobilisierungen im Zusammenhang mit den COP in Kopenhagen und Paris sowie in der Mobilisierung gegen den geplanten Großflughafen Notre Dame des Landes in Frankreich oder in Deutschland mit der Bewegung des massenhaften zivilen Ungehorsams „Ende Gelände“, die gegen die Braunkohle Tagebaue aktiv ist.

Die folgende Debatte konzentrierte sich auf die Analyse des Wachstums und der Wandlungen der Lohnarbeiterschaft auf Weltebene (mit der starken Zunahme von Formen prekärer Beschäftigung) und die Bilanz der Widerstandsbewegungen und der von der Bevölkerung getragenen Konfrontationen.⁵

Die Genoss*innen, die für zwei Entwürfe für Resolutionen von Minderheiten (die Plattform für eine revolutionäre Internationale und die Anhänger*innen des Texts „Die neue Epoche und die Aufgaben der Revolutionär*innen“)⁶ eintraten, unterstrichen das zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse auf Weltebene und die zentrale Bedeutung der Kämpfe.

Das Problem, dass sich uns stellt, besteht für die Mehrheit in keiner Weise in einem numerischen Rückgang der Arbeiterklasse. Seit zehn Jahren wächst im Gegenteil die Lohnarbeiterschaft, in der Produktion wie in den Dienstleistungen, vor allem in den neu industrialisierten Ländern. Dieses numerische Wachstum ist jedoch gekoppelt mit einer politischen Schwächung der Arbeiterbewegung, die mehrere wesentliche Ursachen hat: Eine ist die Krise der traditionellen sozialdemokratischen und stalinistischen reformistischen Organisationen in den alten Industrieländern, die im Fall der ersteren wegen ihrer Politik der Geschäftsführung für den Neoliberalismus abgenutzt sind und im Fall der letzteren von dem Sturz der stalinistischen Systeme mitgerissen worden sind. Ein weiteres Element der Schwächung ergibt sich natürlich aus den Niederlagen, die sich in den letzten Jahren angehäuften haben. Sie gehen in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent einher mit der frontalen Infragestellung der Politik des sozialen Kompromisses, so dass zahlreiche Errungenschaften in Bezug auf Arbeitsrechte und sozialen Schutz angegriffen werden. Zugleich hat die Entwicklung neuer Arbeiterklassen vor allem in Asien (China, Indien, Türkei usw.) nicht unter dem Vorzeichen eines Kräfteverhältnisses wie im vergangenen Jahrhundert stattgefunden.

Diese defensive Lage hat jedoch nicht zur Folge, dass bei den Ausgebeuteten und Unterdrückten der Wille zum Kämpfen ausgelöscht wäre. Die sozialen Kämpfe der letzten Jahre beispielsweise im Maghreb, in Lateinamerika oder in Europa sind Belege für die Kampfbereitschaft gewesen. Bei der Diskussion sind mehrere Schwerpunkte herausgestellt worden: Bestätigt hat sich die Kampfbereitschaft der Arbeiter*innen in den neu industrialisierten Ländern, der entscheidende Anteil der Jugend bei allen Mobilisierungen der letzten Jahre und der Stellenwert der feministischen Bewegung mit neuen aktiven Generationen, die nicht nur die feministischen Kämpfe anführen, sondern auch in allen Kämpfen eine zentrale Rolle spielen. Ferner haben mehrere Delegierte unterstrichen, dass es eine bedeutsame Wechselwirkung zwischen den Forderungen gibt, die sich auf die Betriebe beziehen, und Fragen der Diskriminierung, der Umwelt oder des Kampfs gegen die Gewalt verschiedener Art gibt. Diese Verbindungen sind in allen Kämpfen in ländlichen Gebieten, die sich vielfach gegen multinationale Konzerne und militärische Interventionen richten, noch stärker. Außerdem wurden die Erfahrungen mit Widerstand und Wiederaufnahme der Produktion unter Selbstverwaltung angesprochen.

Bei dieser Debatte meldeten sich viele Jüngere zu Wort, vor allem Genoss*innen, die von ihren Interventionen in die Massenbewegungen und sowohl über die Gewerkschaftskämpfe in Italien oder in den USA als auch über die Mobilisierungen der Jugend berichteten. Zur Sprache kam auch die Solidarität mit unserem Genossen Baba Jan in Pakistan, der wegen der Beteiligung an Bauernprotesten gegen Landvertreibung zu lebenslänglicher Gefängnishaft verurteilt worden ist. Die zunehmend autoritären Praktiken zahlreicher Regierungen bewirken nicht, dass die Stärke von zahlreichen Aktivitäten zurückgeht, durch die die kapitalistische Ausbeutung und die Unterdrückung in Frage gestellt werden.

Unsere Rolle und unsere Aufgaben

Der letzte große inhaltliche Tagesordnungspunkt zu der Rolle und den Aufgaben unserer Internationale und unserer Sektionen⁷ war der Punkt, an dem die vorausgegangenen Diskussionen und die Fragen zusammenliefen, zu denen sich zwei alternative Plattformen gebildet hatten. In den letzten Jahren hatten sich unsere Debatten auf mehrere Erfahrungen unserer Sektionen beim Aufbau von breiteren Parteien konzentriert, die eine nützliche Rolle im Klassenkampf spielen und imstande sind, den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. So sind Lehren aus den Erfahrun-

gen gezogen worden, die unsere Genoss*innen in jüngerer Zeit in Podemos im Spanischen Staat, in der brasilianischen Partei für Freiheit und Sozialismus (PSOL), der Awami Workers Party (AWP), des portugiesischen Bloco de Esquerda, der dänischen Einheitsliste (oder Red-Green Alliance) und in der Orientierung im Zusammenhang mit Syriza gemacht haben.

Die Diskussion bezogen sich hauptsächlich auf eine Reihe von Fragen: Die Lage, die von der aggressiven kapitalistischen Globalisierung, von internationalem Chaos und Durcheinander geprägt ist, hat jedoch nicht dazu geführt, dass revolutionäre Ausbrüche und größere politische Krisen unmöglich geworden sind. Die Antikapitalist*innen auf internationaler Ebene tragen heute eine schwere Verantwortung: Es gilt politische Organisationen aufzubauen, die für die tagtäglichen Widerstände von Nutzen sind, und die imstande sind, mit Krisen umzugehen, in denen sich die Frage der Macht stellt.

Gegenüber der Kritik von zwei Positionen, die deutlich in der Minderheit geblieben sind, wird in dem Text, den der Kongress angenommen hat, vertreten, dass es notwendig ist, die beiden Enden der Kette anzupacken. Der Widerstand verlangt, dass wir Werkzeuge schmieden, mit denen der Austeritätspolitik (ganz gleich von wem umgesetzt) etwas entgegen gestellt wird. Alle Konstellationen, über die während des Kongresses debattiert wurde, zeigen die doppelte Notwendigkeit, breite und wirkungsvolle politische Sammlungen aufzubauen und darin für einen konsequenten antikapitalistischen und ökosozialistischen Kurs einzutreten. Damit wird die Entscheidung bestätigt, in allen Fällen eine Organisation der Mitglieder der Vierten Internationale beizubehalten.

Dieser Kongress hat eine Arbeit bestätigt, bei der es um Zusammenhalt, Reflexion und politisches Zusammenführen geht, was eine Verjüngung unserer Organisationen und unserer Internationale möglich macht. Die Solidität dieser Arbeit trägt dazu bei, dass in den Ländern, in denen in unseren Sektionen wie in der letzten Zeit in Brasilien oder in Italien Spaltungen stattgefunden haben, die Internationale ein Bindeglied geblieben ist. Auf längere Sicht kann dadurch eine Wiedervereinigung unserer Kräfte in einer gemeinsamen Organisation möglich werden, so wie das vor kurzem in Deutschland der Fall gewesen ist.

Die Teilnahme von Genoss*innen von mehreren neu eingeladenen Organisationen, wie die Bewegung für eine unabhängige und sozialistische Alternative (MAIS) aus Brasilien oder „The Struggle“ aus Pakistan, bezeugt den Willen zu einem demokratischen Zusammengehen

in unserer Internationale. In diesem Sinne hat die Bewegung Sozialistische Linke (MES), ebenfalls aus Brasilien, nun den Status einer sympathisierenden Organisation der Vierten Internationale.

Der Kongress hat schließlich auch die Gelegenheit geboten, die Entscheidung zu bekräftigen, unsere Internationale unter anderem mit Hilfe von regelmäßigen Seminaren und dem Ausbau unserer Bildungseinrichtungen in Amsterdam, Manila und Islamabad und der jährlichen internationalen Jugendcamps in Europa aufzubauen. Diese Bildungsarbeit trägt Früchte in Form einer Verjüngung der neu gewählten Leitung. Dagegen stellten die Frauen nur ein Viertel von allen Teilnehmer*innen des Kongresses, wenngleich viele Organisationen bei der Zusammensetzung ihrer Delegation eine Genderparität eingehalten haben; der Anteil der Frauen an dem neuen Internationalen Komitee beträgt 40 %.

1 Auf Deutsch werden diese Dokumente in der angenommenen Fassung auf der Website der ISO veröffentlicht werden. Der Text „Die kapitalistische Zerstörung der Umwelt und die ökosozialistische Alternative“ soll außerdem als Broschüre erscheinen.

2 Vgl. den Entwurf, der im Februar 2017 von dem Internationalen Komitee (IK) der Vierten Internationale angenommen worden ist: <http://intersoz.org/kapitalistische-globalisierung-und-die-folgen>; Anhang: <http://intersoz.org/die-krise-der-eu-und-unsere-orientierung>.

3 Ausnahmen waren zwei Genossen von dem „Fourth International Caucus“ in der Democratic Left Front (Republik Südafrika); sie arbeiten an der seit 2006 erscheinenden englischsprachigen Zeitschrift *Amandla!* mit (<http://aidc.org.za/amandla-media>).

4 Vgl. den Entwurf, der im Oktober 2017 von der internationale Ökologie-Kommission der Vierten Internationale vorgelegt worden ist: <http://intersoz.org/die-kapitalistische-zerstörung-der-umwelt-und-die-oekosozialistische-alternative>.

5 Vgl. den Entwurf, der im Februar 2017 vom IK der Vierten Internationale angenommen worden ist: <http://intersoz.org/gesellschaftliche-umwaelzungen-und-widerstand-in-den-letzten-jahren>.

6 Vgl. die Texte der „Plattform für eine revolutionäre Internationale“ bzw. von Jakob und Yvan: <http://intersoz.org/internationale-fuer-revolution-und-kommunismus-aufbauen> sowie <http://intersoz.org/neue-epoche-und-aufgabe-der-revolutionaerinnen>.

7 Vgl. den Entwurf, der im Februar 2017 von dem IK der Vierten Internationale angenommen worden ist: <http://intersoz.org/rolle-und-aufgaben-der-internationale>.

■ Aus dem Französischen übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Wilfried



DER FALL VON AFRIN

Die Türkei hat die Stadt Afrin eingenommen. Der Versuch Erdogans, die kurdische Befreiungsbewegung zu zerschlagen, könnte aber nach hinten losgehen.

■ **Güney Işıkara, Alp Kayserilioğlu**

Am 20. Januar startete das türkische Militär seine Invasion im syrisch-kurdischen Kanton Afrin in Nordwestsyrien. Am 18. März übernahm die schwer bewaffnete türkische Armee nach heftigen Kämpfen, unterstützt durch Luftangriffe und mit der Freien Syrischen Armee verbündeten Kräften, die Kontrolle über das Stadtzentrum von Afrin.

Lange bestand die türkische Strategie darin, Afrin einzukesseln und es von den beiden anderen Kantonen Rojava (Kobanê und Cizre) abzuschneiden, in denen sich die seit Langem staatenlosen und unterdrückten Kurd*innen einen Raum politischer Autonomie geschaffen hatten. Mit der „Operation Schutzschild Euphrat“ versuchte die Türkei – beinahe erfolgreich –, das Gebiet zwischen Kobanê und Afrin zu säubern und die Vereinigung sowie die Logistiklinien zu blockieren. „Operation Olivenzweig“, wie die jüngste Operation zynisch heißt, soll die kurdischen Hoffnungen auf Unabhängigkeit weiter zurückwerfen.

Ob die Offensive einen Wendepunkt markieren wird, ist ungewiss. Mit Sicherheit haben die jüngsten Entwicklungen aber erhebliche Auswirkungen sowohl auf die despotischen Bestrebungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan als auch auf den kurdischen Traum von nationaler Befreiung.

Eskalation des Kampfs

Der Hauptgrund, warum Erdoğan Afrin ins Fadenkreuz nimmt, ist simpel: Rojava ist der Beweis dafür, dass die Ziele der kurdischen Befreiungsbewegung absolut durchführbar und realistisch sind – dass es möglich ist, eine

demokratische Föderation aufzubauen, die auf Grundlage von Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und Sozialismus das Problem der nationalen Unterdrückung löst.

Die Schaffung der politischen Autonomie in Rojava im Jahr 2012 verlieh der kurdischen Bewegung in der Türkei politisch-moralisch und militärisch Auftrieb. Die linke, prokurdische HDP wurde gestärkt, und nachdem der türkische Staat zu einer offen autoritären Form der Unterdrückung überging, riefen kurdische Kräfte in über einem Dutzend Städten der Türkei die Autonomie aus. Der türkische Staat antwortete 2015/16 mit einem lang geplanten militärischen Feldzug gegen die autonomen Gebiete, legte Städte in Schutt und Asche und tötete Hunderte Zivilpersonen, um den militärischen Flügel des Aufstands zu zerschlagen. Danach richtete sich das Augenmerk auf Rojava selbst.

In den letzten Jahren ist die Lage in der Türkei geprägt von einem zunehmend autoritären und selbst faschistische Tendenzen aufweisenden Regierungssystem. Dieser unter Erdogans Führung von oben gesteuerte Prozess hat nicht nur zum Ziel, jegliche Opposition zu unterdrücken, sondern will auch ein neues nationales Narrativ schaffen, das die desillusionierten Teile der Gesellschaft und die organisierte Rechte unter Führung der Präsidentenpartei AKP (wieder)vereint.

Die Zerschlagung der kurdischen Befreiungsbewegung und von Rojava passt in zweierlei Hinsicht voll und ganz zu diesem Plan: Erstens ist die Kolonisierung und Zwangsassimilierung der kurdischen Regionen und des kurdischen Volks eines der Gründungsprinzipien der türkischen Republik und damit ein Eckpfeiler des türkischen Nationalismus

geworden. Wer die Kurd*innen am härtesten und effizientesten bekämpft, gilt folglich als derjenige, der das nationalistische rechte Lager am besten anführen kann. (Das erklärt, warum die MHP, eine nationalistisch-faschistische Partei und traditionell der Erzfeind der AKP, zu einem wichtigen Verbündeten der Erdoğan-Partei geworden ist.) Zweitens müssen, sobald sich die Legitimierung durch Machtpolitik und rohe Diktatur durchgesetzt hat wie in der Türkei unter Erdoğan, alle Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Ein Faschist, der Staat und Gesellschaft nicht beherrschen kann, ist ein Möchtegernfaschist und wird schnell von anderen Faschisten herausgefordert werden, die sich als besser geeignet für die Führung betrachten.

In dieser Lage befinden sich Erdoğan und die AKP. Sie müssen den Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung erfolgreich eskalieren, sonst werden sich die Krisentendenzen innerhalb ihres schwachen Bündnisses vertiefen und die bestehende Ordnung bedrohen.

Die Offensive

Zu Beginn der Afrin-Offensive wurde allgemein erwartet, dass sie sich entlang folgender Linien entwickeln würde: Russland und die USA würden der Türkei erlauben, bis zu einem gewissen Punkt nach Afrin vorzudringen – die USA, um ihren NATO-Verbündeten zu besänftigen, Russland, um die Kurd*innen zu warnen und ihnen zu sagen: Entweder ihr beugt euch dem syrischen Führer Baschar al-Assad oder wir werden zulassen, dass die Türkei euch zerschlägt. Die Kurd*innen würden unterdessen alle ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte in den Kampf werfen, um ein Maximum an Autonomie zu erhalten. Irgendwo entlang dieser Linie würde eine Vereinbarung getroffen werden und die Einheiten von Assads Syrisch-Arabischer Armee würden einmarschieren.

Die Entwicklung verlief ziemlich anders. Nach einem massiven Vorstoß drangen die türkische Armee und verbündete Kräfte schnell in das Stadtzentrum vor und riegelten es mit Unterstützung von Luftschlägen auf mehreren Seiten ab. Die Zahl der zivilen Opfer stieg stündlich. Mit der Ankündigung des türkischen Staates, nichtkurdische syrische Flüchtlinge in Afrin ansiedeln zu wollen und gleichzeitig die meisten kurdischen Zivilpersonen gewaltlos zu vertreiben, tauchte das Gespenst der ethnischen Säuberung am Horizont auf. Menschenrechtsorganisationen warnten vor einer bevorstehenden Katastrophe und forderten ein internationales Eingreifen.

Nichts davon stoppte die türkische Armee und ihre Verbündeten. Am 18. März nahmen sie das Stadtzentrum ein,

hissten die türkische Fahne (neben der Fahne der Syrischen Befreiungsarmee) und stürzten die Statue des Schmieds Kawa (Kaveh), einer mythischen kurdischen und persischen Figur, die einen Aufstand gegen den Tyrannen Zahhak angeführt hatte. Diese wiewohl symbolischen Handlungen offenbarten die der türkischen Invasion zugrundeliegenden Motive: Expansionismus und Kurdenfeindlichkeit.

Die kurdischen Kräfte, die fast sechzig Tage durchgehalten hatten, beschlossen, sich aus dem Stadtzentrum zurückzuziehen, um weitere zivile Opfer zu vermeiden. Sie erklärten, der Krieg sei in ein neues Stadium eingetreten und die kurdischen Kräfte würden bevorzugt zu Blitzangriffen statt direkten Konfrontationen übergehen.

Erste Anzeichen dieser neuen Taktik zeigten sich Ende März, als eine Bombe in Afrin explodierte und zahlreiche türkische Angreifer tötete, die gerade zivile Wohnhäuser und Geschäfte plünderten. Kurdenführer Saleh Muslim bestätigte diesen neuen Ansatz, indem er twitterte, der Rückzug vom Kampf bedeute nicht, dass der Krieg verloren ist.

Andere Akteure

Ohne die stillschweigende oder offene Unterstützung ausländischer Akteure, allen voran Russlands und der USA, könnte die Türkei in Afrin nicht so vorgehen.

Die Russen haben den türkischen Feldzug öffentlich verteidigt und die USA für ihre Verbindungen zu kurdischen Kräften kritisiert, die für die Türkei eine „Provokation“ darstellten. Russland kontrolliert im Übrigen den Luftraum über Nordsyrien: Ohne russische Zustimmung hätten türkische Flugzeuge Afrin nicht überfliegen können und der Vormarsch wäre nicht möglich gewesen. Russland will den Graben zwischen der Türkei und den USA vertiefen und damit gegen die NATO punkten.

Die USA auf der anderen Seite haben nicht viel dafür getan, ihre angeblichen Verbündeten zu verteidigen, und betonen, ihre Verbindung zu den Kurd*innen beschränke sich auf die Bekämpfung des IS (Daësch). Ein Teil dieser Zurückhaltung liegt zweifellos in der NATO-Mitgliedschaft der Türkei begründet. Die Billigung des türkischen Einmarschs in Afrin ist ein relativ einfacher Weg, die letztlich angespannten Beziehungen zu einem befreundeten NATO-Land wieder zu kitten.

Ungeachtet der verschiedenen Motive ist offensichtlich, dass weder Russland noch die USA die demokratischen und sozialen Aspekte der Revolution von Rojava irgendwie zu verteidigen gedenken. Die USA haben dies auch eingeräumt, als 2014 eine Sprecherin des Außenmi-

nisteriums erklärte, das damals vom IS heftig angegriffene Kobanê sei keine Priorität für die USA.

Was Russland und die USA wollen, ist, dass sich Rojava entsprechend ihren Eigeninteressen entwickelt. Den Grundsätzen von Gleichberechtigung der Revolution in Rojava fühlen sie sich weder strategisch noch ideologisch verpflichtet. Insofern kann ihre direkte oder indirekte Billigung des militärischen Feldzugs gegen Afrin nicht als Verrat bezeichnet werden, sondern schlicht als imperialistische Politik. Beide sehen die Kurd*innen lieber unter ihrer Gewalt – zum Teufel mit den demokratischen Ansprüchen.

Kolonialmacht Türkei

Mit der Eroberung weiter Gebiete von Afrin einschließlich des Stadtzentrums hat die Türkei ihren Einflussbereich in Syrien ausgeweitet. Damit begnügt sich Erdoğan aber noch immer nicht. Er hat wiederholt betont, dass die Operation auf das gesamte Nordsyrien und damit auf die anderen Kantone ausgeweitet werde. Die Türkei könnte sogar eine militärische Front im Irak eröffnen, um ihren Kampf gegen die Kurd*innen auszudehnen (auch wenn ein solcher Schritt zurzeit unrealistisch scheint).

Bei Operation Olivenzweig erhält die Türkei Unterstützung von einer Kraft innerhalb der Freien Syrischen Armee, die als TFSA (Türkisch unterstützte Freie Syrische Armee) bekannt ist und u. a. aus ehemaligen Al-Qaida-Kräften, salafistischen Dschihadisten und gemäßigeren Islamisten besteht (weit entfernt von den fortschrittlichen Kräften, die es zu Beginn der syrischen Revolution gab). Erdoğan verweist auf die TFSA – und auf syrische Flüchtlinge in der Türkei –, um zu beweisen, dass die Operation mit und für Syrer*innen durchgeführt werde und nicht, weil die Türkei „ein Auge auf syrisches Land geworfen“ hätte.

Die Brutalität des Angriffs und seine wahren Motive kann Erdoğan mit dieser Rhetorik kaum kaschieren. Die Bösartigkeit der Offensive wurde in zu vielen Bildern und Videos festgehalten (die oft von den TFSA-Kämpfern selbst verbreitet werden). Das wahllose Erschießen von Zivilpersonen ist allgemein verbreitet.

In Teilen Nordsyriens ist die Türkei bereits mehr oder weniger zu einer Kolonialmacht avanciert. Von Ankara eingesetzte Provinz- und Distriktgouverneure kontrollieren mit Unterstützung von türkisch kontrollierten Polizei- und Gendarmeriekräften die Staatsmacht. Die Türkei errichtet unter ihrer Federführung bereits Universitäten und Wirtschaftszonen. In Afrin wird sie, wenn die Militäroperation Erfolg hat, kaum weniger kolonial auftreten. So nahm MHP-Führer Devlet Bahçeli das nach wie vor

nicht umfassende Abkommen zwischen Assad und kurdischen Kräften zum Vorwand, um zu erklären, die Türkei habe „das Recht, vor hundert Jahren weggegebenes Land zumindest so lange zu behalten, bis Stabilität, Frieden und Ruhe wiederhergestellt sind.“

Diese Haltung Erdoğan's ist verwirrend und kurzsichtig. Wie will er jenseits der schmalen Zirkel und Gruppen, die von der offenen Kolonisierung profitieren, Sympathien gewinnen, wenn er offen als Kolonisator auftritt? Wie gedenkt der türkische Staat die Unterstützung von Araber*innen und Kurd*innen zu gewinnen, wenn er erneut offen brutal ihre Gebiete und Häuser erobert?

Die Gefahr, dass die Sache nach hinten losgeht, ist groß. Die Kurd*innen können den Kriegsschauplatz ausweiten, indem sie außerhalb und in der Türkei neue Fronten eröffnen. Duran Kalkan vom Exekutivkomitee der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) hat betont, der Guerillakrieg in Afrin wird von neuen, umfassenderen PKK-Aktionen begleitet werden.

Andererseits werden bewaffnete Dschihad-Gruppen die Dinge sicher verkomplizieren, da die syrische Armee nach Norden vordringt, um die Kontrolle über das Land wiederherzustellen. Wenn sich die kurdischen Kräfte zurückziehen, werden die syrische Armee und die Türkei mit ihren verbündeten Dschihadisten aufeinanderprallen. Wohin werden die Dschihadisten dann gehen, wenn nicht in die Türkei?

Was den Verlauf der Ereignisse in Afrin nicht zuletzt beeinflussen könnte, ist der Rauswurf des US-amerikanischen Außenministers Rex Tillerson durch Präsident Donald Trump und seine Ablösung durch den früheren CIA-Direktor Mike Pompeo. Innerhalb von Trumps Kabinett war Tillerson ein relativ Gemäßigter, Pompeo ist eher ein Hardliner mit einem starken antiislamistischen Einschlag.

Keine Stabilität in Sicht

Für die türkische Invasion in Afrin gibt es einen weiteren Grund. Angesichts der besorgniserregenden wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren muss Erdoğan vor den Präsidentschaftswahlen nächstes Jahr seinen Rückhalt in der Öffentlichkeit abstützen.

Die Regierung ergreift Vorsichtsmaßnahmen, um jede Überraschung zu vermeiden. Wahlzettel ohne den offiziellen Stempel der Wahlbehörde (YSK) waren bislang ungültig. Unter dem neuen Wahlgesetz werden diese Stimmen zweifellos zählen. Der YSK wurde auch autorisiert, Wahlkreise zu fusionieren und Wahlzettel in andere Distrikte zu bringen.

Damit zusammenhängend wurden die Verbindungen zwischen Erdoğan's AKP und der MHP in einer Wahlliste namens Volksbündnis (Cumhur İttifakı) formalisiert, eine bislang nicht erlaubte Taktik. Dank diesem Bündnis wird die MHP davor bewahrt, an der 10-Prozent-Hürde zu scheitern (was unvermeidbar wäre, da viele die Partei verlassen haben, um den Ableger İYİ zu gründen). Generell versucht das Volksbündnis, das rechte Lager unter der Führung der AKP zusammenzuführen.

Neben dem Wahlbetrug wurde nach der Invasion eine beispiellose Kampagne zur Manipulation und ideologischen Mobilisierung lanciert. Faktisch ist es illegal, die Militäroffensive infrage zu stellen oder erst recht abzulehnen. Hunderte Personen wurden wegen kritischer Posts in sozialen Medien verhaftet und ins Gefängnis gesteckt, während Regierungsverantwortliche einschließlich Erdoğan wiederholt Gegner als Terroristen (oder Terrorunterstützer) bezeichnet haben. Mainstream-Medien feiern, wie die „Region von Terroristen gesäubert wird“, und agitieren, um der Operation zum Erfolg zu verhelfen. Kulturschaffende und bekannte Persönlichkeiten, die die Invasion nicht ausdrücklich unterstützen, wurden im Fernsehen denunziert und angegriffen. Fußballteams und Schulklassen lassen sich in Militäruniformen ablichten und verbreiten die Fotos als Beweis ihrer Zustimmung. Bei AKP-Treffen werden Slogans gerufen wie „bring uns auch nach Afrin“.

Trotzdem ist die Vorherrschaft der AKP nicht gesichert. Während die Offensive in Afrin von allen wichtigen Parteien außer der HDP unterstützt wird, haben sich nicht alle rechten Parteien dem Volksbündnis angeschlossen. Saadet Partisi, eine rechte Partei, aus der sich die AKP ursprünglich abgespalten hat, und Akşeners İYİ lehnten den Beitritt zum Bündnis ab. Und obwohl Umfragen 70 bis 80 Prozent Zustimmung zur Invasion in Afrin zeigen, machen sie eine große Unzufriedenheit der Öffentlichkeit in anderen wichtigen Fragen deutlich. Einer Umfrage zufolge unterstützen nur 39 Prozent die Haltung der Türkei zu Syrien, 66 Prozent denken, dass der von Erdoğan ausgerufene Notstand der Wirtschaft schadet, nur 20 Prozent vertrauen der Justiz und nur 17 Prozent den Medien.

Gemäß dem Generaldirektor des einigermaßen linken Umfrageinstituts Konda seien zwar 60 Prozent der türkischen Wählerschaft stark polarisiert im Bezug auf Parteien (also pro oder kontra AKP), für die restlichen 40 Prozent spiele die Frage der Parteinähe aber kaum eine Rolle und sie seien mehr damit beschäftigt, im Alltag über die Runden zu kommen. Dieser Teil der Wählerschaft glaubt zunehmend, dass keine der Parteien die Probleme des Landes lösen kann.

Berichten eines anderen Umfrageinstituts, MAK, zufolge zeigten selbst AKP-freundliche Unternehmer und Intellektuelle Unmut, selbst wenn sie ihn nicht öffentlich äußern. Offensichtlich sind sie besonders irritiert darüber, dass es ein Bündnis geben wird, obwohl das Präsidentschaftssystem eingeführt wurde, um mit solchen Bündnissen aufzuräumen. Auch gegenüber dem „Ein-Mann-Regime“ sind sie weiterhin skeptisch.

Trotz aller Bemühungen Erdoğan's, eine allmächtige Rolle zu errichten, hält die Unzufriedenheit in mindestens der Hälfte der Bevölkerung an. Möglicherweise kann die Militärinvasion in Afrin seine Stellung verbessern. Sie könnte aber auch die Instabilität verschärfen.

Wie weiter?

Ein paar Tage vor Lancierung der Operation Olivenzweig prognostizierte der HDP-Abgeordneter Ayhan Bilgen: „Wenn es einen Angriff auf Afrin gibt ..., wird dieser einen Bürgerkrieg auslösen, wenn er erfolgreich ist, oder einen Staatsstreich, wenn er scheitert.“

Das ist noch nicht eingetroffen, aber die Hürden sind weiterhin hoch. Die Türkei hat die erste Runde gewonnen, die Moral und die politisch-militärische Situation der Kurd*innen hat sich verschlechtert. Doch die Sache ist noch lang nicht ausgestanden.

Kurdische Kräfte werden besser vorbereitet und unterschiedener sein, die verbleibenden Kantone Kobanê und Cizre zu verteidigen. Die Offensive könnte eine größere Destabilisierung bewirken, insbesondere wenn die Türkei weiter ostwärts vorrückt. Regional und international könnten die Emotionen hochkochen. Nicht zuletzt wird die Türkei die mittel- und langfristigen Kosten der Kolonisierung zu spüren bekommen.

Die Erfolge von Ende März scheinen Erdoğan Flügel zu verleihen. Die anhaltende Offensive könnte aber auch ernsthaftere Erschütterungen hervorrufen.

Veröffentlicht in *Jacobin*, 22.3.2018:

Güney Işıkara ist PhD-Student in Wirtschaft an der New School for Social Research.
Alp Kayserilioğlu hat einen Master in Philosophie und Geschichte absolviert und lebt und arbeitet heute in Istanbul.

■ Übersetzung: Birgit Althaler

DER NAHE OSTEN VOR DER EXPLOSION?

Das folgende Interview führte **Yann Cézard** am 9. Februar 2018 mit **Gilbert Achcar** für *l'Anticapitaliste, la revue*.

Yann Cézard: Es ist viel von einer Art „Kalter Krieg“ zwischen Iran und Saudi-Arabien die Rede. Wie zeigt sich dies in der Praxis?

Gilbert Achcar: Wenn man unter dem Kalten Krieg einen zugespitzten Antagonismus versteht, wo Saudi-Arabien und der Iran im militärisch-politischen Wettbewerb stehen und andere Länder Stellvertreterkriege führen lassen, ohne sich also direkt gegenseitig zu bekriegen, dann ist das der Fall.

Das iranische Regime, das aus der „islamischen Revolution“ von 1979 hervorgegangen ist, steht seit seiner Gründung dem saudischen Königreich feindlich gegenüber. Es handelt sich um politisch gegensätzliche Regime, obwohl beide unter den islamischen Fundamentalismus fallen. Das saudische Königreich ist mit den USA verbunden, während die Islamische Republik Iran aus dem Sturz einer Monarchie geboren wurde und zutiefst antiamerikanisch eingestellt ist. Was diesen Kalten Krieg seit geraumer Zeit anheizt, ist die US-geführte Invasion in den Irak im Jahr 2003, die die Büchse der Pandora geöffnet hat; dadurch konnte der Iran seinen Einfluss im Irak ausdehnen und nachfolgend konsolidieren und damit direkt in einem arabischen Land, das an das saudische Königreich grenzt, Fuß fassen.

Bis dahin war die libanesische Hisbollah die wichtigste Stütze des Irans in der Region, aber dies hat die Saudis nicht sonderlich umgetrieben. Die Ausweitung des iranischen Einflusses im Irak hingegen raubt ihnen zunehmend den Schlaf, zumal der iranische Einfluss anlässlich des sogenannten „Arabischen Frühlings“ Auftrieb erfahren

hat. Der Iran profitiert von der zweifachen Destabilisierung des arabischen Nahen Ostens, die erstens durch die US-Invasion im Irak und zweitens durch den „Arabischen Frühling“ ein paar Jahre später entstanden ist. Nach der Intervention im Irak ist der Iran seit 2013 in Syrien präsent, sowohl indirekt mit regionalen Ablegern, als auch direkt mit eigenen Militärs. Später kam noch der Jemen hinzu, wo die Huthi von Teheran unterstützt werden, auch wenn die militärische Einflussnahme dort im Vergleich zu Irak und Syrien überschaubar ist.

Nicht wenige westliche Kommentatoren halten dies bloß für eine weitere Episode im uralten Antagonismus zwischen Schiiten und Sunniten. Was hältst Du von dieser „Analyse“?

Dies ist eine typisch „orientalistische“ oder „eurozentristische“ Sichtweise, und zwar im negativen Wortsinn, die einer Logik huldigt, wo alles und jedes auf angeblich ewig währende Kulturen zurückgeführt werden kann. Das ergibt keinen Sinn: Der so genannte Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten spielte in der Regionalpolitik bis zur Invasion in den Irak und dem darauf folgenden Bürgerkrieg ab 2006, der Sunniten und Schiiten als Konfessionsparteien gegeneinander aufbrachte, keine wesentliche Rolle.

Tatsache ist jedoch, dass die Saudis, deren offizielle Glaubenslehre zutiefst antischiitisch ist, seit der „Islamischen Revolution“ im Iran konfessionelle Gründe vorgeschoben haben, um die iranische Revolution zu isolieren, wobei sie argumentierten, dass der Chomeinismus eine

Spielart des Schiismus sei, der im Widerspruch zum Sunnismus stünde. Die Führer der Islamischen Republik haben ihrerseits natürlich ihre Führungsposition in der schiitischen Glaubenswelt dazu benutzt, ihren Einfluss im arabischen Raum zu mehren. Natürlich galt ihre Intervention im Libanon in erster Linie der Gründung, Bewaffnung und Finanzierung der Hisbollah, aber im Allgemeinen war ihre erklärte offizielle Politik eher panislamisch als schiitisch geprägt.

Dabei richteten sie sich eher an die islamische Welt im Ganzen und knüpften enge Beziehungen zu der Muslimbruderschaft, die sunnitisch, aber genauso fundamentalistisch orientiert ist. Besonders angelegen war es ihnen, die Hamas, den palästinensischen Zweig der Muslimbruderschaft, als Pendant zur Hisbollah zu unterstützen. An dieser panislamischen „Außenpolitik“ des Irans störten sich die Saudis, was zu einer Art Überbietungswettbewerb in Sachen Islamismus führte. Doch seit der Invasion des Irak und vor allem seit dem Bürgerkrieg in diesem Land ist es zu einer Eskalation des iranischen Konfessionalismus gekommen, der immer ausschlaggebender geworden ist. Teheran hat seinen Einfluss im Irak ausgebaut, indem er konfessionelle Aspekte in den Vordergrund rückte, was seither zunehmend die Handlungsrichtschnur bestimmt. Das hat natürlich den Konflikt mit den Saudis erheblich angeheizt, die ihrerseits ihre Glaubensrichtung mit Feuer und Schwert zu verbreiten suchen.

Dass eine konfessionelle Dynamik dort im Gange ist, lässt sich nicht bestreiten, aber als Erklärung hierfür anzuführen, dass es nun mal Sunniten und Schiiten gibt, schafft keinerlei Klarheit, sondern ist eine Tautologie. Es ist vielmehr ein politischer Prozess, der dem Konflikt diesen konfessionellen Aspekt gegeben hat. Dies gilt für alle historischen Relikte wie dem Konfessionalismus oder dem Tribalismus: Sie sind keine ewig währenden kulturellen Wesensmerkmale, sondern werden konserviert, wieder angefacht und politisch instrumentalisiert. Warum gibt es in Europa keine Kriege zwischen Katholiken und Protestanten mehr, abgesehen von dem Konflikt in Nordirland, wo es sie doch in Europa in der Vergangenheit gegeben hat, und zwar auf besonders blutrünstige Weise? Wenn dieser konfessionelle Faktor momentan im Nahen Osten eine solche Rolle spielt, dann hat dies mit der politischen Geschichte zu tun und nicht mit kulturellen oder religiösen Gründen. Die Ursache des Konflikts liegt nicht in den religiösen Gegensätzen, sondern in ganz profanen Interessenskonflikten.

Worum geht es wirklich bei dem iranischen Expansionsstreben, das Saudis, Ägypter, westliche Regierungen etc. beschwören? Natürlich hat der Iran die Umstände benutzt, um seinen Einfluss im Irak und in Syrien auszubauen, aber wie weit reicht dieser Einfluss tatsächlich und wie weit ist er eine tatsächliche Bedrohung für die Belange Saudi-Arabiens, Israels oder Amerikas?

Die drei von dir genannten Länder sind insofern betroffen, als der iranische Staat eine Politik betreibt, die ihnen gegenüber spinnefeind ist. Zugleich muss man aber auch darauf verweisen, dass der Expansionsdrang des iranischen Regimes ebenso eine Bedrohung für die Menschen in der Region darstellt. Die Konfessionsfrage auf die Spitze zu treiben, führt zu einer explosiven und äußerst gravierenden Lage für alle Länder in der Region.

Diese Expansionspolitik wird insbesondere von den Revolutionswächtern betrieben, die im Iran einen Staat innerhalb des Staates bilden: Sie kontrollieren einen großen Teil der Wirtschaft des Landes und sind aufgrund ihrer militärisch-politischen Stärke der bewaffnete Arm des Expansionismus des Regimes. Sie sind es, die im Irak, in Syrien und im Libanon intervenieren, wo sie die auf konfessioneller Basis ausgewählten Truppen beaufsichtigen. Man kann bspw. nicht Mitglied der Hisbollah sein, ohne Schiit zu sein: Insofern ist die Hisbollah eine religiöse Organisation. All dies führt zu äußerst gefährlichen Spaltungen der betroffenen Gesellschaften.

Zweifelsohne sind die Saudis nicht viel besser, aber in diesem Fall hebt sich Teherans offensive Expansionspolitik vom Konservatismus der Saudis deutlich ab. Im Gegensatz zum Iran gründen sie keine bewaffneten lokalen Ableger. Selbst in Syrien haben sie Gruppen finanziert und unterstützt, obwohl sie diese nicht vollständig kontrollieren. Das saudische Königreich ist ultrakonservativ und fürchtet die Destabilisierung der Region, was den Iran wiederum nicht abschreckt!

Du meinst, dass die instabile Lage vorwiegend dem Iran nützt und nicht Saudi-Arabien, das eher den Status quo bevorzugt?

Nimm den Libanon als Beispiel: Die Saudis haben dort keine sunnitische Version der Hisbollah aufzubauen und durchzusetzen versucht, obwohl diese das Gewaltmonopol im Libanon innehat. Das saudische Regime ist in sozialer und kultureller Hinsicht sicherlich noch viel reaktionärer als das iranische Regime, aber dieses ist sehr viel aggressiver und expansionistischer und spielt daher eine noch

gefährlichere Rolle bei der Konfessionalisierung der Konflikte in der Region.

Diese Konfessionalisierung war regelrechtes Gift für den revolutionären Aufschwung des „Arabischen Frühlings“. Dass der trotz aller Versuche, die dortige Gesellschaft zu mobilisieren, nicht auf den Irak überschwappen konnte, lag vor allem an eben dieser konfessionellen Spaltung. Dasselbe gilt für den Libanon. Auch das Regime in Syrien konnte den revolutionären Aufschwung deswegen aufhalten und zurückdrängen, weil es sich der konfessionellen Gegensätze bediente. Diese spielten auch bei der letztlich ausschlaggebenden Unterstützung durch den Iran eine zentrale Rolle, der schiitische Milizen aus dem Irak, dem Libanon und dem Iran selbst zu Hilfe sandte, wobei im Iran zumeist afghanische Flüchtlinge dafür (oft gewaltsam) rekrutiert wurden. Diese Milizen sind ganz wesentlich dafür verantwortlich, dass sich das syrische Regime halten kann.

Wie schätzt du die gegenwärtigen Verhältnisse im Irak ein? Es wäre wohl übertrieben, ihn als Vasall des Irans zu bezeichnen, aber immerhin ist er mit dem Iran eng verbunden, auch wenn er noch immer Unterstützung seitens der USA erhält.

Das ist in der Tat paradox. Zwischen den USA und dem Iran herrscht im Irak seit geraumer Zeit ein ambivalentes Verhältnis, das durch Konkurrenz einerseits und durch Kollaboration andererseits geprägt ist. Die US-Invasion wurde von Anfang an im Einvernehmen mit dem Iran durchgeführt, weswegen sunnitische arabische Nationalisten wie die Baathisten den Iran auch regelmäßig beschuldigen, mit den USA unter einer Decke zu stecken, und sie sich selbst als Opfer einer iranisch-amerikanischen Verschwörung sehen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass, als die amerikanischen Truppen in den Irak einmarschierten, sie den vom Iran abhängigen Obersten Rat der Islamischen Revolution im Irak sowie die Dawa-Partei, eine mit dem Iran verbündete schiitisch-konfessionelle Partei, quasi im Gepäck hatten und sie sogar in die Regierung hievt!

Inwieweit dies bloß Dummheit seitens der Bush-Administration war, darüber lässt sich streiten, aber Dummheit war zweifelsfrei dabei. Die Mannschaft um Bush selbst hat ein Jahr nach der Invasion erklärt, von einem Abenteuerer namens Dschalabi reingelegt worden zu sein. Dieser war ihr wichtigster Stichwortgeber bei dem Einmarsch in den Irak und wurde später beschuldigt, ein iranischer

Doppelagent zu sein. Wie dem auch sei, letztlich haben sie den Iran im Irak an die Macht gebracht, notabene zu einer Zeit, als sie mit ihren Truppen noch vor Ort waren. Sie hievt Maliki an die Spitze der Regierung, obwohl gerade er es war, der den im Wiederaufbau befindlichen irakischen Staat deutlich näher an den Iran rückte.

Als die USA den Irak 2011 verließen, stand das Land sehr viel mehr unter der Kuratel von Teheran als unter der von Washington. Und als der IS drei Jahre später im Irak seinen Durchbruch schaffte, machten die USA den Rücktritt Malikis, also des Mannes, den sie selbst mit der Regierung betraut hatten, zur Bedingung für ihre erneute Intervention. Sie haben dann erreicht, dass er durch Abadi ersetzt wurde, der zwar neutral auftritt, aber nicht verhindern kann, dass vor Ort die direkt mit dem Iran in Verbindung stehenden Kräfte genauso mächtig sind wie die offizielle Armee, die ihrerseits vom Iran kontrolliert wird. Der Chef der iranischen Revolutionsgarden lässt sich immer mal wieder in der gesamten Region blicken, inspiziert die Truppen und gibt Anweisungen, als wäre der Iran dort die Besatzungsmacht.

Was hältst du von der politischen Linie der USA, wenn man von einer solchen überhaupt sprechen kann angesichts des Chaos, das derzeit in der US-Regierung zu herrschen scheint? Betreiben sie eher eine Nachtrabpolitik gegenüber Saudi-Arabien oder verhält es sich umgekehrt? Verfolgen die USA heute eine kohärente Strategie?

So eine Kakophonie haben wir in Washington noch nie erlebt. Selbst zu Zeiten von Watergate gab es keine solche Kakophonie in der Außenpolitik. Heute haben wir es mit Trump zu tun, dem eine bestimmte Politik vorschwebt, daneben mit dem State Department, der Armee und dem Pentagon, die in vielen Dingen ganz andere Positionen vertreten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Trump hatte Erdoğan versprochen, die kurdischen Streitkräfte in Syrien nicht mehr zu unterstützen; das Pentagon hingegen erklärte einen Monat später das genaue Gegenteil.

Trump setzte auf engere Beziehungen zu Moskau und eine darauf basierende Politik. So sollte etwa mit russischer Hilfe der Iran aus Syrien herausgedrängt werden, was dann aber nicht funktionierte. Letztlich gab es zu viele Hindernisse für seinen Schmusekurs gegenüber Putin. Zudem setzt das Pentagon seit 2014/15 auf ein Bündnis mit den syrischen Kurden, den Volksverteidigungseinheiten (YPG), eine in seinen Augen ausgezeichnete Wahl – sind sie doch hervorragende Kämpfer. Auf Drängen Washingtons schufen sie

eine Bündnisstruktur unter Einschluss arabischer Streitkräfte, die Demokratischen Kräfte Syriens (engl. SDF), um nicht länger als ausschließlich kurdische Kraft dazustehen. Den SDF war es dann auch zuzuschreiben, dass der Kampf gegen den IS auf syrischem Gebiet gewonnen wurde.

Man sieht also, wie kompliziert die Lage dort ist und dass ein „antiimperialistisches“ Lagerdenken (das zudem ausschließlich antiamerikanisch, oft sogar pro-russisch ist), wie es sich in Syrien oder Libyen manifestiert hat, nicht vertretbar ist. Es gibt in der Tat Konstellationen, so ungewöhnlich sie sicherlich sind, in denen die USA, wie heute in Syrien, eine fortschrittliche Kraft in ihrem Kampf gegen einen reaktionären Feind unterstützen. Die YPG sind unbestreitbar die fortschrittlichste Kraft in Syrien, vor allem in der Schlüsselfrage der Frauenemanzipation. Natürlich muss man auch ihre Grenzen sehen und es wäre weit gefehlt, zu glauben, dass die Pariser Kommune (1871) in den syrisch-kurdischen Zonen neu erfunden worden ist.

Und dann zeigt sich, dass das Pentagon genau diese Leute zu unterstützen beschlossen hat, was in den Köpfen der „Campisten“ für Verwirrung gesorgt hat, so dass sie jetzt nicht gegen die amerikanische Intervention in Syrien auf die Straße gehen, da sie schwerlich gegen die Kräfte demonstrieren können, die mit der PKK eng verbunden sind, einer Organisation, die sie seit vielen Jahren unterstützen. Es liegt auf der Hand, dass wir den kurdischen Kräften nicht vorwerfen können, dass sie die Unterstützung der USA akzeptiert haben, ohne die sie vom IS zerschlagen worden wären. Kobanê hätte nicht gerettet werden können ohne die amerikanische Luftwaffenunterstützung und den Waffennachschub, den die USA den kurdischen Streitkräften, zum großen Unmut Ankaras, per Fallschirm zukommen ließen.

Aber gleichzeitig wäre es reichlich daneben, wenn sich die kurdischen Kräfte zu sehr auf die USA verlassen würden, die sie zweifelsohne früher oder später fallen lassen werden. Es herrscht im Moment eine gewissermaßen symbiotische Beziehung, und es wäre neunmalklug und käme einer Aufforderung zum Selbstmord gleich, den Kurden dies ausgerechnet im Namen des „Antiimperialismus“ zum Vorwurf zu machen. Aber natürlich darf man sich auf derlei Unterstützung nicht verlassen: Washington nutzt die YPG derzeit als Bollwerk nicht nur gegen den IS, sondern auch gegen den Iran. Das Pentagon weiß, dass der Iran wahrscheinlich die Kontrolle über das Gebiet östlich des Euphrats übernehmen würde, wenn es die Kurden jetzt fallen ließe.

Glaubst du, dass der „Kalte Krieg“ aufflackern kann? Die Konflikte zwischen dem Iran und Saudi-Arabien eskalieren und angesichts der undurchschaubaren Gemengelage unter den Akteuren und den wechselseitigen Spannungen droht die Gefahr einer Gewaltspirale.

Die Saudis haben sich die Finger bereits verbrannt: Ihr militärisches Eingreifen im Jemen ist gescheitert und sie haben nur eine gigantische humanitäre Katastrophe angerichtet. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich das saudische Königreich in ein militärisches Abenteuer gegen den Iran stürzen wird, im Gegensatz zu anderen Ländern wie Israel oder den USA, wo die Regierung Trump dem Iran spinnefeind ist und sich daher gar nichts ausschließen lässt. Nehmen wir zum Beispiel das jüngste amerikanische Bombardement syrischer Truppen, bei dem etwa 100 Menschen ums Leben kamen. Dies war eine Warnung, die Finger von den Gebieten zu lassen, in denen die USA präsent sind. Die Situation zwischen den Iranern und den US-Amerikanern kann außer Kontrolle geraten. Was die Lage im Moment blockiert, ist die Präsenz Russlands, das nicht von Teheran und noch weniger vom syrischen Regime in eine Konfrontation mit den USA hineingezogen werden will. Aber es bleibt eine explosive Situation, gewiss.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Säbelrasseln und den Aufständen im „Arabischen Frühling“ 2011? Der übrigens inzwischen auf den Iran übergegriffen hat, denn obwohl die Demonstrationen zu Beginn des Jahres rasch nachgelassen haben, sind sie dennoch symptomatisch für die dortige Lage. Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Außenpolitik der jeweiligen Akteure und ihren innenpolitischen Problemen?

Natürlich. Es gibt da bereits einen objektiven Zusammenhang: Diese militärischen Abenteuer sind kostspielig, und vor allem der Iran steht, noch viel mehr als die Saudis, vor ernststen wirtschaftlichen Problemen, die einerseits die Folge der Sanktionen und des Ölpreisverfalls sind, andererseits aber auch durch die Expansionspolitik unterhalten werden, die die Regierung auf dem Rücken der Bevölkerung finanziert, indem sie die vom IWF empfohlenen Maßnahmen umsetzt. Denn tatsächlich war der IWF hinzu gebeten worden, die Wirtschaftspolitik im Iran neu aufzustellen. Und es waren eben diese Maßnahmen, die den Volksaufstand, den wir erlebt haben, hervorgerufen haben. Eines der vorrangigen Themen bei diesem Aufstand war

die regionale Expansionspolitik, die von einem Teil der Bevölkerung abgelehnt wird. Die Menschen wissen sehr wohl, dass die militärischen Abenteuer des Regimes im Irak, in Syrien und im Libanon sie teuer zu stehen kommen und auf ihre Kosten gehen.

Was die Saudis betrifft, so hängen ihre wirtschaftlichen Probleme mit dem Verfall der Ölpreise zusammen, den sie übrigens selbst vorsätzlich im Jahr 2014 ausgelöst haben. Das Königreich ist natürlich viel reicher als der Iran. Mohammed bin Salman, bekannt als MBS, der neue „starke Mann“ in Saudi-Arabien, ist dabei, die Herrschaft einer weitläufigen Königsfamilie im Umfang eines Stammes-Clans in die Hände einer einzigen überschaubaren Familie zu überführen, was eher der monarchischen Tradition entspricht. Mit anderen Worten wird so gewissermaßen die Beteiligung einiger Tausend Personen, die Mitglieder der Nachkommenschaft des Gründers des Königreichs sind, am Staatseigentum abgeschafft und an eine Dynastie übereignet, die auf die Nachkommenschaft von König Salman gründet und zahlenmäßig viel kleiner ist. Zugleich wird die Thronfolge vom Vater auf den Sohn statt von Bruder zu Bruder übertragen.

Es ist eine Palastrevolution, im wahrsten Sinne des Wortes. Wenn MBS an den Traditionen rüttelt (er hat mehrere Mitglieder der weitläufigen Herrscherfamilie verhaften lassen, um sie zu zwingen, dem Staat einen Teil des Vermögens zurückzugeben, das sie dank ihrer Privilegien angehäuft haben), tut er dies keineswegs aus moralischer Rechtschaffenheit, da er selbst viel mehr Dreck am Stecken hat. Doch was dem Einen erlaubt ist, ist dem Anderen noch lange nicht (mehr) erlaubt ... und es ist obendrein ein bequemer Weg, um die Staatskassen zu sanieren.

Inwiefern kann die Situation eskalieren? Selbst wenn beide keinen wirklich offenen Krieg wollen ... Du hast auch etwas gesagt, das ein wenig überrascht: Die Saudis wären ängstlich und konservativ. Aber aus der Ferne betrachtet, sind sie es, die heute Zwietracht säen, indem sie den libanesischen Premierminister festhalten, den Katar unter Blockade stellen und im Jemen militärisch intervenieren. Du meinst jedoch «im Gegensatz zu Israel und den USA“! Hältst du Netanjahus Politik für abenteuerlich?

Die israelische Politik ist schon seit langem so, insbesondere seit der Invasion in den Libanon im Jahr 1982. Netanjahus Politik mit seinem rechtsextremen Kabinett ist eine Politik am Rande des Abgrunds, eine extremistische Poli-

itik, die nur Öl in das Feuer gießt. Diese Politik hat nun in Trump einen Verbündeten gefunden, wie dessen provozierende Haltung zu Jerusalem gezeigt hat. Auf militärischer Ebene ist es, auch im Hinblick auf die innere Lage in Israel, unwahrscheinlich, dass sich das Land in naher Zukunft in eine umfassende Militäroperation stürzen wird. Aber es gibt zu denken, wie häufig sich die israelische Presse über den «kommenden Krieg“ auslässt.

In Israel herrscht Besorgnis über das Vordringen des Irans in Syrien. Der Iran ist an der israelisch-libanesischen Grenze durch die Hisbollah präsent und jetzt zunehmend auch an der Grenze zu Syrien. Das ist in der Tat ein Problem für Israel und früher oder später wird die israelische Regierung den Stier bei den Hörnern packen müssen, wenn es den USA nicht gelingt, den Iran aus Syrien herauszudrängen. Vorerst setzen sie auf Russland: Netanjahu (ein großer Freund von Putin) und Trump sind sich darin einig. Aber wann immer es iranische Manöver gibt, die sie als potentiell gefährlich für Israel erachten, führt das israelische Militär Luftangriffe durch. Und das geschieht zwangsläufig im Einvernehmen mit den Russen, da die in Syrien ein leistungsfähiges Flugabwehrsystem installiert haben, das die israelische Luftwaffe bewusst ausspart.

Vorerst markiert das israelische Militär sein Territorium und zieht rote Linien. Aber ausschlaggebend wird sein, was mit der iranischen Präsenz in Syrien in der nahen Zukunft passiert. Auf jeden Fall sind alle Beteiligten in dieser hochexplosiven Region in Alarmbereitschaft.

■ **Gilbert Achcar** ist ein französisch-libanesischer Politologe und Soziologe und Professor für Entwicklungsstudien und Internationale Beziehungen an der School of Oriental and African Studies an der Universität London. Unter anderem veröffentlichte er „Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen“. (Ed. Nautilus, 2012) und „Der Schock der Barbarei. Der 11. September und die ‚neue Weltordnung‘“. (ISP, 2002).

■ Übersetzung: MiWe

EIN JAHR TRUMPEREI

Mit der Verhängung von Strafzöllen auf den Import von Stahl und Aluminium setzt Trump ein Wahlversprechen um, das zwar den Interessen des US-Kapitals zuwiderläuft, aber die Wählerbasis bei der Stange halten soll. Umso beunruhigender die Unterstützung dieser Entscheidung durch die Gewerkschaftsführung, die die Belange der Arbeiter*innen durch protektionistische Maßnahmen statt durch Klassenkampf gewahrt sieht. Das folgende Interview mit **Daniel Tanuro** wurde von **Virginia de la Siega** für *l'Anticapitaliste, la revue* vom Februar 2018 geführt.

Virginia de la Siega : Donald Trump ist bereits über ein Jahr an der Regierung. Die Massenmedien sprechen von einer eher bescheidenen Bilanz oder gar einem kompletten Scheitern, da noch immer keine Mauer an der Grenze zu Mexiko gebaut wird, Obamacare weiterhin existiert etc. Welche Bilanz ziehst Du?

Daniel Tanuro : In meinen Augen sind die Ergebnisse für die Reichen und Kapitalisten durchaus nicht irrelevant. Die Wall Street Banker profitieren davon, dass die ohnehin zaghaften Regulierungsmaßnahmen infolge der Krise von 2007/08 gerade kassiert werden. Goldman Sachs will die Volcker-Regel entschärft sehen, wonach Banken keinen Eigenhandel mehr betreiben dürfen, was in der Vergangenheit mitunter zu Lasten der Kunden ging. Ihre Lobbyisten in Trumps Regierungsmannschaft, etwa Cohn und Mnuchin, rühren dafür die Trommeln und anscheinend haben sie Erfolg damit.

Die Kohlebranche unterliegt nicht mehr den Vorschriften des Clean Power Plan. Die Erdölbranche darf Offshore-Bohrungen entlang der gesamten US-Küste durchführen (einige Bundesstaaten wehren sich dagegen) und in den großen Naturschutzgebieten der Arktis Erdöl fördern und erhält grünes Licht für die Pipelines, die fossile Energieträger von Atlanta zum Golf von Mexiko

befördern sollen etc. Die Bergbauunternehmen dürfen wieder ausdrücklich Bestechungsgelder einsetzen, um von den Regierungen der „Entwicklungsländer“ Schürfrechte zu erhalten. Die Rüstungsindustrie darf sich über die massive Steigerung des Militärhaushalts freuen. Die Aktien der privaten Gefängnisbetreiber sind seit Trumps Wahl in die Höhe geschossen, weil Abschiebehäftlinge wieder in privaten Haftanstalten untergebracht werden sollen.

Ein pikantes Detail am Rande: Zwar ist die sog. seriöse Presse Trump gegenüber sehr kritisch eingestellt, profitiert aber zugleich mit allen anderen Medien vom öffentlichen Interesse an dessen launigen, dummlichen und provozierenden Auftritten. Die Bauunternehmen warten gespannt auf den Milliarden schweren Plan zur Sanierung der Infrastruktur, der auf Öffentlich-Privaten Partnerschaften und nicht auf öffentlichen Investitionen basiert. Hinzu kommen die Unterstützung der meisten Wirtschaftskreise für die umfassende Deregulierungspolitik, die drei Viertel der rechtlichen Auflagen abschaffen soll, und ihre Begeisterung für die im Dezember beschlossene Steuerreform, die zu 80 % den Reichsten in der Bevölkerung zugute kommen wird. Die also und die Bosse haben allen Grund, Trumps Regierungsbilanz positiv zu finden, was sich auch in der Börsenrallye niederschlägt.

Daneben hat Trump selbst eingeräumt, dass viele seiner Wahlversprechen übertrieben waren. Die Medien nehmen ihn beim Wort, aber nicht ernst, wohingegen seine Wählerbasis ihn ernst, aber nicht beim Wort nimmt. Trump selbst tut auch alles dafür, um diese bei der Stange zu halten. Mag die Mauer noch nicht mal angefangen, Mexiko auch nicht zahlungswillig und Obamacare noch immer nicht abgeschafft sein – die Hauptsache ist, Trump erscheint als Haudegen, der für seine reaktionären Versprechen kämpft und dabei dem „Sumpf“ in Washington die Stirn bietet.

Tatsächlich ist er nicht untätig und seine Bilanz nicht zu unterschätzen. Zwar wurde das Einreiseverbot für Moslems bestimmter Länder vorläufig gestoppt, aber die Bundesstaaten wurden zu schärferen Kontrollen verpflichtet und die Einreise für Staatsangehörige der betroffenen sieben Länder ist inzwischen sehr viel komplizierter geworden, Flüchtlinge ohne Einreiseerlaubnis werden zuhause abgeschoben, die Städte, die Zuflucht gewähren und sich weigern, an der Hexenjagd mitzuwirken, werden bestraft usw.

Dasselbe gilt für Obamacare: Es wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um dieses System auszuhöhlen, darunter durchaus folgenreiche. So sind beispielsweise 55 Millionen Frauen davon betroffen, dass die Unternehmen nicht mehr dazu verpflichtet sind, weiblichen Beschäftigten eine Krankenversicherung anzubieten, die mindestens eine Verhütungsmethode beinhaltet. Auf solche Maßnahmen greift Trump übrigens zunehmend zurück, um seine evangelikale Basis zu mobilisieren. In einigen Staaten, wie Texas, gibt es praktisch keine Abtreibungskliniken mehr: Die meisten mussten wegen der Abschaffung der Subventionen schließen.

Die Arbeitslosigkeit ist auf dem Tiefpunkt, die Löhne steigen wieder, die Börse brummt und die Unternehmen verlagern ihre Produktion wieder in die USA. Verhilft dies Trump zu mehr Glaubwürdigkeit?

Dass die Arbeitslosigkeit mit 4,2 % sehr niedrig ist, ist kein Verdienst von Trump, der mit falschen Zahlen und Fakten operiert. Seit den Wahlen sind durchschnittlich 169 000 neue Arbeitsplätze pro Monat entstanden, durchschnittlich 185 000 waren es in den sieben Jahren davor. Trump rühmt sich, die verarbeitende Industrie wieder angekurbelt zu haben, dabei liegt die Zahl der dortigen Beschäftigten um eine Million unterhalb des Vorkrisenniveaus von 2007. Ganz besonders umwirbt Trump die Beschäftigten

der Automobilindustrie, die Fakten hingegen sprechen eine ganz andere Sprache: So hat Ford Anfang 2017 zwar angekündigt, bestimmte (Auslauf-)Modelle nicht mehr in Mexiko fertigen zu lassen, am Ende des Jahres folgte jedoch die Entscheidung, die Elektro-SUV im Süden von Rio Grande zu bauen. Und Chrysler plant zwar, die Produktion der Pickups von Mexiko nach Michigan zu verlagern, aber das mexikanische Werk wird weiter laufen und Fahrzeuge für den Weltmarkt herstellen. Ein typisches Beispiel ist Harley-Davidson. Vor einem Jahr empfing Trump den Unternehmenschef und die Arbeiter*innen, huldigte ihrem Patriotismus und widerrief ein Bußgeld von drei Millionen Dollar wegen Nichteinhaltung der Abgasvorschriften. Mittlerweile jedoch hat das Unternehmen die Streichung von mehreren Hundert Arbeitsplätzen und die Schließung eines Werkes in Kansas angekündigt.

Trump geht damit hausieren, dass der Aufschwung der Wirtschaft ihm als „mental gefestigtem Genie“ und „erfolgreichem Geschäftsmann“ zu verdanken sei. Natürlich ist das ein Ammenmärchen, da die multinationalen Konzerne ihre Investitionsentscheidungen nicht von kurzfristigen Vorgaben aus dem Weißen Haus abhängig machen, sondern dabei eine mittel- und langfristige Strategie nach den Vorgaben des Konzernvorstands verfolgen. So hat sich Toyota 2011 nicht deswegen für den Bau eines neuen Werkes in Mississippi entschieden, weil ihnen Obamas Politik so sympathisch war, sondern weil der US-Markt in der Konkurrenz um den ersten Platz in der Rangliste der Automobilhersteller entscheidend ist. Übrigens liegt die Zahl der Beschäftigten in der US-Automobilindustrie inzwischen leicht unterhalb des Vorjahreswerts.

Die Löhne steigen wohl, aber auch etwas langsamer als gegen Ende von Obamas zweitem Mandat. Bemerkenswert daran ist jedoch nicht, dass sie überhaupt steigen, sondern dass sie in Zeiten der Vollbeschäftigung nicht schneller steigen und dass es der neoliberalen Politik gelungen ist, den Anstieg trotz niedriger Arbeitslosigkeit solange zu blockieren.

Was die Kapitalrückführungen anlangt, so handelt es sich i. W. um einen Mitnahmeeffekt aufgrund der Steuerreform. Apple hat bspw. angekündigt, bis 2023 ca. 350 Milliarden Dollar in den USA investieren zu wollen, was im Grunde aber nur die Investitionspolitik der vergangenen Jahre fortschreibt. Die wirklich neuen, zusätzlichen Investitionen belaufen sich auf lediglich 37 Milliarden und ob damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden, ist fraglich.

Reden wir über die Steuerreform. Sie bevorzugt die Reichsten und die Unternehmen, führt aber zu erheblich höherer Verschuldung und Haushaltsdefizit. Ist sie daher nicht unsinnig und worin liegt die Logik dieser Politik?

Sie entspricht der Logik einer Kapitalistenklasse, die immer mehr Profite in immer kürzerer Zeit einstreichen und daher möglichst wenig – am besten gar keine – Steuern zahlen will und die auf eine verschärfte Sparpolitik setzt, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Die Haushaltsbehörde des US-Kongresses schätzt, dass in der Zeit bis 2027 diejenigen, die jährlich zwischen 40 000 und 50 000 Dollar verdienen, 5,3 Milliarden Dollar zusätzlich an Steuern zahlen müssen, während die Einkommensmillionäre 5,8 Milliarden weniger zahlen. Die Staatseinkünfte sinken um 1600 Milliarden Dollar, was die Staatsverschuldung von 77 % auf über 100 % des BIP steigen lässt.

Die Reform wurde auf Seiten der Republikaner begeistert verabschiedet, weil sie angeblich zu „wirtschaftlicher“ Prosperität führen würde. Trump brüstet sich unablässig damit, dass diese Reform und die Anhebung der Rüstungsausgaben wesentlicher Teil seines Plans seien, „Amerika wieder groß zu machen“. Zugleich aber sind diese Leute und die ihnen nahestehende Tea Party strikt gegen Staatsverschuldung und Haushaltsdefizit. Nachdem sie ihre Steuerreform bekommen haben, plädieren sie jetzt für Einsparungen bei den Sozial-, Forschungs- und Umweltausgaben, bei den öffentlichen Einrichtungen etc. Besonders im Visier stehen die Rechte der Frauen und Minderheiten sowie das öffentliche Bildungssystem.

Diese Politik ist sicherlich irrational gemessen an den Interessen der Gesamtgesellschaft, aber man darf diese Irrationalität keinesfalls einem einzelnen Menschen anlasten. Trump ist eine gefährlich gestörte Persönlichkeit, aber die eigentliche Gefahr besteht darin, dass sich seine Irrationalität im Gleichklang mit der des kapitalistischen Systems befindet. Der anhaltende Aufstieg des Neoliberalismus seit vierzig Jahren hat dafür gesorgt, dass eine unheilvolle Ideologie Platz greifen konnte. Diese hat sich in Form des Finanzkapitalismus etabliert, der dem Gesamtkapital als Instrument dafür dient, einem „unverfälschten Kapitalismus“, wie Michel Husson es nennt, wieder zur Durchsetzung zu verhelfen.

Wie Marx nachgewiesen hat, ist diese Form des zinstragenden Kapitals (G wird zu G') diejenige, die die realen sozialen Verhältnisse am besten verschleiert. Beim Industriekapital kann man noch annehmen, dass es sich die Reichtümer aneignet, die durch die Natur und die Arbeit

erzeugt werden, wobei es beide um des Profites willen zerstört. Das Finanzkapital jedoch macht Natur und Arbeit unsichtbar und erzeugt somit die perfekte Illusion, dass das Geld die einzige Quelle des Reichtums ist und seine Eigenschaft darin besteht, diesen Reichtum auf dieselbe natürliche Weise zu schaffen, „wie der Birnbaum Birnen“ trägt. Arbeit und Natur erscheinen so mit einem Mal als „Lasten“, die die Erzeugung von Reichtum durch das Kapital bloß stören.

Seit 40 Jahren verfolgen die Politiker – ob „links“ oder „rechts“ – diese Sichtweise: Einerseits werden die „sozialen Lasten“ gnadenlos beschnitten, andererseits werden Umweltauflagen vermieden, weil diese die Unternehmen „übermäßig belasten“ könnten. Dass unter solchen Bedingungen die kapitalistischen Profite explodieren, ist nicht verwunderlich. Aber die Probleme werden dadurch nicht gelöst. Die Länder versinken immer tiefer im Schlamassel sozialer und ökologischer Verheerungen – was man so „die Krise“ nennt – und die Verantwortlichen sind nach wie vor außerstande, sie da rauszuholen. Die neoliberale Logik verstellt ihnen einfach die Sicht auf einen anderen Ausweg, der nicht noch mehr Neoliberalismus und Markt, weniger „Regulierung“ und „Auflagen“, mehr Wachstum und mehr Profite für die Reichen beinhaltet.

In Trumps Politik kommen diese Tendenzen in zynischer und skrupelloser Weise anfallartig zum Vorschein. Waren seine Erfolge bei den Vorwahlen und der Präsidentschaftswahl noch eher zufällig, so spiegelt seine seitherige Politik in ihren Grundzügen genau das Konzept wider, das seit Jahren von den neoliberalen und libertären Think tanks, die um sein Gehör buhlen, vorgedacht wird.

Stehen die Außenpolitik und der Protektionismus von Trump nicht im Widerspruch zu den Interessen des US-Großkapitals und könnten diese Kreise nicht eines Tages versucht sein, diesen Troubleshooter abzusagen?

Der von Trump bereits im Wahlkampf propagierte Protektionismus läuft in der Tat den Interessen des transnationalen US-Kapitals zuwider. Dasselbe gilt für einen kompletten Einwanderungsstopp, den Rassismus und die mögliche Ausweisung der ca. 700 000 Dreamer, die als Kinder einst mit ihren Eltern illegal in die USA eingewandert waren. Da quasi Vollbeschäftigung herrscht, wollen die Agrar- und die Bauindustrie auch weiterhin auf die billige Arbeitskraft illegaler Einwanderer zurückgreifen können. Den multinationalen Paradekonzernen der US-Wirtschaft passt der Rassismus nicht in ihre weltweite

Ausrichtung sowohl der Rekrutierung geeigneten Personals als auch der Suche nach Absatzmärkten.

Zudem droht natürlich auch Trumps Außenpolitik die USA international zu diskreditieren und zu isolieren. Selbst die traditionellen Bündnispartner sind inzwischen misstrauisch. Der Schwenk zu einem Bündnis mit Russland gegen China und die „terroristische Bedrohung durch den Islam“ fand ein deutliches Ende durch die inzwischen erwiesenen Geheimabsprachen bei der russischen Einmischung in den US-Wahlkampf. Daneben hat sicherlich die bruske Entlassung erst von Flynn und dann von Bannon bei Trump für Konfusion gesorgt, der außenpolitisch unbeleckt ist, China und Taiwan verwechselt, Brüssel für ein Land hält, Irak und Syrien durcheinanderwirft und die internationalen Beziehungen durch die Brille seiner Investitionsvorhaben einordnet.

Trotzdem wurde er und nicht Hillary Clinton gewählt und die herrschende Klasse muss sich mit ihm arrangieren. Ein Impeachment könnte ultima ratio sein, aber dies könnte bis zu drei Jahren in Anspruch nehmen und der Ausgang ist ungewiss. Wenig wahrscheinlich ist auch, dass sein Vizepräsident und seine Minister seine Absetzung wegen Geistesschwäche betreiben werden.

Mandel bemerkte einst, dass das Kapital seine Vertreter v. a. danach beurteilt, wie viel Mehrwert diese für sie rausholen und erst dann nach ihrer Außenpolitik. Obendrein kämen Absetzung und Impeachment die Republikaner teuer zu stehen, da ihre Position geschwächt ist und sie ihre Wählerbasis nur durch Trumps Popularität mobilisieren können. Dafür spricht auch, dass sie sich geschlossen hinter Trump und dessen Geschwafel von einem Komplott des FBI stellen, um so den Sonderermittler Mueller und dessen Ermittlungen über die Russland-Affäre kompromittieren zu können.

Daher bleibt nur die Möglichkeit, den Präsidenten einzuhegen, um Schadensbegrenzung zu üben. Diese Funktion haben m. E. Mnuchin und (die inzwischen entlassenen) Cohn und Tillerson und v. a. die Generäle Kelly, McMaster und Mattis inne. Zwar lässt sich der Rückzug der USA aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen PTT nicht mehr rückgängig machen, wo sich Washington um Schadensbegrenzung müht, indem es für eine „indisch-pazifische Freihandelszone“ plädiert. Aber immerhin bemüht sich Washington, den Gesprächsfaden mit Mexiko und Kanada über eine Reform der NAFTA nicht abreißen zu lassen, obwohl Trump auch dieses Abkommen auf den Müll schmeißen wollte.

Ein wichtiges Indiz ist auch die 180°-Wende Trumps in der Afghanistan-Frage: „Seit meinem Antritt im Weißen Haus sehe ich die Dinge anders“, erklärt er und will jetzt die Militärpräsenz in diesem Land verstärken. In dieselbe Kategorie fällt auch, dass der angekündigte Kreuzzug mit „Feuer und Zorn“ (Fire and Fury) gegen Nordkorea auszufallen scheint. Es fällt auf, dass es noch nie so viele Generäle in einer US-Regierungsmannschaft gegeben hat, was den Anschein erweckt, dass sich inzwischen das Militär für die Außenpolitik des US-Imperialismus zuständig fühlt. Beruhigend wäre dies freilich nicht, da die seit dem Irak-Einmarsch vorherrschende Militärstrategie die „America First“-Doktrin gewissermaßen vorweggenommen hat.

Aber solche Normalisierungsversuche machen den Protektionismus und Isolationismus der US-Politik nicht ungeschehen. Trump wird seinen Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen nicht rückgängig machen, wobei er eher an seinen Taten als an seinen Worten gemessen werden muss. Auch wenn er seine Ankündigung, Produkte aus China mit einem Einfuhrzoll von 45 % belasten zu wollen, nicht umgesetzt hat, werden solche protektionistische Maßnahmen wohl unumgänglich sein, um die wirtschaftliche Stärke der USA zu erhalten. Passend hierzu sind die jüngste Entscheidung, Strafzölle auf die Einfuhr von Solarmodulen und Waschmaschinen aus China und Korea zu verhängen, und die Ankündigung einer 20%igen Importsteuer auf Produkte aus der EU.

Auch der „Schutz des geistigen Eigentums“ könnte zu Spannungen im Rahmen eines möglichen Handelskriegs führen. Im Kapitalismus herrscht generell ein immer schärferer Konkurrenzkampf nach allen Seiten. Die wirtschaftliche Effizienz der liberal-nationalistischen Diktatur der chinesischen Bürokratie jedoch hat eine neue Supermacht entstehen lassen, die das bisherige Gleichgewicht aus den Fugen wirft und zu erheblich schärferer Austeritätspolitik zwingt. Aber diese ist ohnehin schon unpopulär genug und wird gemeinhin mit der Globalisierung und „political correctness“ in direkten Zusammenhang gebracht. Da bietet sich das nationalistische, rassistische, sexistische, die Klimaveränderung negierende und autoritäre Geschwätz von Trump in idealer Weise an, um diesen Ideologieversatz in der Bevölkerung und besonders im Kleinbürgertum zu verankern. Solche Tendenzen hat es wohl schon vor Trump gegeben, mit seinem Wahlsieg jedoch haben sie Auftrieb erhalten.

Manche sehen in der Ideologie von Trump die Fratze des Faschismus oder Präfaschismus ...

Dafür fehlt es an einer Massenpartei und an Sturmabteilungen (wie der SA). Wohl gibt es eine Mobilisierung des reaktionären Kleinbürgertums, das den harten Kern von Trumps Anhängerschaft bildet, aber das beschränkt sich hauptsächlich auf die Wahlebene. Eine Fraktion des US-Kapitals um die Brüder Koch intrigiert für die Errichtung eines reaktionären Regimes, aber sie heuert keine Handlanger an, sondern finanziert bloß Kandidaten aus dem rechten Lager (wie Mike Pence). Abgesehen von den Milliardären Robert und Rebekah Mercer, denen die *Breitbart News* gehören, hat diese Fraktion Trumps Kandidatur nicht unterstützt (die Kochs sind Libertäre und somit gegen Protektionismus), sondern sich erst nach den Wahlen mit ihm verbündet und dabei eine eigene Agenda verfolgt.

Trump selbst wäre als Despot geeignet und verfügt über entsprechende faschistoide Züge (Sozialdemagogie, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Beschwörung der „fake news“, Anstachelung zu Hass und Gewalt), aber er gleicht eher Berlusconi als Mussolini. Seine privaten Ziele scheinen schwerer zu wiegen als der ganze Rest. Bannon ist ein Faschist, aber Trump und mit ihm die Mercers haben ihn abserviert. Die herrschende Klasse der USA braucht momentan keinen Faschismus, um die Arbeiterklasse zu disziplinieren. Es drohen auch so genug enorme Gefahren (autoritärer Staat, Kriege, Rassismus und Klimakatastrophe). Diese richtig einzuordnen, helfen historische Vergleiche nur bedingt.

■ *Übersetzung: MiWe*

NEU bei ISP - jetzt lieferbar:



Christoph Jünke (Hrsg.) Marxistische Stalinismuskritik im 20. Jahrhundert

Eine Anthologie

616 Seiten, Hardcover, € 24.80
Neuer ISP-Verlag 2017
ISBN 978-3-89900-150-1

Hat sich die Russische Revolution 1917 im Stalinismus bis zur Kenntlichkeit oder bis zur Unkenntlichkeit verändert? Ist die Entwicklungsgeschichte von Lenin zu Stalin eine Geschichte des Bruchs oder der Kontinuität? Nicht zu bestreiten ist jedenfalls, dass das, was wie ein Alp auf den Hirnen auch unserer Gegenwart lastet, seine schärfsten Kritiker schon damals vor allem von links gefunden hat. Die vorliegende Anthologie dokumentiert erstmals umfassend die großen Linien dieser marxistischen Stalinismus-Kritik im 20. Jahrhundert. Einführend und vertiefend zugleich behandeln die hier dokumentierten Texte die Fragen nach der historischen Entstehung des Stalinismus, nach den Widersprüchen und dem Charakter sowohl der Russischen Revolution von 1917 wie der daraus entstandenen »real-sozialistischen« Gesellschaftsformationen, nach dem Klassencharakter der Regime wie nach dem Verhältnis von stalinistischer Legitimationsideologie und marxistischer Theorietradition. Und sie zeigen auf, dass und warum der sich im Stalinismus so verhängnisvoll manifestierende bürokratische »Sozialismus« einen Bruch mit emanzipativen Sozialismus-Formen und der aufgeklärten marxistischen Gesellschaftswissenschaft darstellt – und welche politisch-theoretischen Konsequenzen dies für eine antistalinistische Theorie und Praxis sozialistischer Bewegungen hat."

Das Buch enthält Texte von: Christian Rakowski, Victor Serge, Leo Trotzki, Leo Kofler, Edward P. Thompson, Henri Lefebvre, Roman Rosdolsky, Jacek Kuron/Karol Modzelewski, Isaac Deutscher, Ernest Mandel, Oskar Negt, Lucio Colletti, Ralph Miliband, Rudolf Bahro und Boris Kagarlitzki.

Neuer ISP Verlag GmbH
Belfortstr. 7, D76133 Karlsruhe
Tel.: (0721) 3 11 83
neuer.isp.verlag@t-online.de
www.neuerispverlag.de

EIN ENTSCHEIDENDES KRÄFTEMESSEN

Wohl gab es auch unter Chirac, Sarkozy und Hollande zahlreiche Attacken, aber die Bourgeoisie hat bisher ihr Ziel nicht erreicht, nämlich eine allumfassende neoliberale Gegenreform durchzusetzen, die Frankreich auf das Niveau ihrer Hauptkonkurrenten in Europa heben würde. Diese Aufgabe hat nun Macron.

■ Jean-Philippe Divès

Eisenbahner, Lehrer, Beamte, Jugendliche, Rentner, Arbeitslose, Flüchtlinge etc. – in alle Richtungen hagelt es Schläge. Nachdem die Beschäftigten der Privatwirtschaft mit der Änderung des Arbeitsgesetzes ins Visier genommen worden waren, trifft es nun den öffentlichen Dienst und infolge der drastischen Einschnitte in das Sozialwesen und die öffentlichen Dienstleistungen darüber hinaus auch nahezu die gesamte Bevölkerung.

Einige Beobachter glauben, dass die Regierung auf ein Schockmoment setzt, indem sie möglichst viele Fronten zugleich eröffnet, um die Proteste lähmen oder auseinanderdividieren zu können. Aber sie macht zunächst einmal das, wozu ihr die Bourgeoisie das Mandat erteilt hat, nämlich eine Politik à la Fillon, nur eben ohne ihn, und sie ist sich dessen bewusst, dass diese umfassende neoliberale Offensive zu Beginn der Legislaturperiode angegangen werden muss, um nicht erneut unvollendet zu bleiben.

Auf der anderen Seite können zu viele Attacken auf einmal auch dazu führen, dass die Wut von allen Seiten sich anstaut und auf einmal gegen die Verursacher entlädt. Dass eine solche Entwicklung nicht von der Hand zu weisen ist, dafür sprechen die stärker als erwartet ausgefallenen Proteste der Rentner*innen, die von der Bevölkerung wohlwollend unterstützte Protestbewegung der Beschäftigten in den Pflegeheimen und die harten Streiks, die sich auf örtlicher Ebene in vielen Branchen entwickeln. Ein weiteres Indiz für eine solche Entwicklung sind die unerwarteten Probleme, auf die die Regierung bei ihrer Meinungsmache

gegen die so privilegierten Eisenbahner*innen stößt, oder auch die sinkende Popularität von Macron und seinem Premier. Dafür spricht auch die Abfuhr, die die Formation von Macron, LREM, bei den verschiedenen Nachwahlen zwischenzeitlich erlitten hat.

Die Eisenbahner im Mittelpunkt

Danach sieht es auch jetzt wieder aus, wo sich die Regierung zu einem Frontalangriff gegen die Eisenbahner entschlossen hat. Das Vorgehen entspricht dem gehabten Schema: Man bestellt einen Bericht, der die Situation in den schlimmsten Farben malt und die Errungenschaften der Beschäftigten als Hindernis auf dem Weg zu einer Reform nennt, die von den sogenannten „Fachleuten“ einhellig in der Öffentlichkeit angemahnt wird. Dieser Bericht empfiehlt ein ganzes Maßnahmenbündel und die Regierung gibt sich „moderat“, indem sie sich auf nur zwei davon beschränkt, nämlich die Umwandlung der SNCF in eine Aktiengesellschaft und die Abschaffung des Eisenbahnerstatuts bei Neueinstellungen. Dabei sind es genau diese beiden Maßnahmen, die entlang der Vorgaben der EU umgesetzt werden müssen, um den Liberalisierungs- und Privatisierungsprozess des Unternehmens und des Schienenverkehrswesens weiter voranzutreiben. Der Rest ist vorerst verzichtbar, besonders die äußerst unpopuläre Schließung von 9000 Kilometern sogenannter „Nebenstrecken“, zumal dies wahrscheinlich umgehend zu einer Allianz zwischen Eisenbahnern und Nutzern geführt hätte. Also delegiert man diese Aufgabe besser anschließend an die Regionalregierungen.

Bei den beiden zentralen Maßnahmen jedoch will die Regierung keinesfalls nachgeben, wie der Wirtschafts- und Finanzminister Le Maire nochmals wiederholt hat. Und um Verzögerungen und Komplikationen zu vermeiden, soll die Reform auf dem Verordnungsweg erfolgen. Mit diesem Frontalangriff auf die Eisenbahner sind die Hürden sehr hochgesteckt, sodass man sich fragen muss, warum jetzt und warum überhaupt.

Macron, Philippe und Konsorten sind offenbar der Meinung, dass sie, um anschließend ihre ganzen politi-

schen Vorhaben abwickeln zu können, erst einmal in dem Sektor entscheidend punkten müssen, wo die Arbeiterklasse noch mit vielen Beschäftigten konzentriert vorhanden und zudem noch gewerkschaftlich stark organisiert ist. Zumal die Eisenbahner wiederholt gezeigt haben, dass sie zu Mobilisierungen fähig sind und daneben das Land teilweise lahmlegen können, wenn nämlich nicht nur die Passagier-, sondern auch die Gütertransporte stillstehen. Also macht man das, was vor über 30 Jahren Thatcher mit den Bergarbeitern gemacht hat, bevor sie dann der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft in Großbritannien die neoliberalen Gegenreformen aufgezwängt hat.

Mit einem Sieg über die Eisenbahner würde die Regierung die ganze Arbeiterbewegung hart treffen, weil diese dann sehr viel mehr Probleme hätte, einzeln in den verschiedenen Sektoren für ihre Rechte und Forderungen zu mobilisieren. Umgekehrt wäre ein erfolgreicher Widerstand ein Ansporn für die Beschäftigten anderer Sektoren, ebenfalls zu kämpfen, und es würde die Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterbewegung verändern.

Die beiden Trümpfe der Regierung

Es liegt auf der Hand, dass die Regierung auf zwei Trumpfkarten setzt. Zum einen die Spaltung und die Gegensätze, die sie unter den Beschäftigten oder zwischen den Berufsgruppen hervorrufen oder vertiefen will. Diese Politik wurde bereits bei Macrons Worten auf der Landwirtschaftsmesse deutlich: „Ich will nicht auf der einen Seite Bauern haben, die keine Rente bekommen, und auf der anderen ein unverändertes Eisenbahnerstatut.“

Zum anderen ist die Politik der Gewerkschaftsführungen, zumindest einer Mehrheit unter ihnen, namentlich den Eisenbahnverbänden der CGT, CFDT und UNSA. Die Gewerkschaft SUD-Rail hingegen mag zwar in ihren Positionen nicht makellos sein, aber sie ist nicht stark genug, um allein zum unbefristeten Streik und zu autonomen Vollversammlungen der Beschäftigten aufzurufen. Wie diese Gewerkschaftspolitik aussieht, dies zeigt ein Blick auf den sehr merkwürdigen Streikkalender der Koordination der sog. „repräsentativen“ Verbände: zwei Tage Streik, drei Tage Arbeit und dies vom 3. April bis zum 28. Juni.

In einem Interview bei RTL lieferte Laurent Brun, der Vorsitzende des CGT-Eisenbahnverbandes, die Erklärung dazu: „Dieses System ergibt sich aus den Prozessabläufen der Verordnungen. Bis sie ratifiziert werden, dauert es drei Monate, und wir wollen den gesamten Prozess über unseren Einfluss geltend machen“. Dabei tönt er auch noch, dass „für die Nutzer es keinerlei Konsequenzen hätte, wenn

die Regierung nachgibt. Es wäre einfach klug, das Vorhaben fallen zu lassen.“ Mit anderen Worten geht es nicht darum, das bestmögliche Kräfteverhältnis herzustellen, um die Regierung zu schlagen (schon gar nicht darum, einen Generalstreik, und sei er nur im Eisenbahnsektor, zu befördern), sondern darum, Druck im Rahmen anschließender „konzertierter“ Gespräche aufzubauen. Schließlich geht es um die „Sozialpartnerschaft“, die sowohl den Sozialdemokraten als auch den Rechten und der LREM ein gemeinsames Anliegen ist ... und ebenso den Gewerkschaftsführungen.

Nichtsdestotrotz, oder vielmehr logischerweise, hat die Regierung ihr „Unverständnis“ für diesen Streikaufruf geäußert. Die beigeordnete Transportministerin Elisabeth Borne versicherte, dass „der Inhalt des Gesetzes gemeinsam ausformuliert werden muss“ und dass es „viele Verhandlungsgegenstände“ gebe, etwa „die Stichtage für die Zulassung der Konkurrenz“, „die Laufbahnmuster“ und „die Organisation der SNCF [der Bahn]“.

Nicht nur die CGT und SUD-Rail fordern die Rücknahme des Reformvorhabens, sondern auch die UNSA ferroviare, die CFDT und die FO. Demgegenüber beharren Macron, Philippe und Le Maire auf ihrem Standpunkt und versuchen, einzelne Verbände mit kleinen Zugeständnissen zu ködern.

Alle gemeinsam!

Noch nie war so klar, wie es steht und worum es geht: Einzeln werden wir verlieren und uns droht dann, Branche um Branche nacheinander geschlagen zu werden. Hin-gegen vereint können wir gewinnen und die Regierung zum Nachgeben bringen und somit auch die Folgeangriffe schwächen und selbst stärker werden, um unsere Forderungen dann durchsetzen zu können. Die einzige Perspektive liegt in einem unbefristeten Streik, der sich ausweitet und die anderen Branchen erfasst, um so die ganze Wirtschaft des Landes stillzulegen.

Es liegt an den Beschäftigten selbst, die notwendige Einheit, besonders unter den Gewerkschaftsverbänden, zu erzwingen, indem sie sich – ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht – demokratisch in autonomen Vollversammlungen und Mobilisierungs- und Streikkomitees organisieren, vielleicht auch in Koordinationen, wie es die Eisenbahner und Krankenschwestern vor 30 Jahren erfolgreich vorexerziert haben.

■ Übersetzung aus *l'Anticapitaliste revue*: MiWe

PRIVATISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN DIENSTE

Man könnte fast darüber lachen, wie Guillaume Pepy, der Vorstand der SNCF, versucht, die Jahresbilanz des Konzerns nach unten zu frisieren, wäre es nicht Teil eines staatlichen Manövers, die öffentlichen Dienste zu privatisieren.

■ Regine Vinon

Dieses im Voraus verfasste Szenario überrascht nicht: Zuerst erscheint ein Bericht mit explosivem Inhalt, in dem Maßnahmen angekündigt werden wie die Stilllegung von 9000 km Nebenstrecken, eine durchgängige Fahrpreiserhöhung, die Abschaffung der Sozialtarife und der statuarischen Rechte der Eisenbahner und eine Reduzierung der Stellen auf „freiwilliger“ Basis etc. Hinter diesem Bericht steckt Jean-Cyril Spinetta, vormaliger Generaldirektor von Air France-KLM in den Jahren 1997–2013 und bekannt dafür, die Umstrukturierung und Privatisierung dieses Unternehmens unter der Streichung mehrerer Tausend Stellen organisiert zu haben.

Seine Empfehlungen für die SNCF ähneln stark den Rezepten, die auch vormals andern öffentlichen Unternehmen wie der Post, GDF Suez oder France Telecom zuteil geworden sind. Zufällig war Spinetta in der Geschäftsführung all dieser Unternehmen vertreten. Auch bei Areva war er Aufsichtsratsvorsitzender just zu der Zeit, als deren Unternehmenspolitik beinahe zum Konkurs des Kerntechnikunternehmens geführt hat. Ein wahrer König seines Fachs!

Wie bereits einige Male zuvor wirft die Regierung zunächst all diese einschneidenden Maßnahmen der Öffentlichkeit zum Fraße vor, so dass sich sogar Kommunalpolitiker, die Streckenstilllegungen in ihrer Region befürchten, zu Wort melden, um dann zu selektieren. Es sei keine Rede davon, die Nebenstrecken stillzulegen, deren Management sei Sache der Regionen. Ebenso wenig gebe es Preiserhöhungen. Nein, das einzige Problem für all die Misswirtschaft bei der SNCF, für die nun mal allein die Regierung

verantwortlich ist, sei das Eisenbahnerstatut. Also gibt es ein lautstarkes Gezeter über diese „Privilegien“, die sich auf ein völlig veraltetes Statut von 1950 stützen und das schöne Unternehmen in den Ruin treibe. Die Aufregung sei völlig umsonst, meint die Regierung und gibt sich als Mediator, indem sie die am weitesten gehenden Maßnahmen aus dem Spinetta-Bericht streicht. Und kurz darauf werden Umfrageergebnisse veröffentlicht, wonach angeblich eine Mehrheit in der Bevölkerung die Abschaffung des Eisenbahnerstatuts befürworte. Die Dreistigkeit dieses Vorgehens ist unübersehbar, aber die Regierung will es darauf ankommen lassen.

Worum es wirklich geht

Selbstredend geht kein klar denkender Mensch davon aus, dass durch die Abschaffung des Eisenbahnerstatuts die Züge pünktlicher fahren, die Fahrkarten billiger werden oder sich die Probleme und Schulden der Bahn in Luft auflösen. Die Ersparnis würde sich auf ganze 100 bis 150 Millionen Euro belaufen ... auf 10 Jahre verteilt, während die Bilanzgewinne im Jahr 2017 auf 1,2 Milliarden Euro gestiegen sind und die Verschuldung auf über 46 Milliarden. Es handelt sich also um „Peanuts“. [...]

Die SNCF muss 2020 den Personentransport für konkurrierende Unternehmen öffnen und bereitet sich schon lange darauf vor. So hat sie unzählige Filialen gegründet und das Personal dafür unter privatwirtschaftlichen Kautelen eingestellt, was niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen bedeutet. Waren es vor 10 Jahren noch 187 Tochtergesellschaften, so sind es heute etwa tausend. Die Einzelunternehmen SNCF Réseau, das das Streckennetz betreibt, und SNCF mobilités, das für den Personen- und Gütertransport verantwortlich ist, und die Holding SNCF gründen jeweils ihre Filialen und übertragen so einen Teil ihrer Geschäfte auf Privatunternehmen.

Diese Tochtergesellschaften, die massiv mit Teilzeit- und befristeten Verträgen operieren, haben bereits 115 000 Beschäftigte außerhalb des Statuts eingestellt. Die Zahl der Eisenbahner mit den statuarischen Rechten sinkt konstant und ist zwischen 2003 und 2016 von 178 000 auf 148 000 gefallen. Die Strategie besteht darin, die Muttergesellschaft in Konkurrenz zu ihren eigenen Filialen zu setzen. Be-

reits knapp die Hälfte der Umsätze des Konzerns werden inzwischen von den Filialen erbracht.

Der Spinetta-Bericht schlägt auch vor, die SNCF von einem öffentlichen Wirtschaftsunternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, wie zuvor schon die anderen staatlichen Unternehmen La Poste, France Telecom, Aéroports de Paris und die Energieversorger EDF und GDF. Die Öffnung gegenüber der Konkurrenz setzt einen einheitlichen Status für alle voraus. Da bei einem öffentlichen Unternehmen eine staatliche Garantie unterlegt ist und somit günstigere Kredite gewährt werden, stellt dies eine sog. Wettbewerbsverzerrung dar. Daher ist ein Statuswechsel Teil der Öffnung des Streckennetzes in Frankreich für die Konkurrenz. Das Beispiel der Aéroports de Paris, die laut Regierung privatisiert werden sollen, zeigt, wo es jetzt für die SNCF entlanggehen soll.

Die Verschuldung

Da wäre noch die Frage der berühmt-berüchtigten Verschuldung. Ganz praktisch, wenn man darauf verweisen kann, dass Schulden in Höhe von 50 Mrd. einfach nicht hinnehmbar sind. Da muss man doch einfach zustimmen!

Von ausgeglichenen Salden und Rentabilität im Zusammenhang mit einer öffentlichen Dienstleistung zu sprechen, ist an sich schon unsinnig. Dafür gibt es die allgemeinen Steuerzahlungen, damit Belange der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung finanziert werden können, etwa Transport, Gesundheit oder Erziehung. Entlegene Orte genauso an den Verkehr anzubinden wie Großstädte, einheitliches Porto für alle Regionen, Gesundheitsversorgung für die Armen wie für die Reichen, all das ist genau die Aufgabe eines öffentlichen Dienstes und dies kann per se nicht rentabel sein. Seit Jahren jedoch erzählt man uns das Gegenteil, als wäre dies eine ewiggültige Wahrheit.

Ebenfalls muss naturgemäß eine Eisenbahngesellschaft für die Errichtung und Unterhaltung ihres Streckennetzes enorme Summen investieren und diese Unternehmen mussten sich seit jeher verschulden, um dieser Aufgabe des öffentlichen Dienstes nachkommen zu können. Wenn sie nicht den Nutzern Unsummen in Rechnung stellen wollen, können sie also nicht rentabel sein. 1996 erreichte die Verschuldung der SNCF 31,7 Mrd. Euro, ohne dass dies ein größeres Problem gewesen wäre. Kaum jedoch wehte der Wind der Liberalisierung zunehmend stärker, galt das Ziel, die Salden auszugleichen.

Freilich hat das nicht daran gehindert, massiv in die Hochgeschwindigkeitszüge und -verbindungen zu investieren, zum Nachteil der klassischen Verbindungen, die

weniger rentabel aber äußerst nützlich im Alltag sind. So dass sich die SNCF nach dem Unfall in Brétigny-sur-Orge im Eiltempo an den Unterhalt dieser Strecken begeben musste. Die jüngsten Großinvestitionen betrafen die Erneuerung und den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsverbindungen. Dies hat mit dazu geführt, dass bis Ende 2015 die Schulden auf 39,3 Milliarden Euro angestiegen sind, wobei es dabei sicher nicht nur Verlierer gab und schon gar nicht der TGV-Hersteller Alstom.

Das Beispiel Großbritanniens

Öffentliche Dienst für den Dienst an der Öffentlichkeit, ungeachtet der Rentabilität, das sind doch Ideen aus der Vergangenheit, während Macron und Konsorten in die Zukunft blicken wollen. Das ist allerdings die Zukunft der Investoren und Bankiers. Sie tun so, als wüssten sie nicht mehr, dass ihre alten neoliberalen Rezepte bereits ausprobiert worden sind, namentlich in Großbritannien, Vorreiter der Privatisierung des Eisenbahnnetzes in Europa. Was heute jedoch in Großbritannien passiert, ist das Gegenteil, nämlich die Wiederverstaatlichung dieser Dienste.

British Rail wurde in den 90er Jahren liberalisiert und verkauft, nachdem es zuvor zerstückelt worden war – eine notwendige Durchgangsetappe, die die SNCF bereits hinter sich hat. Die Zugflotte gehört bereits Unternehmen, die sie zu hohen Preisen an die Netzbetreiber vermieten und so ihren Aktionären Millionenprofite bescheren. Für die Nutzer gibt es weniger zu feiern. Die Zerschlagung dieser Dienstleistungen hat wegen fehlender Koordination und Kompetenzen zu zahlreichen Störfällen geführt. Nach der Schweiz ist Großbritannien das zweitteuerste Land in Europa. Binnen 20 Jahren sind die Fahrkartenpreise um 117 % gestiegen. Die Briten geben monatlich für ihre Dauerfahrkarten zehnmal so viel wie die übrigen Europäer aus – durchschnittlich 14 % ihres Gehalts, gegenüber 2 % für die Franzosen. Und zu allem Überfluss zahlt der britische Staat noch jährlich 4,6 Milliarden Euro Subventionen an diese Unternehmen.

Von den neoliberalen Attacken Macrons sind Beschäftigte vieler Sektoren betroffen. Durchgängiges Prinzip ist es, die öffentlichen Dienste abzubauen, profitabel zu machen oder direkt zu zerschlagen, um sie in private Hände zu übergeben. Damit einher geht die Absicht, den Widerstand der dort Beschäftigten zu brechen. So umfassend diese Vorhaben sind, so umfassend und vereint muss auch der Widerstand sein.

■ Übersetzung: MiWe

DIE WUT SCHWELT WEITER

Nach dem Mord an Marielle Franco und ihrem Fahrer war es mit über 100 000 Demonstranten allein in Rio zu den größten Protesten seit einem Jahr gekommen. Auch im Ausland fanden zahlreiche Solidaritätskundgebungen statt.

■ João Machado

Die Ermordung der beiden hat bereits mehr Menschen auf die Straßen getrieben als der Protest gegen die neoliberale Sozialversicherungsreform und die Solidaritätskundgebungen für den wegen Korruption inhaftierten ehemaligen Präsidenten Lula. Noch immer halten diese Proteste an: Am 2. April bspw. fanden in etwa 160 Städten Brasiliens und im Ausland Demonstrationen unter dem Motto „Lichter für Marielle und Anderson“ statt, bei denen Kerzen auf den Plätzen und Straßen angezündet wurden.

Politische Morde gehören in Brasilien zum Alltag, geschehen aber zumeist auf dem Land (und dort speziell an Landarbeitern) und in den kleinen Gemeinden. In den Großstädten sind Morde zwar noch häufiger, treffen aber vorwiegend die Schwarzen und Armen in den Elendsvierteln. Dass mitten in Rio eine führende Politikerin ermordet wird, die als Menschenrechtlerin bekannt ist, gehört freilich nicht zum politischen Alltag.

Unter der schwarzen und armen Bevölkerung war die Identifikation mit Marielle enorm stark und entsprechend auch der Protest gegen ihre Ermordung. Unter den De-

monstranten waren demnach auch junge schwarze Frauen stark vertreten.

Die Aktivitäten der Rechtsextremen nehmen zu und, je stärker die Mobilisierungen unter der Bevölkerung sind, desto größer wird die Polarisierung. Seit dem Mord verbreiten rechte Gruppierungen „fake news“ über Marielle in den sozialen Medien, um sie als angebliche Komplizin im Drogenhandel zu denunzieren. Gegen diese Versuche findet eine breite Gegenaufklärung statt, an der sich sogar die offiziellen Medien beteiligen. Selbst das hauptsächlich für seine Telenovelas bekannte Fernsehimperium Rede Globo strahlte ein Programm aus, in dem Marielle in Schutz genommen und gewürdigt worden ist. Sogar ihre Witwe kam dort zu Wort.

Natürlich haben diese Medien kein Interesse daran, den Hintergrund von Marielles Ermordung aufzuklären. Meist wird sie als das soundsovielte Opfer der „allgemeinen Gewalt“ dargestellt und manche rechtfertigen sogar damit den von Marielle stets denunzierten Einsatz der Militärpolizei in Rio. Es bleibt also noch viel zu tun, um die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Offenen Brief von Insurgencia, einer Strömung innerhalb der PSOL, in der Unterstützer der IV. Internationale organisiert sind, an Brasiliens Präsidenten Temer.

■ *Gekürzte und bearbeitete Übersetzung: MiWe*

TEMER, WIR KLAGEN SIE AN

Sehr geehrter (ungewählter) Präsident der Republik Michel Lulia Temer,

wir sind der Auffassung, dass Sie eine historische und aktuelle Schuld an der grausamen Ermordung von Marielle Franco und Anderson Pedro Gomes trifft. Marielle war

Menschenrechtsaktivistin aus der sozialen Bewegung der Schwarzen und der sozialen Bewegung der Frauen sowie Stadträtin von Rio de Janeiro. Anderson war Arbeiter.

Die Leben unserer Mari und unseres Anderson sind nicht die ersten und werden leider auch nicht die letzten – jungen und arbeitsintensiven – Leben sein, die mithilfe der

Präsidentschaft Ihrer Exzellenz ausgelöscht werden. Ihre Wirtschafts- und Sicherheitspolitik an der Spitze des Landes steht in klarer Kontinuität zum Kurs Ihrer Exzellenz als Minister für Öffentliche Sicherheit im Bundesstaat São Paulo und ragt mit ihrer tödlichen Produktivität aus dem internationalen Umfeld hervor.

Im Zuge der Empörung über die Ermordung der beiden Genoss*innen am Abend des 14. März haben schon viele darauf hingewiesen, dass das Töten und Abschlachten junger Menschen, insbesondere von Schwarzen und Arbeiter*innen, in den ärmsten Vierteln der Großstädte Brasiliens zum bitteren täglichen Brot gehört. So wie die Morde an Bauern und Bäuerinnen, Landlosen, Indigenen und Quilombola-Führer*innen, die von Ihnen verharmlost werden.¹

Doch hier handelt es sich um einen politischen Mord in einer Metropole an einer gewählten Volksvertreterin.

Neben vielen anderen Gründen wurde Marielle zum Schweigen gebracht, weil sie Verschiedenes anprangerte: die Politik der systematischen Ermordung schwarzer und mittelloser Jugendlicher aus den Favelas, die Massenverhaftungen, das ebenso schlimme Morden der Polizeikräfte, die Vernachlässigung der Opferfamilien „beider Seiten“ und die Geringschätzung, die Sie und Ihre Kaste den benachteiligten Schichten entgegenbringen. Marielle benutzte ihren schönen, mutigen Mund, um durch die Lautsprecher der Bewegungen und des Rathauses zu sprechen und klarzumachen, wer für diesen stumpfsinnigen, auf der Repression der Konsument*innen und Kleindealer*innen basierenden Drogenkrieg, für die sinnlosen und schlecht geplanten (Polizei-)Operationen und für die Wahltricks verantwortlich ist.

Ihre Schuld an diesen Missständen, Euer Ehren, kommt aus der Vergangenheit. Ihre Exzellenz drückte natürlich nicht auf den Abzug des Maschinengewehrs. Vielleicht unternehmen Sie mittlerweile sogar etwas, um diejenigen zu finden, die Marielle und Anderson erschossen haben. Aber es war Ihre Parteilique, früher die PMDB, jetzt wieder die MDB, die die öffentliche Infrastruktur von Rio und die grundlegenden Dienste für die Bevölkerung des Bundesstaats Rio de Janeiro über betrügerische Steuervorteile für Unternehmen und umfangreiche Bestechungen ruiniert hat.² Während Ihre Exzellenz als „dekorativer“ Vizepräsident der Arbeiterpartei PT aktiv war (Ihre Worte, Herr Präsident), führten Ihre Komplizen eine der größten Wirtschafts- und Sozialkrisen herbei, die es in Rio je gegeben hat. Fachleute gehen davon aus, dass der Staat etwa drei Jahre brauchen

wird, bis er damit beginnen kann, sich von diesem Schaden zu erholen.

Als wäre dieser strukturelle Hintergrund nicht schon genug, waren es auch Ihre Parteikollegen, die während zweieinhalb Amtsperioden die giftige Saat der Kriminalität innerhalb der Polizei aufgehen ließen und ihre Augen vor den Milizen verschlossen, die sich in zahlreichen Vierteln installierten. Und es waren auch Ihre Kollegen, die die wirkungslose Befriedungspolizei Unidade de Polícia Pacificadoras (UPP) als Wundermittel gegen alle Übel anpriesen. (Unvergesslich bleibt ihre Behauptung: „Wir bringen die Gebiete einfach wieder unter unsere Kontrolle und starten dann mit sozialen Initiativen.“) Tatsächlich aber unternahmen sie nichts gegen die Missstände und hatten auch nie die Absicht oder ein Programm, dies zu tun.³

Das alles wäre nicht so alarmierend, wenn Rio eine Insel des Elends in einem Ozean von Verbesserungen und einem Meer des Wohlstands wäre. Doch Sie und die MDB wissen genau, dass dem nicht so ist. Vielleicht verblasen Ihre Erinnerungen, aber Sie und Ihre Partei waren – wie in Büchern und Universitäten zu erfahren ist – die Protagonisten einer breiten Verständigung zwischen Kreisen der Politik, Justiz, Wirtschaft und Finanzwelt, die 2016 zum äußerst fragwürdigen Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff führte. Als unmittelbarer Vorwand dienten angebliche Verstöße bei der Führung der Finanzen. Wir aber erinnern uns, dass es Ihrem Putsch-Block in erster Linie darum ging, „das Land vor einer der bisher größten Wirtschafts- und Sozialkrisen zu retten“.

Doch die Antwort, die dieser Putsch auf die Krise gab, bestand in einem endlosen Alptraum für die untersten Schichten, Ihre Exzellenz. Sie haben staatliche Ausgaben und Löhne für 20 Jahre eingefroren! Sie haben sich ins Zeug gelegt, um ein 80-jähriges Arbeitsgesetz zu zerschlagen. Sie haben Sozialprogramme auf ein Minimum reduziert. Sie schaffen es, Umweltkatastrophen noch zu verschlimmern, weil Sie nicht einmal die schwachen Gesetze einhalten, die wir in diesem Bereich haben. Sie und Ihr Banker-Finanzminister haben die Staatsbudgets zusammengestrichen, insbesondere jenes von Rio de Janeiro. Für Rio bedeutet dies quasi den verordneten Selbstmord: Ratenzahlungen bei Löhnen, Pensionen und anderen Rentenleistungen, Erhöhung von Abgaben und Steuern, Auflösung staatlicher Universitäten, Privatisierung der Companhia Estadual de Águas e Esgotos (CEDAE), der staatlichen Gesellschaft für Wasser und Abwasser. Und null, vergessen wir das nicht, null Investitionen.

Sie und Ihre Partei MDB sind deshalb direkt verant-

wortlich für die verhängnisvolle Wirtschafts-, Sozial- und Gewaltkrise, unter der Rio de Janeiro leidet. Es kann nicht sein, dass sich jemand, der gewählt werden will (von einer Wiederwahl kann man ja nicht sprechen), aus der Verantwortung stiehlt. In dieser dunkelsten Zeit muss der erste Repräsentant der Nation die Verantwortung für die unsinnige Idee übernehmen, eine Popularität, die er gar nie hatte, dadurch zurückzugewinnen, dass er den gravierenden Schritt unternahm, eine Militärintervention in Rio anzuordnen.

Aber, Herr Präsident, sogar mit all der reaktionären Logik, dem Fundamentalismus und der Bestechung ihrer verbündeten Basis ist es Ihnen nicht gelungen, im Nationalkongress die für die Rentenreform notwendigen 308 Stimmen zusammenzubringen! Geben Sie es zu: Um aus dieser Niederlage herauszukommen und im verzweifelten Versuch, die Umfragewerte zu erreichen, die es dieses Jahr für eine erfolgreiche Wahl Ihrer treuesten Mitarbeiter braucht – um sie dank neuer parlamentarischer Immunitäten vor dem Gefängnis zu bewahren –, haben Sie beschlossen, mit dem Feuer zu spielen. Und zwar im wahrsten Sinne des Wortes.

Sich selbst als Vermittler aufzuspielen, war vielleicht zu viel. Möglicherweise haben Sie, Ihre Exzellenz, die Grenzen der typischen politischen Praktiken Ihrer Parteilique überschritten, unabhängig davon, von welchem Land die Rede ist. Außerdem ist dies für die überwiegende Mehrheit der politischen Vertreter*innen der brasilianischen Businesswelt charakteristisch. Ihre Aktionen werden keine Lösung für die Gewalt in Rio bringen, sondern den Krieg unter den kriminellen Banden, unter den korrupten und unkontrollierten Sicherheitskräften verschärfen. Und wegen der Nähe zur Armee ist das Problem nun noch größer.

Indem Sie an der Strategie des ausweglosen Drogenkriegs, der Massenverhaftungen und der Auslöschung schwarzer Menschen festhalten und die Armee in direkte Konfrontation mit den Drogenbanden setzen, heischen Sie um Beifall und lösen in diesem Land die übelsten unkontrollierten Taten seit 2013 aus: auf den Straßen, in der Politik und in den Institutionen in Ihrem Umfeld.

Ihre Exzellenz kann als der Präsident in die Geschichte eingehen, der die Mexikanisierung von Rio de Janeiro und Brasilien eingeleitet hat. Denken Sie lieber gut nach, Herr Präsident: Planen Sie, so gewählt zu werden?

Was uns betrifft, so werden wir es den Hunderttausenden gleichtun, die in Brasilien und der ganzen Welt – ja, in der Welt! – auf die Straße gehen und empört gegen die brutale Liquidierung unserer Genoss*innen protestieren.

Man muss nicht aus der politischen Linken kommen, um empört zu sein und zu protestieren. Man muss nicht unbedingt gegen die föderale Intervention sein. Man muss nicht schon zuvor demonstriert haben. Eigentlich genügt es schon, die Gewalt und die Verhältnisse, die diese Tragödie ermöglicht haben, abzulehnen und eine gründliche Untersuchung zu wünschen.

Wir werden jedoch allen erzählen, was wir wissen; nämlich dass Marielle den „Krieg gegen Drogen“ ablehnte, weil sie wusste, dass diese Politik letztlich für die Ermordung ihrer schwarzen, benachteiligten Brüder und Nachbarn aus der Maré und aus vielen weiteren Favelas in Rio und Brasilien verantwortlich war. Wir werden bekannt machen, dass sich der letzte Artikel, den Marielle schrieb, gegen die föderale Intervention richtete. Dass Marielle eine Kämpferin für die Menschenrechte war. Dass Marielle eine schwarze, bisexuelle und sozialistische Frau war. Ja, eine Sozialistin, und eine hervorragende Aktivistin der Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL). Darauf sind wir sehr stolz. Und wir sind sicher, dass sie möchte, dass das alle wissen.

Sonntag, 25. März 2018 / Insurgencia /

Es leben Marielle und Anderson! Schwarze Leben zählen! Nieder mit Pezão, dem Gouverneur des Bundesstaats Rio de Janeiro. Nieder mit Temer! Entmilitarisiert die Polizei! Schluss mit der föderalen Intervention!

■■■■■■■■■■ **Insurgencia** (Aufstand) ist eine Strömung innerhalb Brasiliens PSOL (Partei für Sozialismus und Freiheit), in der Unterstützer*innen der Vierten Internationale organisiert sind.

■ *Übersetzung: A. W.*

1 Quilombolas sind Niederlassungen, die durch entflozene Sklaven in Brasilien geschaffen wurden.

2 Informationen über das Hin und Her von PMDB und MDB finden sich auf: https://en.wikipedia.org/wiki/Brazilian_Democratic_Movement.

3 Die Befriedungspolizei, abgekürzt UPP, ist ein sogenanntes Gesetzesvollzugs- und Sozialprogramm im Bundesstaat Rio de Janeiro, das Gebiete, die vermutlich Drogenbanden unterstehen, wieder unter Kontrolle bringen will.

DIE ARMEE GEGEN DIE ARMEN

Am 16. Februar hat die Regierung von Michel Temer die Sicherheit von Rio de Janeiro dem Militär übertragen. Von der Polizei über die Feuerwehr bis zum Gefängnis steht alles unter Kontrolle der Streitkräfte.

■ Raúl Zibechi

■ Rio ist eine der gewalttätigsten Städte der Welt. 2017 zählte man 6731 Morde und 16 Schießereien pro Tag mit jeweils mindestens zwei Toten, fast immer Schwarze. Unter den 50 gewalttätigsten Städten der Welt befinden sich 19 in Brasilien und 43 in Lateinamerika. Gleichzeitig gehört Brasilien zu den 10 Ländern der Welt mit der größten Ungleichheit, darunter auch einige der gewalttätigsten Länder wie Haiti, Kolumbien, Honduras, Panama und Mexiko.

Laut offiziellen Zahlen leben 11,5 Millionen Menschen in den Favelas.

Im Falle von Rio de Janeiro zeigen die Aktionen der Uniformierten eine Besonderheit: Sie konzentrieren sich auf die Favelas, das heißt, sie richten sich gegen die arme, schwarze und junge Bevölkerung. In den 750 Favelas von Rio wohnen 1,5 Millionen der 6 Millionen Einwohner*innen der Stadt. Die Soldaten stehen an den Ausgängen, fotografieren alle Personen und prüfen ihre Dokumente und ihre Identität. Diese Art der Kontrolle wurde noch nie so intensiv und zielgerichtet durchgeführt.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Armee die Verantwortung für die öffentliche Ordnung in Brasilien übertragen wird. Im vergangenen Jahr griffen die Militärkräfte in Rio 11 Mal ein. Den Rahmen bildete das Dekret zur Garantie von Recht und Ordnung (GLO), das schon bei Großveranstaltungen wie den Papstbesuchen und der

Fußballweltmeisterschaft angewandt wurde. Seit 2008 hat das Militär auf diese Weise 14 Mal Polizeiaufgaben übernommen. Doch jetzt handelt es sich um eine militärische Besetzung, die den ganzen Staat betrifft.

Viele Expert*innen glauben, die Militärintervention sei zum Scheitern verurteilt, weil die bisherigen Aktionen dieser Art, darunter auch punktuelle Eingriffe, nicht viel gebracht hätten. Dies gelte auch für die Befriedungspolizei UPP, die man als großartige Lösung für das Sicherheitsproblem präsentiert hatte, weil sie innerhalb der Favelas als lokale Polizei eingesetzt wurde.

Gleichzeitig betonen die Expert*innen, dass der Krieg gegen Drogen in Mexiko, mit bisher über 200 000 Toten und 30 000 Vermissten, ein trauriger Misserfolg ist, denn der Drogenhandel ist noch lange nicht besiegt und hat weiter zugenommen.

Meines Erachtens sind diese Sichtweisen aber unvollständig, denn in Wirklichkeit sind solche Interventionen äußerst wirksam, um die unlauteren Ziele der herrschenden Klassen und ihrer Regierungen zu erreichen: nämlich die Kontrolle und Vernichtung der potenziell aufständigen oder nicht integrierbaren Bevölkerung. Das ist der Grund, warum man ganze Länder Lateinamerikas militarisiert, ohne etwas an der Ungleichheit zu ändern, die die eigentliche Ursache der Gewalt ist.

Ich denke, es gibt vier Gründe zu der Annahme, dass wir es in Brasilien, aber auch in Mittelamerika, Mexi-

ko und Kolumbien – um die offensichtlichsten Fälle zu nennen – mit äußerst erfolgreichen Interventionen zu tun haben.

Der erste Grund für diese Einschätzung ist, dass der Staat die Militarisierung der Sicherheitskräfte nutzt, um seine Rolle als Garant der Interessen des 1 Prozents, der großen multinationalen Konzerne sowie der bewaffneten Staatsapparate und Regierungen zu sichern. Man kann sich fragen, warum es in der gegenwärtigen Phase der Geschichte notwendig ist, diese Sektoren so abzuschirmen. Die Antwort: Weil zwei Drittel der Bevölkerung keine sozialen Rechte haben und der Akkumulierung durch Enteignung (Vierter Weltkrieg) ausgesetzt sind.

Das System gibt den schwarzen (51 % in Brasilien), indigenen und gemischten Mehrheiten nichts. Nur Armut und miserable Gesundheits-, Bildungs- und Transportdienste. Es bietet ihnen keine menschenwürdige Arbeit oder angemessene Bezahlung, es treibt sie in die Unterbeschäftigung und in den informellen Sektor, dessen Name eigentlich nicht zutreffend ist. Langfristig wird eine Bevölkerung, die nichts oder nur wenig vom System erhält, revoltieren. Deshalb wird die Militarisierung vorangetrieben, und vorerst auch mit Erfolg.

Der zweite Grund ist, dass man die Militarisierung auf Makroebene durch eine immer ausgeklügeltere Überwachung ergänzt. Diese setzt neue Technologien ein, um Gemeinschaften, die als gefährlich eingestuft werden, von Nahem und von innen zu kontrollieren. Es kann kein Zufall sein, dass in allen Ländern die Ärmsten, also diejenigen, die das System destabilisieren können, am unerbittlichsten überwacht werden.

Nur ein Beispiel: Als Blechplatten für Häuser in Chiapas gespendet wurden, hat man diese bemalt, um nicht-zapatistische Familien von oben identifizieren zu können. Sozialpolitische Maßnahmen, die von den Progressiven begrüßt werden, bilden Teil der Kontrollsysteme, die eine Methode der Kontersubversion sind.

Das dritte Problem ist, dass das Netz der doppelten Kontrolle, auf Makro- und Mikroebene, allgemein und im Einzelfall, in den Gesellschaften der ganzen Welt immer enger wird. In Europa sind es Geld- oder Gefängnisstrafen für diejenigen, die nicht gehorchen. In Lateinamerika handelt es sich um Tod und Verschwinden für diejenigen, die sich auflehnen oder die einfach nur anklagen und mobilisieren. Man unterdrückt nicht nur Aufständige, die zu den Waffen greifen, wie in den 60er- und 70er-Jahren, sondern die gesamte Bevölkerung.

Die neuen Kontrollmethoden, bei denen Menschen, die rebellieren oder sich widersetzen könnten, isoliert und unterdrückt werden, gehören zu den bedeutendsten Veränderungen vonseiten des Systems in dieser chaotischen Zeit, die dem Kapitalismus und der Herrschaft des 1 Prozents ein Ende setzen kann.

Der vierte Grund sind Fragen: Was heißt regieren, wenn wir es mit Kontrollformen zu tun haben, die nur alle vier, fünf oder sechs Jahre Wahlen zulassen? Was nützt es, alle politischen Anstrengungen auf die Wahlurnen auszurichten, wenn sie betrügen und das Militär auf die Straße schicken wie in Honduras? Ich sage nicht, dass wir nicht abstimmen sollten. Ich frage mich nur, wozu.

Wir müssen weiter über unsere Strategien nachdenken. Der Staat ist eine monströse Hydra, die im Dienste des 1 Prozents steht. Das wird sich nicht ändern, wenn wir ans Ruder kommen, denn an der Spitze der Pyramide sitzen immer die Gleichen mit ihrer ganzen Macht, uns nach Belieben aus dem Weg zu räumen.

Quelle: <http://www.pressegauche.org/L-armee-contre-les-classes-dangereuses-le-Bresil-sur-les-pas-du-Mexique>

■ Übersetzung: A. W.



RECHTSRUCK IN ITALIEN ... UND EIN KLEINER LICHTBLICK

Bei den Wahlen der beiden italienischen Parlamentskammern (Abgeordnetenhaus und Senat) am 4. März bestätigten sich die Prognosen, wonach keine der angetretenen Parteien oder Koalitionen die absolute Mehrheit erobern konnte. Insofern gestalten sich die laufenden Absprachen und Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung äußerst kompliziert.

■ **Franco Turigliatto**

Das Ergebnis und die mit 75 % recht geringe Wahlbeteiligung zeigen, wie dramatisch die politische und soziale Lage im Lande ist nach der jahrelangen Austeritätspolitik und den andauernden Niederlagen und Spaltungen der lohnabhängigen Klassen und der sozialen Bewegungen. Zugleich unterstreicht es, wie sehr sich das Kräfteverhältnis zulasten der Arbeiterklasse verschlechtert hat und in welch großen Problemen die gesamte Linke aller Schattierungen steckt.

„Die Wahlen zeigen auf, wie weit das Land nach rechts gerückt ist. Eine nahezu zwangsläufige Folge der schweren Niederlagen der Arbeiterklasse in den letzten Jahren und der Politik der ganzen vorangegangenen Regierungen unter der PD (Partito democratico), unter der sich die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung ständig weiter verschlechterten, die Rechte abgebaut und die sozialen Errungenschaften geschliffen wurden. Die dafür verantwortlichen Parteien haben nun die Quittung erhalten, nämlich die PD und ihre Bündnispartner Liberi e Uguali (ein kürzlich gegründetes Wahlbündnis aus jüngeren Abspaltungen der PD), deren Führer bis zuletzt

die jeweiligen Regierungen unterstützt haben. Damit ist auch der von ihnen angestrebte Wiederaufbau der linken Mitte gescheitert. Verloren hat auch Forza Italia, das nunmehr auf die Rolle des Juniorpartners der Lega innerhalb des Rechtsbündnisses zurückgefallen ist, wohingegen die Postfaschisten gestärkt daraus hervorgegangen sind.“, so die Erklärung von Sinistra Anticapitalista zu den Wahlergebnissen.

In der Tat haben die Rechten zugelegt und 37 % der Stimmen erzielt, wobei sich das Binnenverhältnis jedoch entscheidend geändert hat und die Lega (vormals Lega Nord) mit 17,37 % Berlusconi's Forza Italia (14,01 %) deutlich überflügelt hat. Fratelli d'Italia kam auf 4,35 %. Mit bloß 18,72 % der Stimmen verlor die PD Millionen von Wählern und schaffte es auch mit ihrer Koalition nur auf 22,85 %. Die Bewegung Cinque Stelle (M5S) übertraf mit 32,68 % die Erwartungen und wurde stärkste Partei, wobei sie besonders von Wechselwählern der PD profitierte und im Süden enorme Gewinne einfahren konnte.

Das aus den Abspaltungen der PD hervorgegangene Bündnis Liberi e Uguali schaffte es mit mageren 3,3 %

nur knapp über die Sperrklausel und erzielte nur halb so viele Stimmen wie von ihren Spitzenkandidaten erwartet. Die radikale Linke um Potere al Popolo, die sich erst vor drei Monaten als Bündnis konstituiert hatte, erreichte zwar nur bescheidene 1,13 % (370 000 Stimmen), was aber immerhin zeigt, dass es ihrer bedarf und alte und neue Aktivist*innen sich dafür engagiert haben.

Das Wahlergebnis resultiert aus der Krise der organisierten Linken, aus der schwindenden politischen Rolle der Arbeiterklasse, einer allgemeinen Desorientierung angesichts der umfassenden kapitalistischen Krise und aus der mittlerweile Jahrzehnte währenden Austeritätspolitik, für die auch vorgeblich linke, sozial(neo)liberale Parteien verantwortlich gezeichnet haben. Zudem sind weite Teile des Proletariats demoralisiert und in der einfachen Bevölkerung überwiegen Wut und Verzweiflung den Willen zum organisierten Widerstand. Und die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Bevölkerung schreien nach einer sofortigen Lösung und schüren die Illusion, dass neue politische Kräfte ihr dabei helfen könnten, wo doch die Vorgängerregierungen stets versagt haben.

Im Süden, wo Arbeitslosigkeit und Armut noch dramatischer sind, hat dieser Drang zu einem Wandel zum Erdrutschsieg der M5S geführt, während sich im Norden breite Schichten des Klein- und mittleren Bürgertums, vom Händler bis zum Handwerker, angesichts des wirtschaftlichen Wettbewerbsdrucks der Lega zugewandt haben. Von ihr erhoffen sie die Wahrung ihrer Besitzstände und eine Antwort auf die ungewisse Zukunft und ihre Ängste, die auch aus rassistischen und fremdenfeindlichen Impulsen rühren.

Da kein kollektiver Ausweg aus dieser Krise in Sicht ist, hat sich der Trugschluss durchgesetzt, diejenigen zum Sündenbock zu machen, die noch schlechter dran sind – die Immigrant*innen und Flüchtlinge, die noch Ärmere und deren Hilfsorganisationen (Basisinitiativen und ONG). Die Rechten haben dabei ihre Agenda und Propaganda erfolgreich durchgesetzt, was Einwanderung, öffentliche Sicherheit und Steuern angeht, und überbieten sich gegenseitig in widerwärtigen Auftritten und infamen Rezepten gegen die Wehrlosesten in dieser Gesellschaft, namentlich die Flüchtlinge. Besonders tut sich dabei die Lega von Salvini hervor, der mit seiner Propaganda die Köpfe der einfachen Leute erreicht und sein rassistisches und faschistisches Gift verspritzt. Diese Mentalität, die die Herzen und Hirne erobert hat, wieder auszutreiben, wird lange dauern und setzt voraus, dass wieder starke demokratische, solidarische und klassenkämpferische Be-

wegungen entstehen, die sich zum Sprachrohr der lohnabhängigen Bevölkerung und ihrer Belange im Alltag und am Arbeitsplatz machen.

Jeder kämpft für sich allein

Zweifellos hat es in den vergangenen Jahren auch Kämpfe und Mobilisierungen in Italien gegeben, etwa gegen die neoliberalen „Reformen“ der Regierung, die Rentenreform, die Arbeitsrechtreform, die Deregulierung der Arbeitsplätze oder den Raubbau im öffentlichen Bildungswesen. Zumeist jedoch verliefen sie zeitlich begrenzt und voneinander isoliert. Für die Niederlagen waren auch die Gewerkschaftsbürokraten verantwortlich, die mit der PD gemeinsame Sache machten und eine konsequente Gegenwehr sabotierten, auch wenn es bereits massive, andauernde Proteste gegeben hat, wie etwa im Bildungswesen. Wenn es um das zentrale Anliegen der Verteidigung der Arbeitsplätze ging, setzten die Gewerkschaftsführungen allenfalls auf betriebliche Gegenwehr der Lohnabhängigen, statt eine gemeinsame Plattform für diese Kämpfe zu schaffen oder gar eine landesweite Mobilisierung. Wenn Tarifverträge für die Beschäftigten neu ausgehandelt wurden, führten sie stets zu Verschlechterungen sowohl der Löhne als auch der Rechte, so dass man am Ende gar von „Verzichtsverträgen“ sprach, in denen die Arbeiter den Unternehmern ihre Errungenschaften aus den 70er Jahren auf dem Silbertablett anbieten würden.

Mit dem am 4. März unterzeichneten Abkommen („Inhalte und Leitlinien der Arbeitsbeziehungen und Tarifverhandlungen“) zwischen den drei großen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL und dem Unternehmerverband Confindustria (dem die meisten Unternehmen, nicht jedoch Fiat/Chrysler) angehören) sollen die „sozialpartnerschaftlichen“ Verhältnisse zwischen den Unterzeichnern und die Rolle des Gewerkschaftsapparats festgeschrieben werden. Darin wird ein Regelwerk eingeführt, das die Arbeiter*innen in ein regelrechtes Zwangskorsett presst und ihre Möglichkeit drastisch beschränkt, für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Ohnehin hat sich die Lage in den Betrieben erheblich verschlechtert, da die Unternehmer zum Mittel der Erpressung greifen können, um die Arbeitszeiten umzugestalten und die Arbeit zu verdichten, während die kollektive Gegenwehr der Gewerkschaften ausbleibt. Insofern findet die radikale Linke mit ihren Positionen durchaus Gehör unter den betroffenen Arbeiter*innen.

Trotzdem aber geben sie zu, die M5S wählen zu wollen, „weil diese ihre letzte und einzige Hoffnung“ sei.

Der neoliberale Überbietungswettbewerb der großen Parteien ...

Die drei politischen Blöcke PD, Rechtskoalition und M5S überbieten sich gegenseitig darin, Sachwalter des italienischen Kapitals sein zu wollen. Entsprechend war auch ihr Wahlprogramm eine einzige neoliberale Agenda im Dienste der herrschenden Klasse. Dass die rechte Koalition aus Forza Italia, Lega und Fratelli d'Italia auf Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus und faschistoides Gedankengut setzt, liegt auf der Hand. Daher war es nur logisch, dass sie sich mit der Einführung der „flat tax“ eine weitere Steuersenkung für die Reichen auf die Fahne geschrieben hatte. Im Grunde aber steht die PD nicht dahinter zurück, indem sie in den letzten Jahren den Unternehmern 40 Milliarden Euro an Steuern und Sozialabgaben erlassen und prekäre Beschäftigung und unsichere Arbeitsverhältnisse (besonders mit der „Reform“ des Arbeitsrechts) gefördert hat, zugleich jedoch die Militärausgaben um 3 % erhöht und unter Gentiloni und dem Innenminister Minniti Truppen nach Afrika entsandt hat, um dort neokoloniale Verhältnisse zu schaffen.

Die M5S war einst als Alternative zum herrschenden System angetreten, offenbart sich mittlerweile jedoch als dessen loyaler Sachwalter und beteuert gegenüber den europäischen Institutionen und der Bourgeoisie ihren „guten Willen“ zur Einhaltung des Fiskalpaktes. Dabei spart sie nicht mit reaktionärem und xenophobem Gedankengut, um unter der rechten Wählerschaft zu wildern.

... lässt den Rechtsextremismus gedeihen

Ein noch beunruhigenderes Phänomen dieses Wahlkampfes war, dass die extreme und faschistische Rechte nach jahrelanger Verharmlosung wieder voll rehabilitiert erscheint. Durch die Repression antifaschistischer Demonstrationen hat ihr das Innenministerium wieder freien Aktionsradius verschafft und ihre politische Salonfähigkeit ist durch das mediale Geschwätz über die Inexistenz einer faschistischen Gefahr wiederhergestellt worden. Ihr Hauptvertreter Casa Pound kam auf 1,1 % der Stimmen und gemeinsam mit Forza Nuova auf 1,3 %, entsprechend fast 440 000 Wähler*innen. Dies mag zwar überschaubar anmuten, spiegelt aber nicht den realen gesellschaftlichen Einfluss und die von ihren Schlägertruppen ausgehende Gefahr wider. Wie weit dieser Rassismus und der Hass gegen die Migrant*innen gedeihen sind, zeigen die Aggressionen der

letzten Zeit, die bis zum tatsächlichen Mord (wie an einem Nigerianer in Florenz) oder Mordversuchen an Flüchtlingen (wie in Macerata) reichen.

Welche Verantwortung der Staat an dieser menschenverachtenden Entwicklung trägt, zeigte sich im letzten Sommer, als der Innenminister Minniti (vormals PCI) eine Flüchtlingspolitik aus der Taufe hob, die nur als staatlicher Rassismus bezeichnet werden kann. Waren die Flüchtlingsrouten durch die Beendigung der Operation „Mare Nostrum“ und den Übergang zur Operation Frontex bereits erheblich reduziert und zu einem noch gefährlicheren Abenteuer geworden, wurden die wenigen durch humanitäre Flüchtlingsorganisationen offen gehaltenen Routen nunmehr definitiv geschlossen. Flüchtlinge sollen jetzt in libysche Lager zurückgeschickt werden oder – besser noch – gleich in der Wüste aufgehalten werden. Gestorben werden soll also nunmehr fernab von unseren Augen. In trauter Eintracht mit der französischen Regierung werden Solidarität und Flüchtlingshilfe – ob auf dem offenen Meer oder in den schneebedeckten Alpen – zum Delikt erklärt. Wenn sich solche rassistischen Surrogate anbieten, dann griffen viele Wähler am 4. März doch lieber gleich zum Original und wählten die Lega oder die Faschisten.

Die Freude des Kapitals ...

Auf ihrer Versammlung in Verona am 16. Februar hatte der Unternehmerverband seinen Mitgliedern und der Kapitalistenklasse im Ganzen eine frohe Botschaft zu verkünden: Die Wirtschaft wuchs im vergangenen Jahr wieder um 7 %, ebenso der Export, Italien liegt als Hersteller von Industriegütern hinter Deutschland an zweiter Stelle in Europa und 20 % der Unternehmen sind bereits in der Industrie 4.0 angekommen – mit steil wachsender Tendenz. Die Profite gehen steil nach oben, ebenso die Dividenden für die Aktionäre. Zwar ist noch nicht wieder der dramatische Einbruch der Industrieproduktion im Gefolge der Krise 2007/08 (-27 %) aufgefangen worden und noch viel weniger der Verlust von einer Million Arbeitsplätze, aber diese letzten 10 Jahre haben die Unternehmer genutzt, um die Industrie grundlegend umzustrukturieren, die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit radikal zu verändern und eine breite industrielle Reservearmee und ein Heer schlecht bezahlter und prekär Beschäftigter aufzubauen.

Als wahrhafter Segen für die italienischen Kapitalisten entpuppten sich die zahlreichen „Reformen“ des Arbeitsrechts unter Renzi und Gentiloni (etwa der Jobs Act, der freie Hand bei Entlassungen gewährt), die Einführung

eines dualen Schulsystems (Buona scuola), die Senkung der Sozialabgaben und die drastische Erhöhung der Abschreibungsmöglichkeiten, die Milliarden in die Unternehmenskassen gespült haben.

Für die Banken ist die Situation nicht gar so rosig, aber Regierung und Staat gaben ihr bestes, die rettende Hand aufzuhalten. Schienen die italienischen Kreditinstitute noch vor wenigen Jahren der europäischen Bankenkrise entkommen zu sein, so kamen am Ende doch etliche Hundert Milliarden Euro an faulen Krediten ans Tageslicht, die nur zum geringen Teil durch die EZB-Intervention abgeschrieben waren. Bislang sind sieben Banken zusammengebrochen und dabei zeigte sich, dass das 1990 von der ersten Mitte-Links-Regierung eingeführte Gesetz eine völlig korrupte und den Augen der Öffentlichkeit und der Kontrolle durch die Zentralbank entzogene Unternehmensführung ermöglicht hat. Ein Konkurs der Monte dei Paschi di Siena, dem Paraded Pferd der PD, konnte nur durch eine Intervention der Regierung in Höhe von 20 Milliarden Euro verhindert werden. Mit ähnlichen Summen wurden zwei venezianische Banken aufgefangen, die anschließend für einen symbolischen Euro an die zweitgrößte Bank Italiens, die Banca Intese Sanpaolo verkauft wurden.

... ist das Leid der Arbeiterklasse ...

Die Gründe für die Stärke der italienischen Arbeiterbewegung und der Arbeiterklasse als Ganze nach den großartigen Kämpfen der 60er und 70er Jahre waren folgende:

- Landesweit geltende Branchentarifverträge, die einheitliche Löhne und Rahmenbedingungen gewährleisteten und insofern die Einheit der Arbeiterklasse und die Kampfbereitschaft förderten;
- Das Arbeitsrecht, das die gewerkschaftlichen Kollektiv- und Individualrechte festlegte, insbesondere der Artikel 18, der die Wiedereinstellung eines zu Unrecht, also nicht betriebsbedingt entlassenen Beschäftigten in den Betrieb vorschrieb;
- Ein Sozialversorgungssystem, das den Menschen ermöglichte, in einem angemessenen Alter in Rente zu gehen, und eine auskömmliche Rente gewährleistete;
- Auffangmechanismen, die einerseits den Unternehmen in konfliktarmer Form betriebliche Umstrukturierungen ermöglichten, zugleich aber das Beschäftigungsverhältnis mit den betroffenen Arbeiter*innen formal aufrecht erhielt und ihnen jahrelang ein auskömmliches Gehalt bescherte.

Alle diese Errungenschaften wurden stark beschnitten oder auch abgeschafft, wobei die Offensive seitens der Unternehmer Hand in Hand ging mit der Austeritätspolitik der Regierungen unter der wesentlichen Beteiligung der PD. Nicht minder verhängnisvoll war das Verhalten der Gewerkschaftsapparate, die die Regierungspolitik im Namen der sog. „Wettbewerbsfähigkeit“ der Unternehmen flankierten. Gemeint sind damit die drei großen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL, die im Unterschied zu anderen Ländern noch über eine starke Mitgliedschaft (zs. 12 Millionen, zur Hälfte jedoch in Rente) verfügen, sich aber sehr wohl gehütet haben, diese ernsthaft zu mobilisieren.

Die „technische Regierung“ unter Monti hat mit Zustimmung nahezu des gesamten Parlaments die härteste „Rentenreform“ im gesamteuropäischen Vergleich – das legge Fornero – verabschiedet. Unter Berlusconi wurden 2010 die Gehälter im öffentlichen Dienst eingefroren und blieben es unter den Folge Regierungen bis kurz vor den diesjährigen Wahlen, wo aus wahltaktischen Gründen eine bescheidene Erhöhung um 80 Euro gewährt wurde, wohingegen sich die monatlichen Einbußen auf durchschnittlich 300 Euro summiert hatten. Mit der Abschaffung des Artikels 18 bekamen die Unternehmer völlig freie Hand für Entlassungen. Die gesetzlichen Deregulierungen unter der Regierung Berlusconi wurden unter den Folge Regierungen bestätigt und weiter ausgebaut.

Den lokalen Dienstleistungsbehörden wurden 20 Milliarden Euro gestrichen; ebensoviel den Schulen und damit der Privatisierung dieser grundlegenden demokratischen und sozialen Errungenschaft Vorschub geleistet; dasselbe gilt für das staatliche Gesundheitswesen. Auch der Umweltschutz wurde durch die Regierung in verschiedener Weise durchlöchert, bspw. durch ein Gesetz, das Bauunternehmen die Umgehung von Umweltauflagen ermöglicht.

... und eine wachsende soziale Ungleichheit

Infolge dieser Maßnahmen gehört Italien inzwischen zu den europäischen Ländern mit der höchsten sozialen Ungleichheit, wo die Armut überproportional zugenommen hat, die Löhne und Einkommen der arbeitenden Bevölkerung ebenso wie das Arbeitsrecht drastisch beschnitten wurden und die soziale Ungerechtigkeit fröhliche Urständ feiert.

Es gibt 10 Millionen Arme; die Statistikbehörde spricht von 30 % der Bevölkerung, die von Armut und Ausgrenzung bedroht sind; über 3 Millionen Menschen sind

arbeitslos und noch mal viele haben die Suche aufgegeben; selbst die Confindustria spricht von siebeneinhalb Millionen Menschen, die ganz oder teilweise ohne Arbeit sind; zehn Millionen verzichten auf die Gesundheitsversorgung, weil ihnen die Mittel fehlen und das öffentliche Gesundheitswesen ohnehin im Argen liegt; die Schulen sind von einer demokratisch-kulturellen Bildungs- und Erziehungsstätte zum Lieferanten kostenloser Arbeitskräfte verkommen, wo die Jugendlichen als Naturgesetz eingebläut bekommen, dass die Ware Arbeitskraft zum Wohle der Unternehmen flexibel und unterwürfig zu sein hat.

Die Arbeitsmarktreformen von Renzi haben die Plage der Schwarzarbeit keineswegs beseitigt, sondern eher noch vermehrt, nur dass sie jetzt dazu dient, die Hungerlöhne aus prekären oder befristeten Arbeitsverhältnissen aufzubessern. Zur Beschäftigungspolitik fällt den Regierungen seit Jahren nur ein, die Unternehmen kräftig zu subventionieren und Entlassungen zu erleichtern, damit stattdessen junge Leute eingestellt werden können. Beschäftigungspolitisch ist dies ein Nullsummenspiel, die Profite jedoch schnellen dadurch nach oben, da das Heer von Arbeitssuchenden jede Arbeit zu den elendsten Bedingungen anzunehmen gezwungen ist.

Reichtum und Produktivität haben wieder zugenommen, aber die Zunahme der Arbeitszeiten und der Ausbeutung in Verbindung mit der Prekarisierung, den Lohnsenkungen und den Einsparungen in den öffentlichen Haushalten, um die Staatsschulden zu bedienen, haben die Rahmenbedingungen für die soziale Ungleichheit geschaffen, die von verschiedenen Forschungsinstituten jeder Couleur ausgemacht wird: Die 20 % reichsten Italiener*innen besitzen 66 % des nationalen Nettovermögens, die untersten 60 % nur knapp 14,8 %. Die Großbourgeoisie, die 1 % der Bevölkerung ausmacht, besitzt 240 Mal so viel Vermögen wie die ärmsten 20 % zusammen. Zwischen 2008 und 2014 haben die ärmsten Schichten 24 % ihres Einkommens verloren.

Rebellion ist gerechtfertigt und möglich

Es gibt politische und soziale Minderheiten im Lande, die derlei Ungerechtigkeiten nicht hinnehmen und dagegen vorgehen wollen. So finden durchaus heftige Kämpfe zur Verteidigung von Arbeitsplätzen statt, in den neu entstandenen (Dienstleistungs-)Branchen gibt es Ansätze gewerkschaftlicher Organisation und zur Durchsetzung von Rechten und menschenwürdigen Löhnen und für die Schwächsten und Migrant*innen finden Solidaritätsaktionen statt. Daneben gibt es Versuche, diese verstreuten An-

sätze zur Gegenwehr innerhalb der ausgebeuteten Klassen zu vereinen. Noch sind diese Versuche vereinzelt und zu schwach gegenüber dem Klassenfeind und der Dominanz der prokapitalistischen Kräfte. Aber gerade weil die Lage so dramatisch ist, müssen die Vertreter einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsarbeit und die antineoliberalen und antikapitalistischen Organisationen für die Aktionseinheit eintreten, um eben diese Mosaiksteine aus dem Widerstand und den potentiellen Kämpfen zusammenzufügen und eine Plattform für weitergehende Kämpfe und Mobilisierungen zu schaffen.

Um die Lebensbedingungen für die breite Bevölkerung wirklich zu verbessern und allein, um den allgegenwärtigen Arbeitsplatzabbau zu stoppen, muss die Arbeiterklasse die Auseinandersetzungen in den Betrieben und vor Ort selbst führen. Mehr denn je kommt es unbedingt darauf an, dass sich die Arbeiterklasse wieder eigene organisatorische Basisstrukturen, Gewerkschaften also, in welcher Form auch immer, verschafft. In vielen Fällen muss sie dafür bei Null beginnen, in anderen kann sie auf vorhandene zurückgreifen, die nur zutiefst umgekremelt werden müssen, um die untauglichen Rezepte der bürokratischen Apparate über Bord zu werfen, wieder die Initiative zu erlangen und zum Gegenangriff und zur Umwälzung der Kräfteverhältnisse überzugehen. Dazu heißt es in der Resolution unserer Organisation: „Sozialen Widerstand gibt es vielerorts, aber vereinzelt und daher aussichtslos. Also muss er sich verbreitern, untereinander in Kontakt treten und sich zu einer gemeinsamen Front zusammenschließen. Alle Teile der Arbeiterklasse, ob Italiener oder Einwanderer, jung oder alt, öffentlich oder privat Beschäftigter, prekär oder regulär Beschäftigter, Mann oder Frau müssen wieder erkennen, dass sie durch gemeinsame Klasseninteressen geeint werden und sich gegenseitig in ihren Kämpfen stärken müssen. Damit in absehbarer Zeit wieder erfolgreiche Kämpfe geführt werden können, bedarf es einer kämpferischen und klassenbewussten gewerkschaftlichen Organisation, einer gewerkschaftlichen Einheit unter den Ausgebeuteten und einer Beendigung der Spaltung zwischen Basisgewerkschaften und den klassenkämpferischen Strömungen innerhalb der CGIL. Insofern ist es entscheidend, dass der oppositionelle Flügel in der CGIL im anstehenden Richtungsstreit gut abschneidet, nicht nur um die internen Kräfteverhältnisse innerhalb des Führungsapparats dieser Gewerkschaft zu beeinflussen, sondern weil dies darüber hinaus politisch bedeutsam ist. Es geht hierbei um die autonome Organisation der Arbeiterklasse und eine klassenkämpferische

Orientierung der Gewerkschaft, die sich an die gesamte Arbeiterklasse wenden und dabei auch die Basisgewerkschaften ansprechen muss.

Exemplarisch ist der Kampf, den die Frauenbewegung in den vergangenen Jahren geführt hat, um gegen die Gewalt von Männern an Frauen vorzugehen. Sie hat sich dabei an breite Schichten von Arbeiterinnen (und auch Arbeitern) gewandt, um sie zwei Jahre hintereinander für einen Streik am 8. März zu mobilisieren. Was wir brauchen, ist eine neue Arbeiterbewegung, die feministisch, antirassistisch, antibürokratisch und internationalistisch orientiert ist. Letzteres, weil es notwendig ist, Solidarität mit den Arbeiter*innen in Europa herzustellen, die für dieselben Interessen wie wir in Italien eintreten und gegen die neoliberale Austeritätspolitik kämpfen, die von den EU-Institutionen europaweit diktiert wird. [...]“

Potere al Popolo

Angesichts der bevorstehenden Wahlen ist eine neue politische Formation entstanden, in der sich verschiedene Organisationen, aber auch einzelne politische und soziale Aktivist*innen zusammengeschlossen haben, die ein dezidiert anti-neoliberales und angedeutet auch antikapitalistisches Programm vertreten. Der Name, auf den man sich schließlich geeinigt hat, lautet Potere al Popolo (Die Macht dem Volke). Die Definition, die sich die Formation in ihrem Gründungsmanifest im November 2017 selbst gegeben hat, ist wie folgt: „Wir sind eine Bewegung von Arbeiterinnen und Arbeitern, Jugendlichen, Arbeitslosen und Rentnern, von Kompetenzen, die in den Dienst der Gemeinschaft gestellt werden, von Personen, die sich in Verbänden, örtlichen Komitees und für Bürgerinteressen engagieren, von Aktivist*innen und Militanten, die auch Parteien, Netzwerke und Organisationen der sozialen und politischen, antiliberalen und antikapitalistischen, kommunistischen, sozialistischen, umweltschützerischen, feministischen, laizistischen, pazifistischen, libertären und mediterranen Linken umfasst, die noch immer der Opposition angehören und nicht kapituliert haben.“

Anfang 2017 dominierten innerhalb der arg zersplitterten radikalen Linken Italiens zwei Parteien das Spektrum links der PD. Einerseits gab es die Sinistra Ecologia e Libertà, die hauptsächlich aus Sinistra Italiana (SI) hervorging und über eine stattliche Anzahl von Abgeordneten verfügte, die sie bei den Wahlen 2013 durch das Bündnis mit der PD unter Bersani erobert hatte und die dann in die Opposition zu den nachfolgenden Koalitionsregierungen der PD unter Letta und später Renzi gegangen waren.

Diese eher gemäßigte Partei bildete und bildet teils noch immer Koalitionsregierungen mit der PD auf regionaler Ebene. Andererseits war dies der Partito della Rifondazione Comunista, der keinen Sitz im nationalen Parlament innehat, jedoch über eine Europaparlamentarierin verfügt und der Europäischen Linken angehört und noch immer unverdrossen Alexis Tsipras die Stange hält. Auch wenn sie im Vergleich zu früher deutlich geschrumpft ist, ist die Organisation weiterhin die zahlenmäßig größte in der radikalen Linken. In ihrem Innern gibt es verschiedene Strömungen mit mehr oder minder radikalen Positionen.

Die Krise der PD veranlasste auch einige führende Vertreter wie Bersani und D'Alema, die früher an der Regierung jahrelang Austeritätspolitik betrieben hatten, dann aber von dem aufstrebenden Renzi ausgebootet worden waren, eine neue Partei zu gründen, den Movimento Democratico e Progressista (MDP), und sich als neue und taugliche Alternative auf der Linken zu präsentieren – ein wenig glaubwürdiges Unterfangen.

Auf Initiative zweier Intellektueller, Falcone und Montanari, und der Unterstützung von SI und PRC sollte im Juni 2017 im Teatro Brancaccio ein breites anti-neoliberales Wahlbündnis aus der Taufe gehoben werden. Dieser Versuch scheiterte rasch, weil SI einem Bündnis mit der MDP den Vorzug gab und sie gemeinsam im Oktober die Koalition Liberi e Uguali mit dem Senatspräsidenten Pietro Grasso an der Spitze gründeten, um sich nach einem erhofften guten Wahlergebnis wieder der PD zur Bildung einer „wirklichen linken Mitte“ andienen zu können. Rifondazione blieb bei diesem Zusammenschluss außen vor.

Angesichts des nun entstandenen Vakuums auf Seiten der radikalen Linken kam es im November 2017 zu einem Vorstoß verschiedener politischer und sozialer Kräfte, eine gemeinsame Wahlliste zu gründen. Auf Betreiben der neapolitanischen Basisinitiative (centro sociale) „Je so pazzo“ (Ich bin verrückt) mit landesweiter Vernetzung kam es zu einer ersten Vollversammlung im November, die landesweit große Resonanz fand. Nach zwischenzeitlichen lokalen Versammlungen im ganzen Land wurde auf der zweiten Vollversammlung im Dezember eine linksalternative Listenverbindung unter dem Namen Potere al Popolo (PaP) gegründet. Die erfolgreiche Gründung entsprach dem Bedürfnis vieler Menschen, ob jung oder alt, nach einer politischen Alternative und einer dauerhaften, nicht nur auf die Wahlen angelegten Struktur, die sich in den Arbeitervierteln und Betrieben engagiert.

Insgesamt fünf Parteien und Organisationen waren wesentlich an der Konstituierung von PaP beteiligt und

ihr Engagement sorgte dafür, dass Wahlkandidaturen im gesamten Land zustande kamen. Außer „Je so pazzo“ waren dies Rifondazione Comunista, der Partito Comunista Italiano (PCI, eine ehemalige Abspaltung der PRC) Sinistra Anticapitalista und die Anti-EU-Initiative Eurostop, die ihrerseits ein Bündnis darstellt, an dem u. a. Basisgewerkschafter*innen aus der USB beteiligt sind. Dabei handelt es sich um eine Verbindung oder vorläufige Einheitsfront, der es trotz der politisch und strategisch (und erst recht ideologisch) extrem unterschiedlichen Ausrichtung ihrer Hauptkomponenten gelungen ist, Parteien, soziale Initiativen und Einzelpersonen aus einem breiten Bewegungsspektrum – darunter frische Kräfte, aber auch alt gediente Kombattant*innen – zu vereinen. Ihr Anliegen ist die Bekämpfung der neoliberalen Politik und die Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung und der Masse der Unterdrückten.

Ihr Programm fasst in 15 Punkten die Forderungen der Bewegungen zusammen, die in den letzten Jahren im Land entstanden sind, um die politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen der neoliberal kapitalistischen Politik zu bekämpfen. Angesichts der Barbarei, des Rassismus und Faschismus und der herrschenden Wirtschaftspolitik, die die Gesellschaft ruiniert und zutiefst gespalten hat, repräsentieren diese Listenverbindung und ihr Programm ein neu gefasstes und breit angelegtes Projekt dar, das wieder Hoffnung aufkommen lässt. Auch wenn es sich dabei um kein sozialistisches Übergangsprogramm handelt, zielt das konsequente Engagement für die Umsetzung dieser Programmpunkte letztlich darauf, zwangsläufig das kapitalistische System zu bekämpfen, und dient dem Aufbau einer Widerstandsbewegung in der Gesellschaft.

Unter den gegebenen Bedingungen und Kräfteverhältnissen fiel das Wahlergebnis sicherlich bescheiden und unterhalb der hochgesteckten Erwartungen vieler mit regem Engagement beteiligten Kräfte aus. Entscheidend jedoch ist, den Versuch gewagt und die verkrusteten Verhältnisse auf der Linken aufgebrochen zu haben. Beleg dafür waren die Nach-Wahlversammlung, die Mitte März in Rom unter äußerst reger und kämpferischer Beteiligung stattfand, und auch die vielen Treffen vor Ort, zu denen sich auch neue Aktivist*innen eingefunden haben. Jetzt besteht die Aufgabe darin, das Engagement aus dem Wahlkampf in die tägliche Arbeit in den Betrieben, Schulen und Wohnvierteln zu übertragen, um dort den Widerstand gegen die neuen Angriffe seitens Regierung und Kapital aufzubauen und zu mobilisieren.

Sinistra Anticapitalista sieht in der PaP einen positiven Ansatz zu einem gemeinsamen Engagement all derjenigen, die eine dringend gebotene kämpferische Bewegung in der Gesellschaft aufbauen wollen. Oder, wie wir geschrieben haben: „[...] Daher muss Potere al Popolo als eine offene Koalition sozialer und politischer Bewegungen auftreten, als ein modernes Sozialforum, das den ursprünglichen Gedanken des Gründungsmanifests weiterträgt und weitere Organisationen und Einzelpersonen für sich zu gewinnen versucht. Zugleich muss es offen für breite Diskussionen sein, die auf den Versammlungen und in entsprechenden Foren geführt werden müssen. Daneben muss es sich eine organisatorische Struktur geben, die einerseits basisdemokratische Prinzipien widerspiegelt, andererseits die Vielfalt der beteiligten politischen und sozialen Kräfte angemessen vertritt und koordiniert. [...]“

■ *Bearbeitete Übersetzung: MiWe*

